959

kommunistische hochschulzeitung

HERAUSGEGEBEN VON DER MARXISTISCH-LENINISTISCHEN STUDENTENORGANISATION/WIEN

Erscheint 8 mal jährlich. Einzelpreis 3.- Jahresabonnement incl.Porto (8 Nummern): 34.- im Inland, 40.- im Ausland. Bestellung durch Zuschrift an MLS Wien, 1080, Mölkergasse 3 oder telefonisch: (0222) 42 18 625. Einzahlung auf Konto Nr. BAWAG Zentrale 024 31 211; Erlagschein folgt mit der ersten übersandten Nummer.
Impressum: Eigentümer, Herausgeber, Verleger: Marxistisch-Leninistische Studentenorganisation (MLS). Für den Inhalt verantwortlich: Herbert Veranic; Alle: 1080, Wien, Mölkergasse 3. Druck: Alois Wieser Ges.m.b.H., 1070 Wien, Halbgasse 12.

PREIS 3.- NOVEMBER 1976

DIE STIPENDIENNOVELLE IST EIN AFFRONT- DER KAMPF MUSS WEITERGEHEN!

"Es war und ist der vordringliche Inhalt der Forderungen der Studenten und ebenso der Österreichischen Hochschülerschaft, zu erreichen, daß Kinder von Arbeitern, kleinen Angestellten, kleinen Beamten, Kleinbauern und Kleingewerbetreibenden ein ausreichendes Stipendium erhalten. Der vorliegende Entwurf zur Stipendiennovelle ist praktisch ein Schritt in die Gegenrichtung. Die völlig unzureichende Erhöhung der Bemessungsgrundlagen und der kleineren und mittleren Stipendien bedeutet, daß in Zukunft noch weniger Arbeiterkinder, Kinder von kleinen Angestellten usw. überhaupt ein Stipendium bekommen werden, und für viele, die gerade noch nicht aus dem Stipendiensystem herausfallen, der Realwert des Stipendiums weiter sinken wird."

Auf der Versammlung aller Hauptausschußvorsitzenden und der Fraktionsführer der verschiedenen Studentenorganisationen am 12.10.76 wurde mit Zustimmung des Vorsitzenden der ÖH, Georg Karasek, die Übereinkunft erzielt, den oben zitierten Absatz an die Spitze der Stellungnahme der Hochschülerschaft zur Stipendiennovelle zu stellen. Damit wird der erste Punkt, nachdem man die Stipendiennovelle beurteilen muß, richtig dargestellt. Der zweite wichtige Punkt ist der Leistungsnachweis. Dazu hat die MLS der Hochschülerschaft folgendes vorgeschlagen: "Die zweite vordringliche Forderung der Studenten und der Hochschülerschaft war die Lockerung des Leistungsnachweises. Während zur Erbringung des Notendurchschnitts heute die Studenten aus ärmeren Familien gezwungen sind, bessere Noten zu erreichen als andere, heißt die anlaufende Bindung der Stipendien an die Erfüllung der Studienpläne, daß die ärmeren Studenten jetzt eine Studiengeschwindigkeit schaffen sollen, die bisher nur die wenigsten erreicht haben. Die ärmeren Studenten kommen damit unter einen scharfen zusätzlichen Druck, der sie hindert, sich mit den Inhalten der Ausbildung auseinanderzusetzen, viele werden das Studium abbrechen müssen." Dieser zweite Vorschlag wurde allerdings von den Führern der ÖH abgelehnt, da sie diese Frage möglichst unter den Tisch wischen wollen. Denn gerade in diesem Punkt reagieren

Fortsetzung S. 7

AUS DEM INHALT

PROTESTE GEGEN DIE MASSREGELUNG VON MICHAEL GROSSER

Wie bereits im Klassenkampf 5/76 berichtete wurde, verweigerte der Akademische Senat dem früheren Vorsitzenden der Studienrichtungsvertretung Mathematik, Michael Grosser, eine Promotion unter den Auspizien des Bundespräsidenten, obwohl er in Bezug auf die Noten alle Anforderungen dafür erfüllt hatte. Durch diese Entscheidung soll nicht zuletzt eine Anstellung von Kollegen Grosser als Assistent am Mathematischen Institut, die einer solchen Promotion folgen würde, verhindert werden. Der Grund für diese Weigerung liegt darin, daß sich Kollege Grosser bei den Kämpfen der Mathematik- und Physikstudenten gegen die Verschärfungen durch die neuen Studienordnungen und gegen andere Prüfungsverschärfungen vorbildlich als Studentenvertreter verhalten hat, sich am Kampf beteiligte und sich an die Beschlüsse, die von seinen Kollegen auf Hörerversammlungen und in Lehrveranstaltungen gefaßt wurden, hielt. Unumwunden begründet der Akademische Senat seine reaktionäre Entscheidung: "§2 Abs. 1 lit. f leg. cit. fordert, daß der Bewerber sich durch sein Verhalten sowohl an der Hochschule als auch außerhalb derselben als auszeichnungswürdig erwiesen hat. Der Akademische Senat ist zu der Auffassung gelangt, daß diese Voraussetzung in Hinblick auf ihre Rolle bei den Vorfällen im Mathematischen Institut im Studienjahr 1974/75 nicht gegeben ist."

Was waren diese Vorfälle? Nachdem man den Studenten über ein Jahr lang in der Studienkommission Verhandlungen vorgespielt hatte, tischte das Wissenschaftsministerium auf einmal den Studenten eine Studienordnung für Diplom-Physik auf, in der neben der Reglementierung und den Fristen und Klauseln eine Vermehrung der Prüfungen auf mehr als das Doppelte enthalten ist. Praktisch dasselbe geschah mit den Mathematik-Studienordnungen. Mit der schrittweisen Einführung des

Fortsetzung S. 2

KAMPF DEM LEHRERSTOP! KAMPF DER VERSCHÄRFUNG DER LA-PRÜFUNG!

Die im Juni angekündigte drastische Verschärfung der Lehramtsprüfung (LAP) mußte aufgrund des breiten Protestes der Studenten auf Herbst verschoben werden. Beim Oktobertermin ist sie in Kraft getreten.
Worin besteht sie:

1. Hausarbeitsthemen werden ab jetzt nur mehr offiziell, d.h. bei der Anmeldung in der LAP-Kommission vergeben. Bisher konnte man sich das Thema inoffiziell schon vor der Anmeldung holen und hatte dadurch viel mehr Zeit. Die Abgabefrist beträgt nur 3 Monate.
2. Positive Noten auf alle schriftlichen Teilprüfungen eines Faches sind Voraussetzung für das Antreten zur mündlichen Prüfung. Ist z.B. bei einem Geschichte-Studenten eine der vier Arbeiten negativ, kann er in keinem Teilgebiet mündlich antreten. Es liegt darüberhinaus im Ermessen des Prüfers, ob die positiven Arbeiten für später angerechnet werden, oder ob auch sie wiederholt werden müssen!
3. Die getrennte Ablegung der LAP in den einzelnen Fächern wird nicht mehr gestattet.

Das Ministerium beruft sich dabei auf ein Gesetz von 1937, dessen Bestimmungen jetzt strikt durchgeführt werden sollen.

Diese Verschärfung bedeutet eine ungeheure Steigerung des ohnehin schon starken Drucks der LAP. Sie steht in engem Zusammenhang mit dem von der Regierung im Juni verhängten Lehrer-

Fortsetzung S. 3

Resolution

DER STRV PHYSIK, MATHEMATIK UND DER HÖRERVERSAMMLUNG DER MATHEMATIK UND PHYSIKSTUDENTEN VOM 20.10.1976:

Der akademische Senat hat in seiner Sitzung vom 13.10.1976 den Antrag von Koll.M.Grosser auf eine Promotion sub auspiciis abgelehnt. Dadurch wurde seine Anstellung als Assistent am Mathematischen Institut verhindert. Die Ablehnung seines Antrages erfolgte aufgrund seiner Tätigkeit als Vorsitzender der STRV-Mathematik; hinsichtlich des Studienerfolgs hat Koll.M.Grosser die Anforderungen für eine derartige Promotion erfüllt. Während der Zeit, als er Studentenvertreter war, wurden neben anderen Studienrichtungen auch die Mathematikstudenten von Prüfungsverschärfungen betroffen und von der Einführung der neuen Studienordnung bedroht. Dagegen setzten sich die Studenten zur Wehr. Bei diesen Auseinandersetzungen vertrat M.Grosser konsequent den Willen der Kollegen, indem er sich immer an die Beschlüsse der STRV-Mathematik und an die Beschlüsse der Hörerversammlungen hielt. Der genannte Beschluß des akademischen Senates bedeutet, daß ein Kollege ungeachtet seiner Kenntnisse nicht als Assistent eingestellt werden soll, weil er dem Senat politisch unzuverlässig erscheint. Die STRVen Mathematik und Physik (und die Hörerversammlung) sind dagegen der Meinung, daß es voll in dem Interesse der Studenten ist, wenn Kollege Grosser Assistent wird. Weiters stellt dieser Beschluß für die gesamte Studentenschaft und ihre gewählten Vertreter einen massiven Einschüchterungsversuch dar. Deshalb protestieren die STRVen Mathematik und Physik - und die Hörerversammlung - schärfstens gegen den Senatsbeschluß und fordern seine Rücknahme.

Fortsetzung v.S. 1 (Grosser)

Studenten und ihre Vertreter neuen Systems wurde sofort begonnen. Gegen diese Maßnahmen wurde von einer sehr stark besuchten Hörerversammlung ein eintägiger Vorlesungsstreik beschlossen, der dann auch praktisch lückenlos durchgeführt wurde. Ein Jahr vorher hatte das Ministerium einen neuen Scharfmacher, den inzwischen sattsam bekannten Professor Großer (nicht mit dem Studentenvertreter verwandt) als Mathematik-Professor ans Institut geholt. Dieser Professor Großer machte sich sogleich bei den Studenten einen Namen, indem er in der Studienkommission verlauten ließ, daß den Studenten das Wissen eingehämmert werden müsse, und indem er öfters feststellte, daß eben nicht jeder das Hirn für einen Mathematiker hat. Seine politische Stellung zum Staat unterstrich er einmal dadurch, daß er - obwohl er sonst jede politische Äußerung in seiner Vorlesung scharf bekämpfte - seinerseits beim Tode Franz Jonas seine Hörer aufforderte, in seiner Vorlesung stehend eine Trauerminute für den verstorbenen "Landesvater" abzuhalten.

Als sich das Ministerium für die Forderungen der Studenten taub stellte, und Professor Großer in seinen Übungen zusätzliche Zwischenprüfungen einführte und diese Prüfungen dann auch noch kurzfristig um eine Woche vorverlegte, während er gleichzeitig die in seiner Vorlesung ordinär beschimpfte, steigerte sich die Empörung der Studenten noch mehr. Ein zweiter Streik wurde beschlossen und durchgeführt, Professor Großer mehrmals in seiner Vorlesung Forderungen vorgetragen, und, als er sich weigerte, darüber auch nur zu reden, von seinen Hörern mehrheitlich die Besetzung seines Zimmers beschlossen.

Es ist klar, daß im Zuge dieser Auseinandersetzungen die Studentenvertreter viele Aufträge von den Studenten erhielten, sei es, daß sie die Diskussion bei einer Streikversammlung leiten sollten, sei es, daß sie bei den Professoren oder im Ministerium die Forderungen der Studenten vorbringen sollten. Kollege Grosser führte diese Aufträge durch, ganz im Gegensatz zu den zwei anderen Studienrichtungsvertreten, die es vorzogen, in den kritischen Augenblicken zu verschwinden.

Das entschlossene Vorgehen der Mathematik- und Physikstudenten brachte die Vertreter des Staates in Wut. Der Dekan und Professor Großer beschwerten sich beim Bundespräsidenten Dr. Kirchschläger, der ihnen auch sofort versicherte, daß ihm die gegenwärtigen Möglichkeiten der Professoren, Disziplinarstrafen über die Studenten zu verhängen, völlig unzureichend erschienen. Weiters zeigte der Rektor unter absurden Beschuldigungen zwei Studentenvertreter, darunter Michael Grosser, und drei weitere "Rädelsführer" bei Gericht an.

Gegen diese reaktionären Maßnahmen erhob sich breiter Protest. Die Hörerversammlung der Mathematik- und Physikstudenten versicherte den Angezeigten ihre volle Solidarität. Der Zentralausschuß der Hochschülerschaft unterstützte sie; mehr als zwanzig Hochschulassistenten und sogar Vertreter einer Hochschullehrerorganisation schlossen sich dem Protest an. Nach einer Demonstration wurde das Gerichtsverfahren eingestellt.

AUCH JETZT BREITER PROTEST

Gegen den neuerlichen Versuch, Kollegen Grosser zu maßregeln, entstand wiederum Widerstand. Die Mathematik - und Physik-Studenten beschlossen in einer von über 200 Hörern besuchten Hörerversammlung ohne Gegenstimme, für die sofortige Rücknahme des Senatsbeschlusses und für die Einstellung von Kollegen Grosser als Assistent einzutreten. Die selbe Resolution wurde auch von den Studienrichtungsvertretungen Politologie, Soziologie/Phil. Fak., Soziologie/Jur. Fak., Anglistik, Slawistik, Philosophie, Lehramt Philosophie-Psychologie-Pädagogik, Psychologie, Chemie, Physik, Mathematik, Biologie, Publizistik, Architektur (TU) und außerdem vom Hauptausschuß der Hochschule für Angewandte Kunst angenommen. In seiner Sitzung vom 29. 11. faßte der Zentralausschuß der Hochschülerschaft mit nur einer Gegenstimme den Beschluß, die Resolution zu unterstützen und somit Maßnahmen für die Rücknahme des Senatsbeschlusses zu setzen. Unter Hochschulassistenten ist eine Unterschriftensammlung angelaufen.

DIE PROFESSOREN DECKEN AUF, WAS SIE UNTER LEISTUNG VERSTEHEN

Immer wieder verbreiten die Professoren die Ideolodie, daß es ihnen darum ginge, die "fachlichen Leistungen" der Studenten zu erhöhen. Immer wieder machen dafür bürgerlichen Massenmedien dafür Wind, daß die Studenten "erst studieren, dann demonstrieren" sollen. Bei den Stipendien kommt ebensounvermeidlich immer wieder die alte Leier, daß "nur wer etwas leistet" gefördert werden soll.

Mit ihrer jüngsten Entscheidung zeigt die Professorenschaft offen wie schon lange nicht, welches Bildungsziel sie unter dem Deckmantel der "fachlichen Leistung" wirklich durchsetzen will: wenn sich jemand trotz allen Lernens und aller "Erfolge" im Studium noch immer nicht als Elite fühlt, die auf die "weniger Gescheiten" hinabblicken muß, wenn er noch immer nicht die Loyalität zum Staat und zur herrschenden Kapitalistenklasse, sowie seine persönliche Karriere an die erste Stelle setzt, dann hat er eben, auch wenn er die besten Noten hat, das Bildungsziel der Bourgeoisie nicht erreicht und die sonst so gelobte "fachliche Leistung" ist auf einmal ganz uninteressant.
Kollege Grosser hat auf der letzten Hörerversammlung der Mathematiker und Physiker ganz richtig festgestellt: "Ihr habt Euch vielleicht schon gewundert, warum die meisten Assistenten die Prüfungsverschärfungen unterstützen und sie so ohne weiteres durchführen. Jetzt wißt ihr es." Wir brauchen uns ja nur die verschiedenen Professoren anschauen, um zu sehen, worauf es bei einer Anstellung ankommt. Etwa den Professor Großer oder den Professor für Theoretische Physik, der in öffentlichen Vorträgen die Kirche gegen Galileo Galilei in Schutz nimmt.

FAKULTÄTSVORSITZENDER SCHILLHAB (ÖSU) STELLT SICH ALS EINZIGER GEGEN GROSSER

Der reaktionäre Charakter des Beschlusses des Akademischen Senats ist so offen und die Empörung unter den Studenten so allgemein, daß sich bisher kein Studentenvertreter getraut hat, sich gegen Kollegen Grosser auszusprechen. Mit einer Ausnahme: der Vorsitzende der Fakultätsvertretung Philosophie an der Universität Wien, Schillhab, stimmte als einziger (!) im Zentralausschuß der österreichischen Hochschülerschaft GEGEN Grosser. Und so unglaublich es klingt, so deutet doch alles darauf hin, daß Schillhab, einer der Studentenvertreter im Akademischen Senat auch in der entscheidenden Sitzung des Akademischen Senats gegen Kollegen Grosser gestimmt hat. Dabei hatte seinerzeit die Fakultätsvertetung Philosophie wenigstens verbal in ihren Beschlüssen den Kampf der Mathematik- und Physikstudenten unterstützt, um sich bei den Studenten nicht unbeliebt zu machen. Solche Leute wie Schillhab sind genauso entschlossene Vertreter der Reaktion und der staatlichen Unterdrückung wie nur irgend ein reaktionärer Professor. Die Studenten müssen demgegenüber fordern:

SOFORTIGE RÜCKNAHME DES SENATSBESCHLUSSES !

ANSTELLUNG VON MICHAEL GROSSER ALS ASSISTENT !

H.S.

PädAk-Studenten gegen Sparpolitik

Vor einigen Wochen erhielten die Studierenden der Päd.Akademie einen Brief vom Präsidenten des Stadtschulrates Dr.Schnell, in dem mit Nachdruck darauf hingewiesen wird, daß mit Ablegung der Lehramtsprüfung kein Anspruch auf eine Anstellung verbunden ist. Außerdem erfuhren wir noch, daß im Falle einer Anstellung Herren bevorzugt würden, da schon 80 % Frauen im Lehrberuf sind.
Der Erhalt des Briefes mußte durch Unterschrift bestätigt werden.
Warum sendet die Schulbehörde jetzt so einen Brief?
.) Sie will erstens vorsorgen gegen die Empörung gerade fertiggewordener Junglehrer, die ohne Anstellung und ohne Geld dastehen, und versucht damit, die Verantwortung dafür von sich abzuschieben auf die Studierenden selbst, nach dem Motto: Warum hast du trotz unserer Warnung studiert, was du wolltest? Jetzt hast du dir deine Arbeitslosigkeit selbst zuzuschreiben!
.) Sie will zweitens eine deutliche Antwort geben auf den immer stärker werdenden Unmut der Studenten über die Zustände im Schulwesen und die Art und Weise ihrer Ausbildung: mit diesem unheildrohenden Brief schafft man ein Klima von Ängstlichkeit und Duckmäusertum, erstickt man jede Kritik schon in ihrem Keim. Denn wer wird jetzt noch laut seine Meinung sagen, unliebsam auffallen? Die Angst vor Arbeitslosigkeit soll uns dazu bringen, alles zu schlucken, was uns vorgesetzt wird.
Gleichzeitig und analog dazu werden die Bedingungen des Studiums an unserer Akademie stillschweigend aber drastisch verschärft : So soll nach Anträgen von Professoren die ohnehin schon strenge Anwesenheitskontrolle auch auf Vorlesungen ausgedehnt werden, ein Uminskribieren von einem Schulzweig (Volks-, Haupt- und Sonderschule) auf den anderen, soll nicht mehr wie bisher bis einige Wochen nach Studiumsbeginn möglich sein, Schrägsemester soll es nicht mehr geben.
Die Studenten haben sich nicht einschüchtern lassen. Auf einer Hörervollversammlung, die kurz nach der Verbreitung des Schnellbriefes abgehalten wurde, haben sich mehrere Hundert Studenten gegen diese Maßnahmen ausgesprochen. Es bildete sich ein Komitee, das die folgenden Aufgaben hat:
.) Information aller Päd.Ak. Studenten über die tatsächliche Situation an den Schulen
.)Information der Öffentlichkeit über die geplanten Maßnahmen, die den Interessen von Lehrern, Schülern und Eltern diametral entgegengesetzt sind
.) Zusammenarbeit mit der Uni den Lehrer- und Elternvereinen herzustellen, wo es möglich ist, auf der Grundlage der Forderungen:
EINSTELLUNG ALLER GEPRÜFTEN LEHRER
KEINE PRÜFUNGSVERSCHÄRFUNGEN

Am 17.10. fand an der Päd.Ak. eine Veranstaltung statt, unter dem Titel:"Die Lehrervereine stellen sich vor." Den Studenten, die im Komitee mitarbeiten, ist es gelungen, die Vertreter der Lehrervereine zu Stellungnahmen zu zwingen zur Frage des Lehrerstops, obwohl diese mit allen möglichen Ausreden wie "Parteidisziplin" etc. versucht hatten, die Diskussionen über dieses Thema abzuschneiden.
Weiters mußten sie sich Termine mit dem Komitee vereinbaren, um zu besprechen, in welcher Weise eine Zusammenarbeit möglich ist. Den anwesenden Studenten wurde klar, warum wir mehr Lehrer brauchen und daß wir um unsere Anstellung kämpfen müssen.
Den Besuch von Stadtschulratpräsident Schnell am 25.11. will das Komitee nützen, um Rechenschaft zu verlangen und den anwesenden Studenten über die chaotische Bildungspolitik die Augen zu öffnen.
Zur Rolle der Studentenvertretung ist folgendes zu sagen:
Der ÖAAB (ÖVP) hat bisher überhaupt noch nicht zu der ganzen Sache Stellung genommen, der AG-ZV (SPÖ) hat zwar seiner Empörung über den Lehrerstop verbal Ausdruck verliehen - tatsächlich arbeitet er nur sehr sporadisch im Komitee mit. Durch seine Abhängigkeit von der SPÖ, die diese Maßnahmen setzt, sind ihm die Hände gebunden. (Das war auch vor dem Sommer der Fall als ihnen verboten wurde, sich an der Lehrerstopdemo zu beteiligen.)
Das Komitee und alle Studenten müssen die Studentenvertretung zwingen, sich für unsere Interessen einzusetzen und mit uns Studenten zusammen darauf hinzuarbeiten, eine breite Protestbewegung in der Bevölkerung zu entfachen und so die Regierung zu zwingen, unsere Forderungen zu erfüllen:
EINSTELLUNG ALLER GEPRÜFTEN LEHRER!
KEINE PRÜFUNGSVERSCHÄRFUNGEN!

Fortsetzung v. S.1
(Kampf dem Lehrerstop!)

stop, der vorsieht, daß in Zukunft nur mehr der natürliche Abgang von Bundeslehrern (z.B. AHS) ersetzt werden soll. Die Verschärfung der LAP soll verhindern, daß "zu viele" Lehrer fertig werden. "Zu viele" Lehrer heißt aber nicht, daß der Bedarf tatsächlich gedeckt ist. Im Gegenteil, es herrschen ein eklatanter Lehrermangel und demzufolge miserable Zustände an den Schulen. Mit dem Lehrerstop setzt sich die Regierung in kaltschnäuziger Weise bewußt über diese Zustände hinweg, verschlimmert sie noch und bestimmt gegen den Willen des Volkes, was in den Schulen gebraucht wird. Sinowatz:"Lehrerbedarf ist, was finanzierbar ist."

Indem die Regierung ihre reaktionäre Schulpolitik vorantreibt, das Schulwesen zusehends verrotten läßt, indem sie dabei den Volksmassen jeglichen Einfluß auf das Schulwesen verwehrt, die Studenten als zukünftige Lehrer unter zunehmenden Druck setzt, ruft sie notwendig Widerstand hervor.

o Am 24.6. dieses Jahres demonstrierten in Wien 1200 Menschen gegen den Lehrerstop unter den Forderungen:
  - Einstellung aller geprüften Lehrer!
  - Vertragsverlängerung für alle Sondervertragslehrer!
  - Keine Verschärfung der Lehramtsprüfungen!

Viele Studenten empörten sich nicht nur über die Verschärfung der LAP oder sahen nur die Gefahr der Arbeitslosigkeit, sondern traten vor allem gegen die Verschlechterung der Zustände im Schulwesen auf. Bei etlichen Ständen in der Stadt fanden sie breite Zustimmung in der Bevölkerung.

o In vielen Orten Österreichs gibt es Proteste und Kampfschritte der betroffenen Bevölkerung gegen Stundenausfall, Raummangel, Zusammenlegung von Klassen, Verlängerung des Schulweges usw. So streikten und demonstrierten in Leibnitz (Stmk.) Schüler, Lehrer und Eltern gegen die Entlassung von 11 Sondervertragslehrern und gegen Klassenzusammenlegungen.

o Auf der Pädagogischen Akademie in Wien reagierten die Studenten auf die unverhüllte Drohung des Stadtschulrates mit Arbeitslosigkeit nach dem Studium nicht mit Unterwerfung und verstärkter Konkurrenz, sondern mit der Organisierung eines entschlossenen Kampfes gegen den Lehrerstop.

Im Volksbildungswesen treten die gegensätzlichen Interessen der Arbeiterklasse und der Volksmassen einerseits und der Kapitalistenklasse andererseits offen zutage.
Die Kapitalisten haben kein Interesse an einer umfassenden Bildung der Massen und der Entfaltung ihrer Fähigkeiten. Auf dem Boden der Ausbeuterordnung ist ihr Interesse, die Kinder des Volkes mit möglichst wenig Aufwand für die Ausbeutung in den Fabriken vorzubereiten. Dem entspricht die Spaltung des Schulwesens in Pflicht- und Höhere Schulen, die Unterwerfung des Schulwesens unter die bürokratische Herrschaft des bürgerlichen Staates und die zunehmende Verrottung des Volksbildungswesens.
Demgegenüber haben die Arbeiterklasse und das Volk ein großes Interesse an einer umfassenden theoretischen und praktischen Ausbildung, um die Produktion in die Hand zu nehmen und den Klassenkampf zu führen.
Der Kampf um das Volksbildungswesen ist eine unvermeidliche Erscheinung und von großer politischer Bedeutung im Klassenkampf.
Er hat aber nur dann eine Perspektive, wenn er sich tatsächlich gegen die grundlegenden Übel, nämlich die Spaltung und die unumschränkte Kontrolle des Staates richtet.
Der Kampf gegen den Lehrerstop und seine Begleitmaßnahmen ist daher von größter politischer Bedeutung, und wir müssen alles daran setzen, eine breite Kampffront aufzubauen auf der Grundlage der Forderungen:
RÜCKNAHME DER VERSCHÄRFUNG DER LEHRAMTSPRÜFUNG!
EINSTELLUNG ALLER GEPRÜFTEN LEHRER!
Entscheidend für ein richtiges und einheitliches Vorgehen ist die Klarheit über den Charakter dieser Forderungen, v.a. der zweiten. Diese Forderungen (wie auch solche nach Schulrenovierungen) richten sich gegen jede weitere Verschlechterung, aber nicht mehr. Insbesondere muß der Ansicht entgegengetreten werden, ihre Erfüllung würde eine grundlegende Verbesserung der Zustände im Volksbildungswesen bringen.
Schließen wir uns auf der Grundlage der zwei Forderungen in Aktionsgruppen sowohl an den Instituten als auch zentral zusammen, um den Kampf zu organisieren!
Fassen wir in Lehrveranstaltungen und Hörerversammlungen Kampfbeschlüsse!
Fordern wir eine HV der Philosophischen Fakultät!
Führen wir an den Instituten eine breite Auseinandersetzung über die Zustände im Volksbildungswesen und über die Lehrerausbildung!

F.K.

Initiative für Kindergarten in Selbstverwaltung

An der Pädagogischen Akademie im 10.Bez. stellen die Studentinnen mit Kindern die berechtigte Forderung nach Einrichtung eines Kindergartens in Selbstverwaltung auf.Trotz der Unterstützung durch viele fortschrittliche Kollegen haben Ministerium und Schulleitung dieser Forderung noch nicht nachgegeben. Es gibt Informationen, daß die Bewegung an der Pädagogischen Akademie vom Ministerium aufmerksam verfolgt wird, und daß es"sehr wichtig ist, diese Initiative zu unterdrücken."

Schulpolitik der SPÖ - Schulpolitik der imperialistischen Bourgeoisie

Vor dem Sommer haben in Wien über 1.200 Menschen gegen den Lehrerstop und den Abbau des Bildungswesens durch die imperialistische Bourgeoisie demonstriert. Anlaß war die Verschärfung der Lehramtsprüfung an der Uni-Wien, deren unmittelbares Ziel die Senkung der Zahl der fertigen Lehrer ist. Diese Maßnahme hat aber auch tatsächlich viel weitere Kreise gezogen, hat die Frage aufgeworfen, welche Linie die SP-Regierung im Bildungswesen verfolgt und hat äußerst scharfe Widersprüche zwischen den Volksmassen und der imperialistischen Bourgeoisie in diesem Bereich zutage gefördert. Aus vielen Orten Österreichs sind inzwischen Kämpfe und Bewegungen gegen Maßnahmen, die auf eine Verschlechterung der Ausbildung der Jugend hinzielen, bekanntgeworden.

Die SP-Regierung hat versucht, die Lage zu vertuschen und den Eindruck zu erwecken, daß alles bestens sei und daß die Einschränkungen der Lehrerzahlen nur der "Tatsache" Rechnung tragen, daß der Lehrermangel behoben und sonst ein Überangebot zu erwarten sei. "Warum demonstrieren sie überhaupt?", hat Sinowatz gefragt, "es gibt gar keinen Lehrerstop".

DIE ENTWICKLUNG AN DEN AHS

Wenn man die Entwicklung der Lehrerzahlen in den letzten 5 Jahren untersucht, kommen Dinge ans Tageslicht, die sich niemand träumen läßt. Anlaß der Auseinandersetzungen ist ein Rundschreiben des Unterrichtsministeriums in dem es heißt: "Auf wiederholte Anfragen werden die Landesschulräte, die Konzeptbeamten der Sektionen I und 2 und die Präsidialsektion in Kenntnis gesetzt, daß die Anstellung von Lehrern ab Beginn des Schuljahres 1976/77 nur dann durchgeführt werden darf, wenn hierfür im Dienstpostenplan 1976 freie Dienstposten zur Verfügung stehen." Es wird behauptet, daß es sich dabei um keinen Abbau, sondern um ein Einfrieren handelt, weil "kein Dienstposten abgebaut wird."

Das ist offener Betrug! An den AHS waren 1975/76 10.649 Dienstposten genehmigt, aber 11.800 tatsächlich besetzt, daß heißt, es gibt über 1000 Dienstposten, die im Dienstpostenplan nicht vorgesehen sind. Ca. 20% der Bundeslehrer sind Sondervertragslehrer, deren Verträge jetzt jährlich verlängert werden müssen - es stehen dann eben keine "freien" Dienstposten zur Verfügung.

Was isr von der Behauptung zu halten, daß der Lehrermangel beseitigt sei? Laut H. Schnell, Abgeordner zum Nationalrat, Schulsprecher der SPÖ und Präsident des Wiener Stadtschulrats war die Situation an den AHS im Schuljahr 1971/72 folgende: 1 481 Dienstposten wurden durch "dauernde Mehrleistungen" (Überstunden) gedeckt, 1 200 durch Lehrer ohne abgeschlossene Lehramtsprüfung und in 812 Klassen (ca.20%) wurde die Klassenschülerhöchstzahl von 36 nicht eingehalten. Das entsprach einem Mangel von 14 Lehrern pro AHS. Der Stand vom letzten Jahr enthüllte die Zeitschrift "Profil" 28/76. Es werden 2 700 Dienstposten durch Überstunden gedeckt, in 9% aller Klassen werden die Schülerhöchstzahlen nicht eingehalten, an den Lehrern ohne abgeschlossene Ausbildung dürfte sich nichts geändert haben.

Wenn man nun die Entwicklung der Schülerzahlen im gleichen Zeitraum im Verhältnis zu den Lehrern betrachtet und davon ausgeht, daß es sich bei den in den Schulstatistiken angegebenen Lehrerzahlen um die tatsächlichen Dienstposten handelt (d.h. daß die Überstunden z.B. als Lehrer gerechnet sind), kommt heraus, daß die Schülerzahlen um 14% und die Lehrerzahl um 26% gestiegen ist, d.h. um 12% mehr. Der größte Teil davon wurde durch die Steigerung der Zahl der Überstunden,d.h. durch Steigerung der Arbeitsbelastung der vorhandenen Lehrer, erreicht. Wenn man weiters weiß, daß daß in dieser Periode einige AHS in Kleinstädten gebaut wurden, wo sehr viele Hauptschullehrer unter richten, kommt insgesamt heraus, daß sich am Zustand von 1971/72 nicht viel geändert hat.

Einer der spärlichen "Beweise" dafür, daß der Lehrermangel kurz vor der Beseitigung steht, ist die Senkung der Zahl der Klassen, in denen die Klassenschülerhöchstzahl überschritten wird von 10% aller AHS-Klassen 1973/74 auf 9% 1974/75. Was tatsächlich hinter diesem "Beweis" steckt, sieht man, wennman untersucht, wie sich dieser Prozentsatz auf die einzelnen Schulstufen verteilt:

(jeweils % aller Klassen)

	1973/74		1974/75
1.Kl	20	-	18
2.Kl	18	-	13
3.Kl	13	-	13
4.Kl	11	-	8
5.Kl	5	-	3
6.Kl	1	-	3
7.Kl	1	-	2
8.Kl	1	-	0

Die Überschreitungen finden also hauptsächlich in der Unterstufe statt und verteilen sich immer mehr auf alle Klassen. Von den absolut 540 Klassen in denen 1973/74 die Schülerzahl von 36 überhaupt überschritten wurde, waren 136 Unterstufenklassen mit 40 - 47 Schülern, das sind ca.1/4 aller Überschreitungen. Das zeigt, daß lediglich die allerärgsten Zustände gemildert werden, daß sich die Bedingungen aber insgesamt verschlechtern. Das zeigt weiters die scharfe Auslese, der die Schüler in der AHS-Unterstufe ausgesetzt sind. In der Oberstufe gab es nur noch 9 Klassen mit mehr als 40 Schülern. Mit unter 17 Schülern gab es zwei Unterstufenklassen, aber 125 Oberstufenklassen. Solche werden zusammengelegt. Wenn Oberstufenklassen mit mehr als 18 Schülern zusammengelegt werden, dann kommt die Steigerung der Überschreitung in der Oberstufe zustande, die man in der Tabelle sieht. Dabei ist der Prozentsatz zwar gering, er hat sich in nur einem Jahr immerhin verdoppelt (7.Klassen) bzw. verdreifacht (6.Klassen).

CHANCEN GLEICHHEIT

Was bedeutet nun diese Entwicklung? Um das zu verstehen, muß man sich vergegenwärtigen, daß die SPÖ überall herumposaunt, daß die Ziele ihrer Bildungspolitik, die "Chancengleichheit", die Ausschöpfung der Begabtenreserven" im wesentlichen erreicht seien. So schreibt z.B. Chefredakteur Manfred Scheuch in der AZ vom 26.4. auf Seite 1.: "Nach der Erschließung der Höheren Schulen für alle Schichten der Bevölkerung nähert sich damit die Diskussion einem weder durch administrative Maßnahmen, noch durch Mahnungen und Apelle zu lösenden Problem." Was ist das Problem? "Solange wir nicht erreicht haben, daß es nicht als Schande angesehen wird, wenn ein Akademikerkind Facharbeiter wird, solange ist das Bildungssystem nicht in Ordnung." In diese Richtung hätten sich Gratz, Benya und Kreisky geäußert und "solche Äußerungen....wird man.... förderhin größere Beachtung schenken müssen." Das bedeutet, die SPÖ geht davon aus, daß die Ziele ihrer Bildungspolitik: "Demokratisierung des Bildungswesens", "Chancengleichheit", "Ausschöpfung der Begabungsreserven" usw. in "administrativer" Hinsicht erfüllt seien, jetzt geht es um "geistige Werte". In der Tat, die Ziele der SPÖ sind erfüllt. Die imperialistische Bildungsreform ist im Großen und Ganzen abgeschlossen.

Was waren ihre Ziele und wie wurden sie erfüllt? Dazu muß man die Schulreform seit dem Beschluß der Schulgesetze 1962 untersuchen. Diese wurden gemeinsam von SPÖ und ÖVP unter Ausschluß der Öffentlichkeit beschlossen und in der AZ dann als "großartiges, in die Zukunft weisendes Gesetzwerk" gefeiert. Was sind ihre wichtigsten Bestimmungen?

1. Die "Bildungssackgassen" wurden beseitigt und es wurde ein reich differenziertes Schulsystem mit vielen "Brücken und Übergängen" geschaffen.
2. Es wurde die Grundlage für die endgültige Verdrängung der Volksschuloberstufe durch die Hauptschule geschaffen.
3. Wurde mit dem "Polytechnischen Lehrgang" ein 9.Pflichtschuljahr eingeführt.

Das heißt, das alte "starre" System wurde durch ein Schulsystem ersetzt, wo es verschiedenste Übergangsmöglichkeiten gibt und damit verschiedenste Möglichkeiten, den Schülerstrom zu steuern, eine Reihe von Hähnen, die man auf und zu drehen kann, je nachdem es der Arbeitsmarkt erfordert. Das ist der Kern der Reform. Außerdem war die Ausbildung der Arbeiterbevölkerung in der Pflichtschule so schlecht und unzureichend geworden, daß Maßnahmen dagegen notwendig waren. In der Folge wurde begonnen, den Zustrom zu den Höheren Schulen gewaltig zu fördern und diese auszubauen. Die Grundlage dafür wird im OECD-Bericht "Erziehungsplanung und Wirtschaftswachstum 1965 - 1975" gelegt. Im Jahresbericht der Industriellenvereinigung von 1966 heißt es dazu: "Der Bedarf von Gesellschaft und Wirtschaft an qualifizierten Fachkräften, d.h.Akademikern, Absolventen der Höheren und der Fachschulen (wird) nicht gedeckt werden können, wenn nicht außerordentliche Maßnahmen ergriffen werden." (S.46)

Als nächster Schritt wurde mit dem Arbeitsmarktförderungsgesetz 1969 die "Berufsberatung" an den Übergängen des Bildungswesens eingeführt und damit ein weiteres Steuerungsmittel eingebaut. In diese Zeit fällt auch die massive Werbung für AHS-Lehrer. 1970 kam die SPÖ allein an die Regierung und "im Herbst konnte die Industriellenvereinigung dem neuen Unterrichtsminister ihre Überlegungen über Prioritäten in der Schulreform vortragen und erwirken, daß ihr künftig die seit langem urgierte Mitarbeit in der Schulreformkommission ermöglicht wird." (Jahresbericht der Industriellenvereinigung von 70,

→

StK-Slavistik

Die Mitglieder der Studienkommission Slawistik protestieren gegen die Verschärfung der LA-Prüfung (Aufhebung der Fächertrennung, Wiedrholung der gesamten Prüfung bei negativer Teilprüfung) und fordern ihre Rücknahme!

Prof.Wytrzens (Vors.)
Prof.Hüttl-Folter
Fachinspektor Schmid
Dr.Fischer
Dozent Neweklowsky
Dr.Lampl
4 Studienrichtungsvertreter.

einstimmig beschlossen am 22.10.76

Dies war nur die erste Hälfte eines Antrags, mit dem di die Hörerversammlung die Studienrichtungsvertretung beauftragte. Der zweite Teil, der diese Verschärfungen in Zusammenhang mit dem Lehrerstop brachte, und auf die unhaltbaren Zustände in den Schulen hinwies, war den Professoren zu "suspekt". Auf den Einwand daß man die Ablehnung der Verschärfungen begründen müsse, meinte eine Professorin, es sei "einfach ungerecht, wenn einige eine schwerere Prüfung machen müßten." Um die "Einheit zu wahren", einigte man sich auf den obigen Beschluß.

S.A.

Fortsetzung v.S.5 (SPÖ)

Seite 45). Über diese Gespräche stellte die Industriellenvereinigung eine "erfrauliche Übereinstimmung" fest und ein Jahr später: "Begrüßt wurden Mitteilungen des Unterrichtsministeriums über Zielwerte des Schulbauprogramms der nächsten 10 Jahre, wonach für etwa 1/3 eines Altersjahrganges nach der Pflichtschule weiterführende Schulen bereitstehen sollen. 2/3 dieser Schüler (also ca.21% eines Altersjahrganges) sollen an berufsbildenden, mittleren und höheren Schulen, 1/3 (11%) sollen an Oberstufen von AHS weiterlernen. Bei etwa 2/3 der Jugendlichen wird demnach damit gerechnet, daß sie nach der Pflichtschule in eine Lehre oder in einen Beruf eintreten." (Jahresbericht 1971, S.37f) "Ausschöpfung der Begabungsreserven" heißt also Erfüllung des Bedarfs, begabt sind soviele, wie die Kapitalistenklasse braucht.

Um 1974/75 beginnt die Kapitalistenklasse spätestens festzustellen, daß sie nicht so viele Absolventen der AHS braucht und schon stellt der oben zitierte H.Schnell, fest: "Im demokratischen Staat ist das Recht auf Chancengleicheit und auf Bildung unbestritten. Immer mehr Eltern sind bestrebt, ihren Kindern eine höhere Bildung angedeihen zu lassen. Wenn die Schüler nicht über die intellektuelle Begabung oder den Lernwillen verfügen, die für den erfolgreichen Abschluß einer Hauptschule oder einer AHS oder einer BHS erforderlich sind, ist es für die Schule zweifellos schwer, die Eltern davon zu überzeugen, daß ihr Kind für diesen Studiengang nicht die erforderlichen Voraussetzungen mitbringt. Dieses Unbehagen über eine Schule, die Berechtigungen verleiht und das eigene Kind....ausschließt, ist subjektiv verständlich aber unberechtigt. Die Institution Schule muß daher alle Anstrengungen unternehmen, um dieses Unbehagen zu zerstreuen. Die Studienberatung der Schüler und Eltern erweist sich diesen Aufgaben zweifellos gewachsen." (Die Österreichische Schule im Umbruch, S.61)

Eine wichtige Ergänzung des Systems war das Schulunterrichtsgesetz, in dem die Leistungsanforderungen beträchtlich verschärft und die Prüfungsmethoden verfeinert werden. Das System funktioniert. Heute kann die Bourgeoisie fest darauf vertrauen, daß die Auslese so verschärft wird, daß in den nächsten Jahren weniger Schüler die AHS absolvieren werden und entsprechende Maßnahmen setzen. Zur Not braucht man nur die Aufnahmsprüfung wieder einführen.

DIE PFLICHTSCHULEN

An den Pflichtschulen sollen ebenfalls Einschränkungen vorgenommen werden. Da gab es laut H.Schnell am 1.7. 1972 9 737 unbesetzte Stellen.Heute ist es laut einem Ministerialrat Grohmann der Lehrernachholbedarf "so gut wie aufgeholt", eine Herabsetzung der Schülerzahlen sei aber "finanziell nicht zu verkraften". Nicht gedeckt sei der Bedarf lediglich in Tirol, Vorarlberg, Oberösterreich, Niederösterreich und Salzburg. In Oberösterreich fehlen laut OÖ. Nachrichten ca. 2 000 Pflichtschullehrer. Vor 2 Jahren 1974/75 fehlten 2 500, 430 Volksschulklassen waren ohne Lehrer, 1975 begannen 150 neue Lehrer und 300 schieden aus dem Dienst und der Präsident des Landesschulrates, Dr. Eckmayer - von dem diese Zahlen stammen stellte dazu fest: "Es wird weiters notwendig sein, daß in den einzelnen Bezirken wesentlich stärker als heuer dazu gegriffen wird, die Klassenschülerhöchstzahlen zu überschreiten."(Linzer Tagblatt,27.11.74)

Es ist schon die ganze Niedertracht der eines Bourgeoispolitikers nötig, daß derselbe Mann heute sagt: "Es ist kaum denkbar, daß eine unbeschränkte Zahl von Studenten ohne Rücksicht auf Neigung und Eignung, ohne besonders auf die Qualität der Befähigung zu achten, in Zukunft in Pädagogische Akademien aufgenommen werden." (Neues Volksblatt,3.2.76)

Im Zeitraum, der jetzt unter sucht wurde (1962-74) hat die Bourgeoisie dem Bildungswesen "Vorrang" eingeräumt. Auf der Budgetdebatte 1975 erklärte ÖVP-Schulsprecher Gruber, daß der "Vorrang für Bildung... spätestens mit dem Jahr 1975 zu Ende ist." Sinowatz erklärte im Vorwort zum Bildungsbericht 1975: "Ich möchte doch sehr realistisch...bemerken, daß der Enthusiasmus der 60er Jahre offensichtlich überall einer Ernüchterung Platz gemacht hat." D.h. daß die Bourgeoisie ihre Ziele erreicht hat:

Sie hat ein "differenziertes" Schulwesen geschaffen, in dem sie - je nach der Lage des Arbeitsmarktes die verschiedenen Hähne auf- und zudrehen kann.

Sie hat sich einen ausreichenden akademischen Nachwuchs herangezogen, so daß sie jetzt die Zufuhr drosseln kann, kurz, sie hat "Chancengleichheit"geschaffen und die"Begabungsreserven" ausgeschöpft.

Sie hat dem Bildungswesen "Vorrang" eingeräumt und die Lage hat sich verschlechtert. Wenn sie heute sagt, daß es damit zu Ende sei, so erklärt sie damit, daß sie jetzt an den Abbau des Bildungswesens herangeht. So erklärte Sinowatz: "Die wirtschaftliche Entwicklung, die durch eine internationale Unsicherheit gekennzeichnet ist, wird uns bei der Beachtung der materiellen Notwendigketen auf bildungspolitischem Gebiet in de den nächsten Jahren wahrscheinlich stärker zu schaffen machen."

An dieser wirklichen Entwicklung sind diejenigen zu messen die jetzt der SPÖ vorwerfen, sie habe nicht Wort gehalten, die jetzt den Folgen der Schulpolitik der imperialistischen Bourgeoisie, deren Hauptparole die Verwirklichung der "Chancengleichheit" ist, ihre eigene Parole entgegenhalten - die modernen Revisionisten in KPÖ und KSV und die "linken" Sozialdemokraten von VSStÖ und SPÖ.

Der Arbeiterklasse und den Volksmassen können dieser Politik nur en gegentreten, wenn

Die Arbeiterklasse und die Volksmassen können dieser Politik nur entgegentreten, wenn sie

1)Entschieden gegn jede Maßnahme die auf den Abbau des Bildungswesens zielt, bekämpfen und

2)müssen sie lernen, den Stoß gerade gegen die "Differenzierung ihrer Jugend in "Hauptschulen" und "höhere Schulen", in 1.Klassenzug und 2.Klassenzug, in "Begabte" und "unbegabte", in jugendliche Hilfsarbeiter und Lehrlinge usw. zu richten, für die Einheitsschule bis zum 18.Lebensjahr für alle Jugendlichen und gegn jegliche Auslese zu kämpfen.

L.L.

„Zuverlässiger" Nachfolger für Lektor M.

Im Sommersemester 76 wurde ein französischer Lektor in geschlossener Aktion von Professorenschaft, Fakultätskommission und Rektor vom Romanistischen Institut "entfernt".

Warum die Uni-bürokratie bereits nach einem Jahr seiner Tätigkeit am Romanistischen Institut loshaben wollte? Weil er in seiner Lehrveranstaltung (einem französischen Diskussionspraktikum - Proseminar IV) darauf verzichtete die Studenten in irgendeiner Weise unter Druck zu setzen und in jeder Hinsicht die freie Auseinandersetzung über aktuelle und allgemeine politische Themen begrüßte und förderte. Kein Prüfungsdruck, keine Streberei, kein Duckmäusertum, sondern lebhafte Diskussionen, gute Kontakte unter den Studenten und nicht zuletzt auch große Fortschritte beim Studium und Erlernen der französischen Umgangssprache prägten das Bild seiner Lehrveranstaltung. Zum "Anarchisten" wurde er gestempelt, weil er die Studenten duzte, "Unruhe" schuf er, weil er sich vor Bevormundung und Besserwisserei hütete und somit den bürgerlichen Universitätsbetrieb "außerordentlich störte"

Über Monate hatten die Studenten des Instituts für die Weiterverlängerung seines Vertrags gekämpft. Mit Unterschriftensammlungen, Protestresolutionen und zuletzt mit einem eintätigen Warnstreik. Der Kampf wurde allerdings nicht konsequent und kompromißlos genug geführt. Zu oft ließ man sich auf "später" vertrösten und bei vielen fehlte es an Klarheit über den politischen Charakter dieser Kündigung. So gelang es den Professoren mit der freundlich-demokratischen Tour, den Studenten teilweise die Initiative aus den Händen zu nehmen. Als kurz vor den Sommerferien die endgültige Entscheidung fiel, war die Bewegung schon zu erschöpft und zu schwach, um die Entlassung noch verhindern zu können.

DER NACHFOLGER "ENTSPRICHT" VIEL BESSER....

Ersatz kam. Von den 3 Stunden des "Diskussionspraktikums" sollten nunmehr die Hälfte im Sprachlabor zum Einbleuen der französischen Sprache verwendet werden, der Rest für Kurz-Kurz-Schnell-Schnell-Referate (ausschließlich über Themen, die Frankreich betreffen!) und für ausgiebige Prüfungen, (unter anderem eine 6-seitige schriftliche Arbeit). Vom Diskussionspraktikum wäre somit nichts mehr übrig geblieben.

Einige Studenten erinnerten an das positive Beispiel des gekündigten Lektors und schlugen vor, das Praktikum in diesem Sinn zu gestalten. Freie Themenwahl, ausführliche Diskussion nach den Kurzreferaten, gemeinsame Korrektur der sprachlichen Fehler und Unklarheiten in der letzten Viertel Stunde des Proseminars und Benotung nur der Kurzreferate. Der Großteil der Kollegen unterstützte diesen Vorschlag. Der neue Lektor beugte sich zunächst dem Wunsch und Druck der Studenten. Alles schien gut gelaufen zu sein.

3 "STUDENTENVERTRETER INTERVENIEREN

In der nächsten Stunde steht das Thema "Arena" zur Diskussion. Kaum beginnt sich eine lebhafte Auseinandersetzung zu entwickeln, blockt der Herr Lektor ab. "Länger als eine halbe Stunde war für diese Sache nicht vorgesehen...", und überhaupt "hätte er nicht gewußt, worum es bei der "Arena" eigentlich ging - er hatte angenommen, es ginge um eine "rein kulturelle" Angelegenheit. Protest der Studenten. Sie wollen darüber abstimmen, ob weiter diskutiert wird oder nicht. Auftritt von 3 sogenannten Studentenvertretern: wie undemokratisch, einem Lehrbeauftragten das Recht abzusprechen, die Lehrveranstaltung nach seinen Vorstellungen zu gestalten! Wie terroristisch. offen darüber abstimmen zu lassen! Und überhaupt sind hier ja nur die sattsam bekannten "Linksextremisten" am Werk, die immer nur den Institutsbetrieb stören wollen!

Es ist vielleicht nicht unwichtig, zu sagen, daß es sich bei diesen Herrschaften um Leute handelt, die in allen wichtigen Fragen die SP-Politik vertreten und sie als das einzig "Fortschrittliche" verteidigen.

Es war ein Fehler, sich von diesem Auftritt verwirren und von der Durchführung der Abstimmung abhalten zu lassen, Wir müssen dieser Art von "Demokraten" entschlossen und offensiv entgegentreten und sie als das hinstellen, was sie in Wirklichkeit sind:

→

Fortsetzung v. S.5

Helfershelfer bei der Durchsetzung der reaktionären Hochschulpolitik der Regierung, bei der Verschulung und Entpolitisierung des Universitätsbetriebes, bei der Verleumdung und Niederhaltung aller fortschrittlichen Bestrebungen der Studenten.

EINEN NEUEN ANLAUF NEHMEN UND DIE UNTERSTÜTZUNG ALLER ANDEREN ROMANISTIKSTUDENTEN GEWINNEN!

Vor allem müssen wir mit den Kollegen der betreffenden Lehrveranstaltung noch einmal über das Vorgehen des Lehrbeauftragten und seiner "Gehilfen" von der Studienrichtungsvertretung diskutieren, um einen klaren Blick für die Bedeutung dieses Angriffs unter den Kollegen zu schaffen. Der massiven Hetzpropaganda "gegen den linken Terror am Institut"(1) durch die besagten STRV-ler, unterstützt durch Teile der Professorenschaft, muß entschlossen entgegengearbeitet werden. Sonst verliert die fortschrittliche Studentenbewegung ein Stück Terrain gegenüber dem wachsenden Druck der Reaktion.

c.k. Zelle Romanistik

(1) siehe anbei abgedrucktes Flugblatt der Studienrichtungsvertretung Romanistik

RESOLUTION DER STUDIENRICHTUNGSVERTRETUNG ROMANISTIK VOM 21.10.1976:

"Die STRV-Romanistik verurteilt alle Störversuche einzelner Personen und gewisser Gruppen, die darauf abgezielt sind, den geregelten Ablauf von Lehrveranstaltungen zu gefährden und somit eine sinnvolle Arbeit in unserem Institut zu sabotieren. Insbesondere verurteilen wir auf das Entschiedenste alle Störversuche von Kollegen Mangenot und dem harten Kern des Institutskollektivs (MLS, GRM) im französischen Proseminar IV von Lektor Francis Rastouil.

Hier wird versucht, einseitig ein Proseminar nach ganz bestimmten linksanarchistischen Intentionen entgegen den methodisch-didaktischen Zielvorstellungen von Lektor Rastouil umzufunktionieren, und dadurch den Lektor systematisch fertigzumachen. Diese Versuche zielen darauf ab, das ohnehin knappe Lehrangebot praktisch um ein Proseminar (Mittwoch-Kurs) zu vermindern. Diese dauernden Störversuche dieser Gruppe erschweren indirekt auch den Erwerb von Zeugnissen.

Wir fordern daher alle Kollegen auf, die an einer modernen, fortschrittlichen Ausbildung interessiert sind, Lehrveranstaltungen nicht zu Privatdiskutierrunden linkschaotischer Gruppen (Institutskollektiv) werden zu lassen. Folglich müssen alle Studenten an unserem Institut Lektor Rastouil indirekt bei der sinnvollen Durchführung seines Proseminars unterstützen. Wir müssen allen Störversuchen (Meinungsterror, Provokationen, Diffamierungen, usw.) energisch entgegentreten."

"Diese Resolution wurde mit den Stimmen der Projektgruppe Romanistik (Koll.Bandhauer,Nemeth,Tanzmeister) gegen die Stimmen des Institutskollektivs angenommen."

FORTS. VON SEITE 1 (Stipendien-Novelle)

die Kapitalisten auf jeden Widerspruch äußerst gereizt.

Seither wurden auch von verschiedenen Studienrichtungsvertretungen Beschlüsse gefaßt, in denen entgegen der vom Staat geplanten Novelle eine stärkere Erhöhung der Stipendien und zum Teil eine Lockerung des Leistungsnachweises gefordert wird. Zu nennen sind hier Physik (Uni), Architektur (TU), Biologie, Pädagogik, Psychologie, Philosophie und wahrscheinlich noch andere. Der Hauptausschuß der Hochschülerschaft an der Technik (TU) hat sich bereit erklärt, zu einer Hörerversammlung an der TU aufzurufen, auf der Schritte gegen die staatliche Stipendienpolitik beschlossen werden sollen. Auf einer ganzen Reihe von Instituten haben sich Kollegen zusammengefunden, um über den wahren Inhalt der Novelle aufzuklären und damit Kampfschritte vorzubereiten.

Die Studenten müsssen die Novelle scharf zurückweisen und nach wie vor die Forderungen erheben, unter denen im letzten April 700 Studenten demonstrierten.

ERHÖHUNG ALLER STIPENDIEN UM öS 1.200,-- IM MONAT !

ERHÖHUNG ALLER BEMESSUNGSGRUNDLAGEN UM 50 % !

LEISTUNGSNACHWEIS NUR DURCH POSITIVE ABSOLVIERUNG EINER GEWISSEN SEMESTERWOCHENSTUNDENANZAHL ! FESTSETZUNG MIT ZUSTIMMUNG DER STUDENTENVERTRETER ! KEINE BINDUNG AN DEN STUDIENPLAN !

DIE NOVELLE KÜRZT DIE KLEINEN UND MITTLEREN STIPENDIEN

Um sich ein Bild vom tatsächlichen Wert, den die Stipendien nach der vom Staat geplanten "Erhöhung" haben werden, zu machen, darf man nicht ganz einfach die gegenwärtige nominelle Höhe der Stipendien mit der in der Novelle vorgesehenen vergleichen, sondern man muß den Preisindex einrechnen und schauen, wie sich der R e a l w e r t der Stipendien bei den Novellen 1971 und 1974 zu dem R e a l w e r t verhält, den die Stipendien nach der jetzigen Novelle haben sollen. Dabei werden die Stipendienbezieher in doppelter Weise von der Inflation in die Zange genommen. Nicht nur, daß die Stipendien durch die Teuerung entwertet werden,

→

Angewandte
Einführung der StO abgewehrt

Wie bei allen Studienrichtungen, versuchte das Wissenschaftsministerium auch auf der Hochschule für angewandte Kunst eine neue Sto für die Lehramtsstudierenden der Studienrichtungen Kunsterziehung, Werkerziehung und Textiles Gestalten-Werkerziehung einzuführen.

Die Studenten und die STRV lehnten aber die Einführung der neuen Sto auf Grund der darin enthaltenen Verschärfungen, wie die drastische Anhebung der Stundenzahl, Semesterfristen und Klauseln ab. Die Krönung des Ganzen sollte das Pädagogikum sein.

Die Studenten erteilten der STRV den klaren Auftrag, in der Studienkommission das Veto gegen die neue Sto einzulegen, was diese auch durch 2 Jahre aufrechterhalten hat. Dadurch wurde die Ausarbeitung der Lehrpläne verhindert, sodaß die neue Sto nicht in Anwendung gebracht werden konnte.

Um dieses Ziel zu erreichen, wurden alle Widersprüche ausgenützt. Da die Studenten während des Pädagogikums allein von der Schulbehörde (dem jeweiligen AHS-Direktor und AHS-Lehrer) beurteilt werden sollten, fürchteten die Hochschulprofessoren eine Schmälerung ihrer Kompetenz. Daraus entstand bei den Hochschulprofessoren zeitweilig eine unsichere und ablehnende Haltung gegenüber dem Pädagogikum, die für die Interessen der Studenten ausgenutzt werden konnte.

Bei der letzten Abteilungssitzung wurde eine Anordnung des Ministeriums bekanntgegeben, aus dem Studienführer all die Vorlesungen und Bestimmungen herauszustreichen, die die neue Sto mit sich gebracht hätte. Weiters wurde vom Vorsitzenden bemerkt, das Ministerium sähe sich nicht in der Lage, die neue Sto und das Pädagogikum zum jetzigen Zeitpunkt durchzusetzen, da der Widerstand zu groß sei.

Man darf sich aber nicht der Illusion hingeben, daß nun der Kampf gegen die neue Sto und das Pädagogikum zu Ende sei. Es wird notwendig sein, sehr aufmerksam die weiteren Maßnahmen des Ministeriums zu verfolgen, die Studenten müssen sich noch mehr Klarheit über den bürgerlichen Staat dessen Handlanger und Funktionäre verschaffen, um der politischen Entrechtung, der Disziplinierung und materiellen Verschlechterung wirkungsvoll entgegentreten zu können.

Zelle Angew.

Ao. Delegiertenkonferenz der MLS

Auf der 2. a.o. Delegiertenkonferenz der MLS hat sich die MLS auf das Programm des Kommunistischen Bundes Österreichs gestellt.

Mit diesem Beschluß hat die DK der MLS - ihr höchstes beschlussfassendes Organ - klar zum Ausdruck gebracht, daß sie die Gründung des KB-Österreichs für einen wichtigen Schritt vorwärtrts im Parteiaufbau und eine ausgezeichnete Grundlage für die Entfaltung einer proletarischen Politik betrachtet.

Sie macht es sich zur Aufgabe, den KB-Österreichs und seine Politik, die er auf der Linie der Gründungsdokumente entfaltet, zu unterstützen, und in ihrer selbständigen Arbeit unter den Studentenmassen auf dieser Linie diese für die sozialistische Revolution zu gewinnen.

Der DK vorausgegangen ist eine intensive Debatte über die Gründungsdokumente. (Veröffentlicht im "Kommunist" I/76- Theoretisches Organ des KB-Österreichs)

Mit der Gründung des KB-Österr. und den Beschluß der MLS, sich diesem zu unterstellen, erfolgte eine breite Propagierung der Gründung und eine Spendensammlung.

Wir fordern alle Kollegen auf, sich an den Auseinandersetzungen um das Programm des KB-Österreichs zu beteiligen. (In der nächsten Nummer der KHZ werden wir bereits Stellungnahmen abdrucken).

rutscht man auch in eine immer tiefere Stipendienklasse, wenn die Eltern n o m i n e l l mehr verdienen, auch wenn ihr R e a l einkommen gleichgeblieben ist. Dadurch haben viele Kollegen jedes Jahr auch n o m i n e l l ein geringeres Stipendium bekommen. Man muß daher sowohl die Erhöhung der Stipendien selbst, als auch die Erhöhung der Bemessungsgrundlagen fordern. Seit der letzten Novelle 1974 haben die unbemittelten Studenten aufgrund der beiden genannten Effekte bereits sehr viel verloren, gegenüber 1971 noch mehr. So bekamen 1974 noch 21% der Studenten ein Stipendium, letztes Jahr waren es nur noch ca. 15%. Der Rest ist einfach aus dem Stipendiensystem herausgerutscht, ohne daß deswegen die Eltern dieser Kollegen r e a l mehr verdienen. Jetzt muß man sich natürlich fragen: wird diese Entwertung der Stipendien seit 1974 oder gar seit 1971 durch die geplante Novelle wettgemacht? Die Antwort ist, daß die Entwertung der Stipendien keineswegs wettgemacht wird. Auch der Anteil der Studenten, die überhaupt ein Stipendium bekommen, wird weiter sinken.

Um einen Vergleich mit den letzten Novellen möglichst zu erschweren, hat sich der Staat ein neues Berechnungssystem einfallen lassen, das sich aber im Grundgedanken nicht vom bisherigen unterscheidet (einer bestimmten Höhe des Elterneinkommens abzüglich bestimmter Absetzbeträge entspricht eine bestimmte Stipendienhöhe).

DAS STIPENDIENSYSTEM ALS DRUCKMITTEL DES STAATES

Die Kollegen, die studieren, ohne daß es sich ihre Eltern leisten können, sind auf eine staatliche Unterstützung angewiesen und damit dem bürgerlichen Staat auf besondere Weise ausgeliefert. Das wollen die Kapitalisten ausnutzen, um die Studenten, deren Eltern Arbeiter, kleine Angestellte, Kleinbauern usw. sind, besonders zu disziplinieren, damit sie sich der bürgerlichen Ausbildung unterwerfen, auf der Hochschule Ruhe geben und später als Akademiker getreue Büttel der herrschenden Klassen werden. Dafür ist schon ein gutes Mittel, sie knapp bei Kasse zu halten. Denn wer ständig am Rand seiner finanziellen Möglichkeiten steht, wird besonders dazu neigen, sich zu bemühen, das zu erfüllen, was der Staat will, ohne links und rechts zu schauen, "zu studieren und nicht zu demonstrieren". Das zweite Mittel ist der Leistungsnachweis. Die Kapitalistenverbände und die Regierung werden nicht müde,immer wieder festzustellen, daß nur der "fleißige", der "begabte" Student, der,der wirklich etwas "leistet", gefördert werden soll. Was verbirgt sich hinter diesen schönen Worten? Wenn die Kapitalisten von "fleißigen" und "begabten" Studenten reden, dann meinen sie den Streber, den Karrieristen, denjenigen, der die bürgerliche Ausbildung stur in sich hineinfrißt und sich mit ihr identifiziert. Den wollen sie fördern, dazu dient das Prüfungssystem und genauso der Leistungsnachweis. Was und insbesondere für wen leistet denn z.B. der Physikstudent etwas, wenn er gute Noten hat? In einer Gesellschaft, in der die, die arbeiten, nicht über die Produktion verfügen, in der die Technik ein Mittel in den Händen der Eigentümer der Produktionsmittel ist, um die Arbeiter möglichst wirkungsvoll auszupressen, während die Arbeiter zu Anhängsel der Maschinen degradiert sind? Jedenfalls nicht für die Arbeiterklasse. Nutzen kann diese "Leistung" in der herrschenden Klassengesellschaft bestenfalls der Kapitalistenklasse, die den Studenten ja auch ausbilden läßt oder der Karriere des Studenten.

DIE PLÄNE DER KAPITALISTEN

Die Stipendienpolitik der Kapitalistenklasse ist von folgenden zwei Gesichtspunkten bestimmt:

1) Der Druck auf die Studenten soll verstärkt werden, um noch "begabtere" und noch "fleißigere" Studenten zu produzieren. Dabei gibt die Tatsache, daß der Staat gegenwärtig weniger Lehrer anstellen will und auch sonst sich der Arbeitsmarkt stark "entspannt" hat, der Kapitalistenklasse die Möglichkeit, auf der Hochschule noch stärker als bisher auszulesen.

In eine ähnliche Richtung geht der von der Wirtschaftskammer häufig geäußerte und vom Staat aufgegriffene Wunsch, mit den Stipendien nicht gleichmäßig alle Studienrichtungen zu fördern, sondern das Stipendiensystem als Mittel verwenden zu können, die Studenten möglichst in diese Studienfächer hineinzuzwingen, die die Kapitalisten gerade für am notwendigsten halten. In diesem Sinn wird das gegenwärtige Stipendiensystem schrittweise abgebaut, der Prozentsatz der Stipendienbezieher systematisch reduziert. Dafür plant die Regierung die Schaffung von Studienbeihilfen, die nur für bestimmte Studienrichtungen vergeben werden. Damit auch das den Staat nichts kostet, sollen - wie man hört - die Begabtenstipendien eingestellt werden.

2) Die Stipendienpolitik ist ein Stück staatlicher "Spar"politik. Jeder weiß, wie heute die Ausplünderung der Massen durch Steuern, Tarife, Postgebühren, Stempelmarkengebühren usw. immer krassere Formen annimmt, während in den Schulen ein Lehrer- und Baustop durchgeführt wird, die Ausgaben für das Gesundheitswesen gesenkt werden, auf der Hochschule etwa Lehraufträge gekürzt werden usw. Der Staat braucht das Geld, um seinen Gewaltapparat, sein Heer, seine Polizei und seinen Justizapparat auszubauen, gleichzeitig ist diese "Spar"politik eine Maßnahme, mittels der sich die Kapitalisten über Subventionen und Steuernachlässe mästen.
Und da diese "Spar"politik - so sagt die Regierung - es notwendig macht, daß "alle", d.h. in diesem Fall die Arbeiterklasse und die breiten Volksmassen Opfer auf sich nehmen, können natürlich auch die Studenten aus ärmeren Familien nur wenig bekommen. Es kommt der Regierung gerade darauf an, diese Politik ü b e r a l l durchzuziehen, damit sie jeweils die - wenn auch unfreiwilligen - Opfer der einen als Argument gegenüber allen anderen verwenden kann.

H. Sp.

Zahlen über die Stipendien

Die Stipendien sollen nach der neuen Novelle folgendermaßen berechnet werden: das Höchststipendium soll für Studenten, deren Eltern nicht am Studienort wohnen, 33.000.- S und für die anderen 23.000.- S im Jahr betragen. Von diesem Höchststipendium werden jetzt je nach Höhe des Elterneinkommens bestimmte Beträge abgezogen: Man nimmt dazu das steuerpflichtige Jahreseinkommen der Eltern und zieht zuerst allfällige Absetzbeträge ab. Das sind 15.000.- S für jede Person, die zusätzlich von den Eltern oder dem Studenten versorgt werden muß (bei der letzten Novelle waren das 12.000.- S für die 1. Person, 15.000.- S für die zweite und 18.000.- S für jede weitere, d.h. für kinderreiche Familien wurden diese Absetzbeträge verschlechtert). Man hat jetzt das Jahreseinkommen abzüglich der Absetzbeträge. Dieser Betrag wird jetzt folgendermaßen vom Höchststipendium abgezogen:
Das Geld zwischen 0.- und 10.000.-S bleibt unberücksichtigt,
von dem zw. 10.000.-S und 30.000.-S werden 10% abgezogen,
von dem zw. 30.000.-S und 50.000.-S werden 2x5% abgezogen,
von dem zw. 50.000.-S und 70.000.-S werden 35% abgezogen,
von dem,was über 70.000.-S liegt, werden 45% abgezogen.

	1971	1974	1976	Erhöhung/ seit 71	Index/ s.71	Erhöh./ s.74	Index s.74
Eltern nicht am Studienort	83000	90000	107800	30 %	46 %	20 %	21 %
Eltern am Studienort	77000	81000	85500	11 %	46 %	5,5%	21%

Kein Wunder, daß schon 1974/75 nur 41% aller Arbeiterkinder, die studieren, überhaupt ein Stipendium bekamen, letztes Jahr werden es noch weniger gewesen sein.

Nun ein typisches Rechenbeispiel für mittlere und kleinere Stipendien:
Angenommen,eine 4-köpfige Familie (2 Kinder) hatte 1974 90.000 S steuerpflichtiges Einkommen, die Eltern wohnen am Studienort. Damit betrug die Bemessungsgrundlage 90.000 - 12.000 - 15.000 (Absetzbeträge) = 63 000 S und der Student bekam 10.000 S Stipendium im Jahr.
Angenommen, das Realeinkommen dieser Familie ist gleichgeblieben, so beträgt ihr Einkommen heute 90 000 + 90 000 x 21/100 (Geldentwertung) = 109 000 S. Man zieht die Absetzbeträge ab: 109 000 - 15 000 - 15 000 = 79 000; jetzt wird das Stipendium folgendermaßen berechnet:

Höchststipendium

0 - 10000		0%		bleiben 23000
10000- 30000	(das sind 20000 S)	-10%	gleich -2000	bleiben 21000
30000- 50000	(das sind 20000 S)	-25%	gleich -5000	bleiben 16000
50000- 70000	(das sind 20000 S)	-35%	gleich -7000	bleiben 9000
über 70000	(sind noch 9000 S)	-45%	gleich -4050	bleiben 4950

Das heißt, der Student bekommt nur noch 4950 S Stipendium im Jahr gegenüber 10.000 1974, wobei man noch bedenken muß, daß diese 10.000 S heute einem Realwert von 12.100 S entsprechen.

Setzen wir einen Kampfschritt

EIN PROTEST UND KAMPFSCHRITT GEGEN DIE STIPENDIENPOLITIK DES STAATES IST NOTWENDIG !

Im letzten Studienjahr brachten zahlreiche Studenten in zwei Demonstrationen, einer im Dezember, und einer Anfang April, ihre Forderungen nach einer Erhöhung der Stipendien zum Ausdruck. Die Bewegung war stark, aber nicht stark genug, um dem Staat maßgebliche Zugeständnisse abzuringen. Mit der neuen Novelle wird eine Politik weiterverfolgt, die der Staat bereits seit mehreren Jahren betreibt: Schrittweise wird der Kreis der Stipendienbezieher eingeschränkt, schrittweise wird der Leistungsdruck verschärft. Schrittweise, damit sich die Studenten langsam daran gewöhnen, und damit den Studenten, die jedes Jahr neu auf die Uni kommen, gar nicht so sehr auffällt, welche Verschlechterungen es in den letzten Jahren bereits gegeben hat. Es soll immer mehr zu einer Selbstverständlichkeit für die Studenten werden, daß jemand, dessen Eltern Arbeiter sind, noch lange kein Stipendium bekommt, jemand dessen Eltern kleine Anges ellte sind überhaupt nur in seltenen Ausnahmefällen, wenn er nicht gerade fünf Geschwister hat. Auch die Vorstellung, daß, wer ein Stipendium will, ein Musterstudent sein muß, soll den Studenten schön langsam in Fleisch und Blut übergehen.

Der Kampf um ausreichen de Stipendien ist nicht eine Angelegenheit von einem Semester oder einem Studienjahr, sondern er wird immer wieder geführt werden müssen, solange die Bourgeoisie noch an der Macht ist, denn sie kann in der Regel nicht gänzlich darauf verzichten, einen gewissen Teil ihrer qualifizierten Kader durch Kinder aus den breiten Volksmassen zu ergänzen. Vom Kräfteverhältnis wird es abhängen, wie weit die Bourgeoisie ihre Politik durchsetzen kann. gegenwärtig kommt es sehr darauf an, zu verhindern, daß es dem Staat gelingt, mit seiner neuen Novelle neue Maßstäbe zu setzen. Es ist für den ganzen weiteren Kampf wichtig, daß möglichst viele Studenten die Novelle entschieden nicht als neuen Maßstab akzeptieren, sondern sie in aller Öffentlichkeit als das brandmarken, was sie ist: eine Fortsetzung des Stipendienabbaus und der Steigerung des Leistungsdrucks.

Das muß sowohl gegenüber den Studenten demonstriert werden als auch gegenüber den Massen, denen die Regierung einreden möchte, daß durch die neue Novelle ohnehin alles Menschenmögliche für die unbemittelten Studenten getan wurde.

ÖSU, VSStÖ, KSV, GRM und FÖJ MACHEN DEM STAAT DIE MAUER

Während die meisten bürgerlichen Gruppen, insbesondere ÖSU, VSStÖ und KSV, bevor es einen Kampf um höhere Stipendien gegeben hatte, sich groß gamit brüsteten, daß sie die wahren Freunde der "materiellen Interessen" der Studenten seien, und daß man das besonders an ihrer Haltung zu Stipendienfrage sehe lehnen sie jetzt in trauter Einmütigkeit jeden Schritt gegen die staatliche Stipendienpolitik ab. Sie beziehen zur Novelle in verschiedenen Varianten den Standpunkt "zwar nicht das, was die Studenten brauchen würden, aber doch bestimmte positive Seiten"; das ist im grunde das selbe Argument, mit dem die Regierung die Novelle durchsetzen will: "In Anbetracht der notwendigen Sparmaßnahmen ist das ohnehin schon viel". Abgesehen davon schweigen die bürgerlichen Gruppen die Stipendienfrage tot.

Die ÖSU akzeptierte zwar eine kritische Einleitung in der Stellungnahme der Hochschülerschaft gegenüber dem Wissenschaftsministerium, gleichzeitig bemühte sie sich verbissen, alle möglichen formalen Änderungen in der Berechnungsweise der Stipendien, die bestenfalls für die Beamten des Ministeriums irgendein Interesse haben, als Verbesserungen für die Studenten zu interpretieren.

Karasek, der Vorsitzende der ÖH (ÖSU) erklärte ausdrücklich, daß er nicht die Absicht habe, jemals wieder irgendwelche konkreten Zahlen für Forderungen zu nennen, sondern daß er in Zukunft nur noch ganz allgemein von der Notwendigkeit "kostendeckender Stipendien" reden werde. Die Frage des Leistungsnachweises weigert sich die ÖSU in den Vordergrund zu rücken. In ihren großen Plakaten, die sie vor den Hochschulen anschlägt, rühmt sie sich, daß es ihr gelungen wäre, eine Stipendiennovelle zu erreichen, ohne daß dort auf deren Inhalt eingegangen würde. Die ÖSU schreibt im ÖSU-Report einen kritischen Artikel über die Stipendiennovelle, verbreitet aber dort ebenfalls die Ansicht, daß man jetzt keine Schritte setzen soll. Bezeichnend ist das Verhalten der ÖSU an der Technischen Universität: Der von der ÖSU dominierte Hauptausschuß kam zu einem von der Studienrichtungsvertretung Architektur einberufenen Treffen, und erklärte dort reumütig, er habe sich voriges Jahr von der Regierung hineinlegen lassen, er sei jedoch bereit, die Konsequenzen zu ziehen und jetzt auf der Technik Schritte gegen den Entwurf zur Novelle zu organisieren. Er versprach auch eine Hörerversammlung einzuberufen. Damit war aber die Sache für ihn auch schon erledigt. Weder mobilisierte er für die Hörerversammlung, noch ergriff er sonst irgendwelche Aktivitäten.

Der VSStÖ verfolgt unverändert die Linie, die er seit letztem Jänner eingeschlagen hat: Es sei gerade nicht der richtige Augenblick für einen Kampfschritt, die Studenten seien gerade nicht kampfbereit genug. Von dieser Politik war er nur im letzten April für eine Woche abgegangen, als er sah, daß er eine von den Stipendienkomitees organisierte Demonstration nichtbverhindern konnte und er über Nacht 4 Tage vor dieser Demonstration gemeinsam mit dem KSV zu einer eigenen Demonstration für 2 Tage später aufzurufen begann. Im letzten Mai und Juni, als eine neue Demonstration organisiert werden sollte, daß im Herbst der richtige Zeitpunkt dafür wäre. Bei der letzten Sitzung des ZA der ÖH bemühte sich der VSStÖ zur Freude der übrigen bürgerlichen Gruppen mit Erfolg, durch Obstruktion zu verhindern, daß der ZA überhaupt zum Tagesordnungspunkt "Stipendien" kam. Die Sitzung wurde in der späten Nacht beim Tagesordnungspunkt "Bericht des Vorsitzenden" abgebrochen, ohne daß die Frage der Stipendien überhaupt behandelt worden wäre.

Der KSV ist wie die ÖSU der Meinung, daß es jetzt nicht richtig wäre, etwas zu fordern. Er steht ebenso seit letztem Dezember jedem Kampfschritt feindlich gegenüber.

VSStÖ, KSV, FÖJ und GRM schaden dem Kampf aber noch durch mehr, als durch bloßes Liquidatorentum. Sie verbreiten beharrlich in verschiedenen Spielarten die Ansicht, daß der Kampf um ausreichende Stipendien eh' was Borniertes sei, daß er keine politische Bedeutung habe; KSV und VSStÖ behaupten, der Kampf sei sogar schädlich, wenn die Studenten nicht gleichzeitig das schon oft zur Verwirrung der Massen eingesetzte, heute aber bereits etwas abgetakelte reformistische Programm der Umverteilung auf ihre Fahnen schrieben; die FÖJ will glauben machen, daß nur eine Verbindung mit Lehrlingsfragen einen ständischen Charakter des Kampfes verhindern könnte. Mit dieser verlogenen Herabwürdigung des Kampfes um ausreichende Stipendien dekken die reformistischen und revisionistischen Studentengruppen in folgenden Punkten die reaktionäre Politik des Staates:

1) die reaktionäre staatliche Politik, die ärmeren Kollegen unter verstärkten finanziellen Druck zu bringen, und sie dadurch verstärkt zu disziplinieren,

2) die reaktionäre staatliche Politik, den Leistungsnachweis zu verschärfen, um die ärmeren Kollegen verstärkt zu unterdrücken,

3) die reaktionäre staatliche Politik, das gegenwärtige Stipendiensystem überhaupt schrittweise abzubauen, um es durch ein System zu ersetzen, das den Kapitalisten noch mehr Kontrollmöglichkeiten gibt,

4) die reaktionäre "Spar"politik in Bezug auf die Stipendien.

ÖSU: „Kleine Korrektur"

In der jüngst vom Zentralausschuß der ÖH an alle Studienrichtungsvertreter ausgesandten Stellungnahme lautet der erste Absatz um eine Kleinigkeit, aber um eine äußerst entscheidende Kleinigkeit anders, als er bei der Fraktionsführer - und Vorsitzendenkonferenz vereinbart worden war, und wie wir ihn abgedruckt haben. Das vordringliche Ziel der Forderungen ist auf einmal nicht mehr, daß die "Kinder von Arbeitern, kleinen Angestellten" usw. ein Stipendium erhalten sollen, sondern nur noch "die Kinder von k l e i n e n Arbeitern, Angestellten" usw. Das hat folgende Vorgeschichte: Bei der Sitzung trat die JES gegen die Forderung eines Stipendiums für "Arbeiter, kleine Angestellt" usw. auf, weil es ja auch viele Arbeiter gäbe, die genug Geld hätten. Statt dessen sollte man schreiben "Kinder von Arbeitern, Angestellten.....die sozial bedürftig sind". Dieser arbeiterfeindliche, reaktionäre Standpunkt, der von der Behauptung ausgeht, daß arm und reich eben irgendwie über die verschiedenen "Berufsgruppen" verteilt sei, stieß auf heftige Ablehnung auch seitens meherer ÖSU Hauptausschußvorsitzender. Das insbesondere deswegen, weil sich der Satz von einer Kritik der Regierungspolitik ja völlig in eine Rechtfertigung verwandeln würde, wenn die Hochschülerschaft selbst feststellen würde, daß nur ein Teil der Arbeitekinder, die studieren, sozial bedürftig seien. Das Ministerium ist eben der Meinung, daß nur ca. 35% - 40% der Arbeiter sozial bedürftig sind. Demgegenüber ist der Grundgedanke, von dem wir bei unserem Vorschlag für die Stellungnahme ausgingen der, daß es sich eine Arbeiterfamilie in der kapitalistischen Gesellschaft grundsätzlich nicht leisten kann, ihre Kinder aus eigenen Mitteln studieren zu lassen.

Daß sich so viel Protest gegen den reaktionären JES-Vorschlag erhoben hatte, dämpfte auch der ÖH-Vorsitzende Karasek seine anfängliche Begeisterung darüber ab, und man einigte sich darauf, nur anstelle eines "usw" die Kleingewerbetreibenden, wie es die JES gefordert hatte dezidiert anzuführen, sonst aber den Satz in seiner ursprünglichen Fassung unverändert zu lassen.

Da eine Vorsitzendenkonferenz keine verbindlichen Beschlüsse fassen kann, war es keine Kunst für Karasek nachträglich noch eine "kleine Korrektur" vorzunehmen. Diese "kleine Korrektur" bedeutet aber nichts anderes, als daß die ÖH-Führung ganz offen von dem Prinzip abgeht, für Kinder von Arbeitern, die studieren, schlechthin ein Stipendium zu fordern, und daß sie ganz nach Art der JES, es dem Ministerium anheimstellt, zwischen den "wohlhabenden" Arbeitern und den "kleinen Arbeitern" zu unterscheiden, was das Ministerium ja gerade auch ohne Aufforderung seitens der ÖH-Führung macht.

Bayr-Klimpfinger

„Nachkomme der wenigen Hochbegabten"

Einige Psychologiestudenten haben gemeinsam mit den StRVern beschlossen, die Ansichten, die Prof.Bayr-Klimpfinger in ihrer Vorlesung verbreitet, über die jeder Psychologie- und Lehramtsstudent geprüft wird, nicht mehr unwidersprochen zu lassen und die Empörung, die es unter den Studenten über diese Vorlesung schon seit Jahren gibt, offen zum Ausdruck zu bringen. Solche Versuche hat es immer wieder gegeben und es ist ihr immer wieder gelungen, sie abzuwehren. Das kann ihr solange gelingen, als die Studenten nicht über die spontane und gefühlsmäßige Ablehnung hinausgehen, solange sie sich in der Kritik darauf beschränken, daß die Vorlesung "fad" ist, daß man nichts davon hat, daß seit 20 Jahren das Gleiche gebracht wird, daß die Prüfungsmethoden unterdrückerisch sind usw. Es ist notwendig, in das reaktionäre Wesen ihrer Ansichten einzudringen. Dazu soll dieser Artikel eine Hilfe sein. (Ich beziehe mich auf das Skriptum "Entwicklungspsychologie I", WS 64/65 und "Entwicklungspsychologie II" SS 66).

Bayr-Klimpfinger beschäftigt sich mit der Entwicklung des Menschen. Von einer solchen Theorie erwartet man sich Antworten darauf, wie der Entwicklungsprozeß der Materie ein solches Wesen wie den Menschen hervorbringen kann, wie der Mensch so wird, wie er sich heute darstellt, welche Rolle seine gesellschaftlichen Äußerungsweisen wie Produktion, Familie, Staat, Eigentum usw. dabei spielen. Eine solche Theorie muß davon ausgehen, daß der einzelne Mensch sich innerhalb von Verhältnissen entwickelt, die die Menschheit in ihrem Entwicklungsprozeß durch Jahrtausende geschaffen hat. Dieser Entwicklungsprozeß ist die Geschichte, die gesellschaftlichen Verhältnisse sind keine natürlichen sondern geschichtliche.

Auf den ersten Blick fällt auf, daß Bayr-Klimpfinger die Sache anders sieht. "Die genetische, die entwicklungsgeschichtliche Betrachtungsweise strebt an, einen bestimmten Bereich des Seienden, nämlich des Lebendigen, zu erschließen. Jenseits des Lebens gibt es auch Sein, wird aber nicht genetisch erschlossen - Hypogenetik" (I,2)

D.h. die Materie entwickelt sich nicht - sie ist einfach da. Auch das Leben ist einfach da - plötzlich geschaffen vom lieben Gott oder jemand mit dessen Fähigkeiten.

"Auf der anderen Seite - Hypergenetisches: erschließt sich nicht der genetischen Betrachtungsweise, geht über deren Fassungsbereich hinaus. Ausfallspforten zum Geistigen und Werthaften, z.B. zeigen, wie weit seelische Entwicklung fortgeschritten sein muß, um das Geistige zu erfassen." (I,2)

Also auch das "Geistige", "Werthafte" ist einfach da.

Die Entwicklung wird von vornherein eingeschränkt auf biologische Abläufe, das menschliche Bewußtsein wird nicht gefaßt als Produkt eines komplizierten, langwierigen Entwicklungsprozesses während dessen der Mensch zunehmend lernt, die Natur zu beherrschen. Der gesellschaftliche Zusammenhang der Menschen zum Zweck der Produktion verliert von vornherein jede Bedeutung für die Entwicklung des Menschen.

Der größte Teil der Vorlesung besteht aus der Beschreibung von Verhaltensweisen, die verschiedenste "Forscher" an menschlichen und tierischen Individuen verschiedenster Alters- und Entwicklungsstufen beobachtet haben. Man könnte nach Belieben noch eine weitere Fülle von Beobachtungen anderer "Forscher" hinzufügen, die von B.Kl. nicht gebracht werden.

Diese Beobachtungen werden von B.Kl. zu einem bestimmten Gesamtbild der "Entwicklung des Menschen" zusammengefügt - dieses Gesamtbild ist Ausdruck ihrer Auffassung vom Vorgang dieser Entwicklung. Worin besteht diese Auffassung?

"Ontogenetische Entwicklung ist unter anderem auch die Aktualisierung von artspezifisch festgelegtem Erbgut... Aktualisierung von Angeborenem. In den Genen ist das Erbgut chiffriert, gespeichert, es erfährt in jeder Ontogenese eine Dechiffrierung durch die Wachstum- und Reifungsprozesse."(I,9)"Durch die Aktualisierung des artspezifischen Erbgutes wird das Verhalten, die Erscheinungen, das Agieren grundlegend determiniert(artspezifisch). Durch die individuellen Verhaltensmodifikationen, Auseinandersetzungen wird das Verhalten auch entscheidend modifiziert. Der Humanpsychologe darf nicht übersehen, wie entscheidend der kulturelle Hintergrund für das Verhalten ist"(I,11) "Es ist artspezifisch festgelegt, wo es (das Lernen;L.L.) eingebaut werden kann, es bestimmt die angeborene Ausstattung, wieviel und was gelernt werden kann. Die Lernbegabung, abgesehen von individuellen Varianten, ist quantitativ und qualitativ festgelegt". (I,35)

Die Gelehrten schickten einen Akademiker, ausgerüstet mit seinen Werken

"In den Genen ist gespeichert, was für das Lebewesen eine Informationsquelle darstellt,für das Formen und Anformen von Körperbaumerkmalen, von Verhaltensweisen, wodurch es dem Lebewesen möglich wird, sich im Dasein zu erhalten. Lernen ist ein zweiter Weg, über den Außenweltinformationen in den Organismus gelangen, gespeichert werden und in einer anderen Weise ausgewertet werden"(I,61). "Die russische und die amerikanische Schule haben die Lernfähigkeit zu sehr überschätzt zu Ungunsten der phylogenetischer Angepaßtheit der Verhaltensweisen"(I,63).

Die Entwicklung des Menschen besteht also darin, daß sich das Erbgut entfaltet. An bestimmten Stellen ist Platz für das Lernen.

Was ist der wichtigste Faktor für die Entwicklung? Das Alter. "Wir werden in erster Linie Erscheinungsformen, Verhaltensweisen von Kindern und Jugendlichen kennzeichnen, wie sie durch den Altersfaktor determiniert sind. Wir stellen die Fiktion auf, daß die individuellen Unterschiede nicht allzu groß sind und der kulturelle Hintergrund nicht allzu stark variiert. Wir betreiben generelle ontogenetische Entwicklungspsychologie"(I,14).

Diese Auffassung wird hingestellt als Resultat langer "wissenschaftlicher Bemühungen.

"Wir können in der objektiven Wissenschaft seelisches Leben fassen über die Verhaltensweisen, die der Mensch in der Spanne seines existenziellen Seins zeigt. Das ist der unmittelbare Forschungsgegenstand"(I,5).

Ausgangspunkt der Forschung sind demnach "Verhaltensweisen". Tatsächlich ist es umgekehrt. Der Mensch zeigt sehr viele Verhaltensweisen. Er zeigt in verschiedenen Gesellschafts- und Lebensumständen verschiedene Verhaltensweisen. Man muß also ordnen, man muß auswählen. Auch B.Kl. wählt aus. Sie wählt solche aus,die ihrer Auffassung der Entwicklung, ihrem Dogma entsprechen. Das ist der wirkliche Ausgangspunkt. So kommt es, daß die Entwicklung des Menschen in der Vorlesung ganz tierisch dargestellt wird; daß es nur so wimmelt von "angeborenen Auslösemechanismen(AAM)", von Vergleichen mit der Tierwelt usw.; daß man sich vorkommt als ohnmächtiger Beobachter dessen, was das menschliche Wesen im Lauf der Entwicklung halt so macht.

Die Auswahl wird gerechtfertigt durch die Methode des "systematischen Vergleichs": "Man wird bei einem systematischen Vergleichen nicht nur auf Verschiedenheiten stoßen, sondern auch auf Gleichheiten, sind von besonderer Bedeutung für die genetische Forschung. Besonders dann, wenn man den Blick offenhält für physiologische, anatomische Grundlagen der Verhaltensweisen. Bei Gleichheiten stößt man auf Tatbestände...Tatbestände, die gleichgeblieben sind bis tief in die Ahnenreihe des Menschen. Man stößt auf altes Erbgut, das nicht nur den Menschen umschließt" (I,6f)

Nachdem man diese "Gleichheiten" herausgefunden hat, muß man "Ursachen, Zweck der Verhaltensweisen aufspüren...Finalfragen stellen"(I,7)

Dazu zwei Beispiele: "Um etwa 8 Monate lächelt das Kind keinem Fremden mehr zu...Es macht sich hier der bedeutsame Ausdifferenzierungsschritt bemerkbar: bekannt und fremd, fremd=Feind!... Dieser Schritt liegt noch nicht lange in der Menschheitsgeschichte zurück. Primitive Völker sind heute noch so. Der Fremde ist Feind und es dauerte lange Zeit bis er auch nur zum Gast wurde. Im Altertum gab es nur die Hellenen, alles andere waren Barbaren. Das war in allen Hochkulturen so. Viele Völker haben sich als Auserwählte betrachtet (auch das Deutsche;L.L. Daß es heute nicht mehr so ist, daß jeder Fremde nicht als Feind betrachtet wird, verdanken wir

Fortsetzung S.10

Fortsetzung v. S. 9 (Bayr-Klimpfinger)

den Missionaren und Forschern den Wissenschaftlern"(I,44f) "Hohe Leistungsfähigkeit des menschlichen Gehörsinns, versteht feinst Stimmnuancen. Das Gegenstück dazu ist die so variable menschliche Stimme, eine Ausstattung, die in der frühmenschlichen Geschichte der Sicherung diente... Das war sehr wichtig, damit man im Buschwerk und in der Nacht erkannte, wer der andere war. Es war wichtig, wer es sagte und wie - wichtiger als der Sachverhalt. Das ist noch erhalten, denn die Mutter versteht, was das Kind sagt, auch wenn es noch nicht sprechen kann. Das ist ein phylogenetisch sehr frühes Stadium"(I, 55)"Schlüsselreize für mütterliches Verhalten. Der Fernstehende versteht diese nicht richtig! Leises Quäken - Frage: Mutter, bist du da?..."(I,32)

Die Entwicklungstheorie wird durch diese treffliche Methode der "objektiven Wissenschaft" in ihr völliges Gegenteil verkehrt. Das Augenmerk wird nicht darauf gelegt, daß diese Entwicklung Neues schafft, sondern nach dem Motto 'weil der Mensch vom Affen abstammt, muß noch was davon in ihm enthalten sein' im Neuen immer das Alte gesucht. Wenn man diese"Methode" konsequent verfolgt, muß man den Menschen darauf reduzieren, daß er ein Säugetier ist, muß man die menschliche Gesellschaft reduzieren auf "Lebensräume wie die Symbiosen in der Biologie"(I,4)

Diese biologistische, in Wahrheit entwicklungsfeindliche Betrachtungsweise, die bei der Behandlung des Säuglings und der kleinen Kinder noch plausibel erscheint, enthüllt ihren Zweck bei den Aussagen, die über die gesellschaftlichen Verhältnisse gemacht werden: Offene, unverhüllte Rechtfertigung jeglicher Klassengesellschaft kommt hier zum Vorschein wobei BKl. weder die Verbreitung von Geschichtslügen noch haarsträubende Widersprüche innerhalb ihrer "objektiven Wissenschaft" scheut.

Fragen wir, wie es dazu kommt, daß die Menschheit ein "phylogenetisch frühes Stadium " verläßt; wie- um beim obigen Beispiel zu bleiben - die "Missionare dieses Stadium verlassen haben können; wie es kommt, daß sie die "primitiven Völker" aufsuchen; wieso diese sie nicht als "fremd-Feind" betracht"und erschlagen haben. Wie konnte es der Menschheit gelingen, sich aus dem Tierreich zu erheben? Indem sie eine"Elite"von"Hochbegabten" hervorgebracht hat. Die Antwort bekommen wir beim "Jugendalter",einem"menschheitsgeschichtlich jungen Ereignis": "Die ontogenetische Entwicklung des Menschen durchlief nicht immer nach einer Kindheit ein Jugendalter, und sie tut es auch heute noch nicht bei allen Menschen.... ...Es gab auch in unserer unmittelbaren Vergangenheit (Abendland; christliche Frühzeit, Mittelalter) eine Reihe von jungen Menschen, denen sehr lange der Erwachsenenstatus nicht zuerkannt wurde....Zumindest für einen Stand wurde sehr bald die schulmäßige Vorbereitungszeit sehr lange: Kleriker. Dieser Stand war es aber, aus dem sich alle höheren Berufe der Reihe nach ausdifferenzierten. Es gab ja nur eine Kategorie von Schulen: Dom-und Klosterschulen.

1. Welche jungen Leute waren es, denen der Erwachsenenstatus vorenthalten wurde? Im Verhältnis zur Gesamtpopulation nur eine kleine Gruppe: außerordentlich begabt, hochbegabt.
2. Wie reagierten sie darauf? Schöpferisch. Sie haben auf diese lange Schulzeit nicht nur negativ reagiert, sie waren Garanten des Fortschritts: Generationsabfolge: Schüler-Lehrer - Schüler-Träger der Wissenschaft. Sie haben kulturell geschaffen. Die abendländische Kultur geht zurück auf diese wenigen Hochbegabten und alle ihre Schüler. Sie haben den Traditionszusammenhang der Menschheit gesichert. Nur der Elite der Hochbegabten war eine lange Schulzeit vorgeschrieben..."(II,29)

"Das Eindringen einer Elite in die Naturgesetzlichkeiten ergab eine immer bessere Auswertung von Naturkräften"(I,79).

Den Senen gabs der Herr im.. ...Erbgut! Den "Hochbegabten" wurde ein"Jugendalter" gewährt, weil sie eben hochbegabt waren. Ihnen haben wir die "abendländische Kultur", das"Eindringen....in die Naturgesetzlichkeiten" und damit auch die moderne Industrie zu verdanken.

Es ist direkt erstaunlich, was die heutigen Nachkommen dieser Hochbegabten - bei einem Universitätsprofessor muß es sich wohl darum handeln- ungestraft alles behaupten dürfen: Wir hätten die Errungenschaften der modernen Naturwissenschaften ausgerechnet dem mittelalterlichen Klerus zu verdanken. Jener finsteren Reaktion, die mit Feuer und Schwert alles verfolgte, was nur im Mindesten die dogmatischen Glaubenssätze der Religion anzutasten wagte(bekanntlich wurde Giordano Bruno am Scheiterhaufen verbrannt wegen Atheismus, wurde Galilei verfolgt, weil er behauptete, daß sich die Erde um die Sonne dreht, wagte es Kopernikus erst am Sterbebett, die gleiche Theorie zu veröffentlichen, mußte Descartes seine Schriften im protestantischen Holland drucken lassen und illegal verbreiten......). Bekanntlich beschäftigten sich diese "Hochbegabten"außerdem in den Dom- und Klosterschulen ausschließlich damit, die Schriften der Kirchenväter und die Bibel auswendig zu lernen.

Kann man die Verbreitung solcher Aussagen als Ausrutscher bezeichnen? Das kann man nicht. Sie sind nichts anderes als die logische Konsequenz einer "entwicklungsgeschichtlichen Betrachtungsweise", für die Entwicklung bloße Entfaltung dessen ist, was immer schon da gewesen.

Für die Ideologen aller Ausbeuterklassen war die Arbeit, durch die der Mensch seinen Stoffwechsel mit der Natur durch die eigene Tat kontrolliert und vermittelt, nie die Grundlage und der entscheidende Faktor der gesellschaftlichen Höherentwicklung. Die Existenz einer Gruppe von Menschen, die von der Arbeit anderer lebte und die Gesellschaft nach ihren Klasseninteressen organisierte, nahm in ihren Köpfen und noch mehr auf ihren Zungen die Gestalt einer Elite an, die sich über die ganze dumpf dahinvegetierende arbeitende Masse erhebt und sie zu ihrem eigenen Vorteil leitet und beherrscht.

Wir haben gesehen, wie Bayr-Klimpfinger die Entstehung einer solchen Elite aus der biologischen Natur des Menschen ableitet. Sehen wir nun, wie die dumpfe Masse zustande kommt. Wir wissen bereits, daß die"Entwicklung der Menschheit nicht immer nach der Kindheit ein Jugendalter'durchlief" - jetzt erfahren wir, daß ein solches ja auch nur einem Teil der Jugend zusteht:

"Eine generelle ontogenetische Entwicklungspsychologie wird hinsichtlich des Jugendalters nicht mehr sehr viel aussagen können, denn hier in diesem Alter haben wir es mit so entscheidenen Ausdifferenzierungen zu tun, schon nach der Begabung. Eine szientivisch begabte Jugend ist anders als eine, die nur widerwillig aufnimmt. Wir schränken uns hier ein auf die Entwicklung der Jugend, die gut begabt ist, die mit Gewinn eine solche Periode des Jugendalters durchmacht und die doch noch weitgehend im Elternschutz lebt"(II,30)

Die "objektive Wissenschaft" hat es nicht nötig, sich mit der"schlecht begabten" Jugend auch nur zu beschäftigen, ja diese macht eine solche Periode nicht mit Gewinn durch, d.h. es ist gar nicht nötig, sie einer Ausbildung zu unterziehen, es ist ganz richtig, daß in Österreich z.B. jährlich zehntausende Jugendliche mit 14 Jahren in die kapitalistische Produktion geworfen werden! Solche seine geheimsten Gedanken traut sich heute kaum meh r ein Bourgeois laut herauszuposaunen.

Wie die Entwicklung der Menschheit im allgemeinen ist auch die Entwicklung der menschlichen Individuen determiniert im Erbgut. Zumindest bei Bayr-Klimpfinger. War bisher das Alter die wichtigste Entwicklungsdeterminante, taugt das nicht mehr für die Erklärung und Rechtfertigung der unterschiedlichen Entwicklung. Auf der "Höhe der reifen Kindheit" ist nicht mehr das Alter der wichtigste Faktor. Mehr und mehr als die Jahre vorher werden die individuellen Begabungsunterschiede wichtig. Diese bekommen schon ein stärkeres Gewicht als die entwicklungscharakteristischen. Es ist daher richtig, daß es um 10,11 eine Differenzierung der Schulbahnen gibt.(II,S.3)

Von nun an dient die entwicklungsgeschichtliche Betrachtung nur mehr der Rechtfertigung jeglicher Ungleichheit, gibt es keinen noch so schreienden Mißstand mehr, den Bayr-Klimpfinger nicht als biologisch determiniert zu beschönigen wüßte. Hatten wir beim Alter von 10, 11 Jahren nur individuelle Begabungsunterschiede, so haben wir beim Alter von 14 Jahren zweierlei Jugend, solche die "szientivisch begabt" ist, und solche, "die nur widerwillig aufnimmt". Die vershiedenen Begabungen, so harmlos sie schienen, sind in dem ihnen angepaßten Schulsystem mit einem Mal umgeschlagen zwischen mehr und minder begabten Jugendlichen. Zweierlei Jugend - zweierlei Menschen. Wir stimmen Prof. Bayr-Klimpfinger insofern zu, als es den Menschen in der Klassengesellschaft nicht gibt, daß der Mensch hier nur auftritt als Angehöriger dieser oder jener Gesellschaftsklasse.

Das kulturelle Elend der breiten Massen hat aber seine Ursache nicht in den im "Wesen des Menschen", d.h. in den Genen liegenden Begabungsunterschieden, sondern in den kapitalistischen Produktionsverhältnissen und dem darauf aufbauenden Bildungswesen unter dem Kommando der Bourgeoisie.

Die Auffassungen von Bayr-Klimpfinger zur Erziehung entsprechen ihrem Begriff von der Entwicklung des Menschen:

Man muß "Erziehung maximal betrachten aus dem Gesichtswinkel der Entwicklungsgemäßheit." (I,18) Das bedeutet im Alter von 9 Monaten bis 21/2 Jahren z.B.:"Solch ein Kind, das so unternehmungslustig ist, das mit dem K pf durch die Wand will, muß lernen zwei Barrieren zu erfassen: 1. Das kannst du nicht! Die Wand gibt nicht nach. Das wird über viele schlechte Erfahrungen gelernt. 2. Das darfst du nicht! Diese Barrieren werden vom Betreuer gesetzt, sie dürfen aber nicht weniger fest sein, als die Wand des Kastens, die nicht nachgibt, wenn man dagegen stürmt."(I,54) "Es ist nicht notwendig, die Verbote dem Kind zu begründen."(I,54)

"Pädagogische Folgerungen für den Lehrer an Höheren Schulen" sind z.B. "Lernfähigkeit der Kinder ausnützen, sie wirklich geistig exerzieren. Sie müssen erfassen, daß es von ihrem Wissen und Können abhängt, welche Stellung sie im späteren Leben einnehmen werden... der Lehrer....darf der rauhere Leitwolf sein, Herrschertyp... gute Disziplin.... Ausschlißen was in den unteren Klassen nicht mitkommt...Was nicht in die Höhere Schule gehört, das muß heraus!!"(I,5f)

Mit solchen"Erkenntnissen"der "objektiven Wissenschaft"will Bayr-Klimpfinger den Studenten ihren stockreaktionären Elitegeist einpflanzen, diese Vorlesung erklärt der Staat für eine Pflichtvorlesung für Lehramtskandidaten. Wir sind der Auffassung, daß es ein gutes Licht auf die Verkommenheit der imperialistischen Bourgeoisie wirft, daß diese von solchen Leuten wie Bayr-Klimpfinger ihre "Wissenschaft" vertreten läßt. Das sollte jedoch niemanden abhalten, sie zu bekämpfen - es gibt noch genug andere. L.L./K.K.

Die Verbindung von Studium und Politik des KSV

In der "Roten Perspektive" 1/1976-77 (Organ des KSV) findet sich ein Bericht über die 3. Bundeskonferenz des KSV unter dem Titel: "Für die Verbindung von Studium und Politik!" Darin heißt es, die Konferenz orientierte "die gesamte Organisation und ihre Sektionen darauf, den Kampf gegen die bürgerliche Ideologie in den Lehrveranstaltungen aufzunehmen!" Erst durch die Kritik an den Lehrinhalten durch die Denunzierung ihres reaktionären ideologischen Gehaltes, ... kann unter den Studenten die Erkenntnis der Notwendigkeit neuer fortschrittlicher Lehrinhalte entstehen." Die Studenten hätten dabei das Interesse "an uneingeschränkter, nicht durch Ideologie, die dem Herrschaftsinteresse dient, verschleierter Erkenntnis" mit den Interessen der Arbeiterklasse "an fortschrittlichen Lehrinhalten" gemeinsam.

Somit hat der KSV in seiner Gesamtheit den "Kampf gegen die bürgerliche Ideologie in den Lehrveranstaltungen" bislang nicht aufgenommen. Das soll sich jetzt ändern. Was ist davon zu halten?

GRUNDSÄTZLICHE DIFFERENZ ZUM MARXISMUS-LENINISMUS

In der Regel führen die Revisionisten entstellte, aus dem Zusammenhang gerissene Zitate der marxistischen Klassiker an, um ihre bürgerlichen Anschauungen zu verschleiern. Es gibt aber auch Ausnahmen. Kollegen Walter Baier, derzeit Sekretär des KSV, gelingt es mit einem einzigen verstümmelten Lenin-Zitat schlagartig seine grundsätzliche Differenz zum Marxismus-Leninismus in der Kritik der bürgerlichen Wissenschaft zu erhellen.

In seiner 1975 erschienenen Broschüre "Über Kampf und Krampf mit den maoistischen Hochschul-'theorien'" zitiert er aus "Materialismus und Empiriokritizismus":

"Im großen und ganzen sind die Professoren der politischen Ökonomie die gelehrten Kommis der Kapitalistenklasse und die Philosophieprofessoren die gelehrten Kommis der Theologen. Die Aufgabe der Marxisten ist nun hier wie dort, sich die von diesen 'Kommis' gemachten Errungenschaften anzueignen und zu verarbeiten."

Hier macht Baier einen Punkt und fährt fort: "Es kann angenommen werden, daß die Lenin'schen Formulierungen auf Grund ihrer Klarheit weder einer Interpretation noch einer Erklärung bedürfen. Was die Wissenschaften betrifft, so ist die Sache nun ins rechte Licht gerückt." Darf man diesen Punkt als eine kleine Notlüge bezeichnen, gemacht, um den Leser nicht unnötig zu belasten? Jedenfalls macht Lenin keinen Punkt und fährt (Lenin Werke 14, S. 347) nach "anzueignen und zu verarbeiten" fort:

"...(man kann zum Beispiel, wenn man die neuen ökonomischen Erscheinungen studieren will, keinen Schritt tun, ohne sich der Werke dieser Kommis zu bedienen), und zu verstehen, die reaktionäre Tendenz derselben zu verwerfen, der eigenen Linie zu folgen und die ganze Linie der uns feindlichen Kräfte und Klassen bekämpfen."

In der Tat! Zum Aneignen und Erarbeiten der Errungenschaften bürgerlicher Wissenschaftler gelangt mehr oder minder jeder Student, ob er es darum auch versteht, ihre reaktionäre Tendenz zu verwerfen und der "eigenen", d.h. der marxistischen Linie folgend die ganze Linie der Bourgeoisie zu bekämpfen, ist eine andere Frage - denn hier verläuft gerade die Trennungslinie zwischen einem Studiosus, der sich über den Bannkreis der bürgerlichen Ideologie nicht erhebt, und einem Marxisten. Baier möchte von der Kritik der bürgerlichen Wissenschaft nur das Aneignen und Erarbeiten, nicht das Verwerfen der reaktionären Tendenz, den Kampf gegen die bürgerliche Linie in der Wissenschaft. So zitiert er (S.6 seiner Broschüre) aus der KHZ vom März 74: "Nichts von den Ergebnissen der kapitalistischen Wissenschaft und Ausbildung ist in dieser Form für das Volk zu gebrauchen." Und bemerkt dazu: "Daß eine derartige Haltung fast auf Maschinenstürmerei hinausläuft, bedarf keiner besonderen Erklärung." Aber ebensowenig wie die Kritik des Fabriksystems sich gegen die in der großen Industrie geschaffenen gesellschaftlichen Produktionskräfte richtet, leugnet die Kritik der bürgerlichen Wissenschaft die Errungenschaften dieser Wissenschaft.

Wie sehr Kollege Baier selbst noch mehr dazu neigt, die bürgerliche Ideologie auf den Marxismus anzuwenden als den Marxismus auf die bürgerliche Ideologie, zeigt er auf seinem eigenen Fachgebiet, der Ökonomie. S.5 seiner Broschüre läßt er "neben den Kosten, die die Herausbildung der Arbeitskraft und in der Folge ihre unausgesetzte Reproduktion verursachen","noch andere Größen in die Wertbestimmung" der Ware Arbeitskraft eingehen, nämlich: "So auch der gesellschaftliche Nutzen." Wozu er ganz "links", ganz "revolutionär" feststellt: "Nützlich ist nicht, was gebraucht wird. Nützlich ist, was Profit bringt." Also, der Wert der Ware Arbeitskraft setzt sich zusammen einerseits aus der in ihre Bildung und Reproduktion eingehenden gesellschaftlich normalen Durchschnittsarbeit, andererseits aus ihrer Nützlichkeit, Profit zu bringen. Der Gebrauchswert und der Wert der Ware Arbeitskraft sind damit zusammengeworfen, und bürgerliche und marxistische Lehre vom Arbeitslohn in heilloser Verworrenheit vereinigt. Das ist nicht der Standpunkt der Kritik. Das ist der Standpunkt des "sowohl als auch", der Standpunkt der Versöhnung von Marxismus und bürgerlicher Ideologie, das ist Revisionismus.

DIE "UNEINGESCHRÄNKTE ERKENNTNIS"

Für den KSV haben die Studenten ein Interesse "an uneingeschränkter, nicht durch Ideologie, die dem Herrschaftsinteresse dient, verschleierter Erkenntnis". Dieses Interesse wurzelt wieder im "Qualifikationsinteresse" der Studenten, das seinerseits aus dem "unmittelbaren Zusammenhang" entspringt, der "zwischen der Qualität der Arbeitskraft respektive ihrem Wert und der Herausbildung dieser Qualität, also der Qualifizierung" besteht (S.5 der Baierschen Broschüre). Dieses Interesse der Studenten ist "fortschrittlich", "weil es in letzter Konsequenz ein Ausdruck der Entwicklung der Produktivkräfte ist." (S.21). Nun ist aber "mit der verstärkten Unterordnung der Wissenschaft und damit des Qualifikationsprozesses unter die Herrschaft des Kapitals, wie sie durch die Hochschulreform vorangetrieben wird, ... notwendigerweise Dequalifikation verbunden". Es gehört daher zu den "naheliegenden Aufgaben revolutionärer Studenten", "sich die Wissenschaft kritisch anzueignen und damit verbunden mit allen anderen Kollegen für eine Qualifikation, die dem Stand von Wissenschaft und Forschung entspricht, einzutreten."

~~Zunächst ist zu bemerken, daß bei der Hochschulreform Zu-~~

Zunächst ist zu bemerken, daß es bei der Hochschulreform nicht darum geht, der Herrschaft der Bourgeoisie weitere Gebiete des gesellschaftlichen Lebens zu unterwerfen, sondern darum, die Formen dieser Unterordnung teilweise gemäß den veränderten Bedürfnissen der Kapitalistenklasse zu verändern und vor allem die Studentenbewegung der Herrschaft der Bourgeoisie zu unterwerfen. Die Bourgeoisie stützt sich dabei natürlich auf die bürgerlichen Studentenorganisationen - wie den KSV -, die von innen das anstreben, was mit der Hochschulreform gleichsam von außen erreicht werden soll.

Es gibt wohl keinen bürgerlichen Wissenschaftler, der nicht vorgibt, nach ideologiefreier, "uneingeschränkter" Erkenntnis zu streben und der nicht jeden Dogmatismus entrüstet von sich weist. Man kann aber in der Wissenschaft nur entweder der bürgerlichen oder der proletarischen Linie folgen. Folgt man der bürgerlichen Linie, wird man zu einer ideologisch äußerst beschränkten Erkenntnis gelangen und schließlich in Mystizismus und Obskurantismus verfallen. Folgt man der proletarischen Linie, wird man zu einer wissenschaftlichen Weltanschauung gelangen. Die Behauptung einer ideologiefreien Erkenntnis wurde von bürgerlichen Ideologen gerade zu dem Zweck aufgestellt, ihre bürgerliche Linie zu verschleiern. Für sie bedeutet "ideologiefreie Wissenschaft" völlige Herrschaft der bürgerlichen Ideologie in der Wissenschaft. Gerade hier muß der bürgerlichen Wissenschaft entgegengetreten werden; hier zeigt sich, ob man die ganze Linie der Bourgeoisie angreift oder ob man sich damit begnügt, gewisse offenkundige Auswüchse (wie z.B. die Rassentheorien) zu bekämpfen, die auch von den "modernen" bürgerlichen Wissenschaftlern angegriffen werden, indem sie ihnen neue bürgerliche Ansichten entgegenstellen. Genauso verwenden die heutigen Revisionisten das Argument der Parteilichkeit der bürgerlichen Wissenschaft dazu, um den alten Inhalt in neuer Form an den Mann zu bringen. (So gibt es z.B. aus der DDR Lehrbücher über die Methoden der empiristischen Sozialforschung, wo das gesamte Arsenal, mit dem die bürgerlichen Soziologen hausieren gehen, als "marxistisch-leninistische Sozialforschung" verkauft wird.) Damit reduziert sich die Kritik aber tatsächlich auf das Aussondern reaktionären Beiwerks, das als äußerliche Zutat angesehen und nicht als Konsequenz einer bestimmten Linie erkannt wird.

Die Revisionisten schlagen vor, gegen die Eingriffe des Monopolkapitals in die Hochschulen die "Wissenschaftlichkeit" ins Treffen zu führen, genauso wie sie sich gegen die Unterdrückung durch den bürgerlichen Staat auf seine Verfassung - die eben sein Generalstatut zur Unterdrückung der Massen ist - berufen. Dies hätte eine gewisse agitatorische Berechtigung, wenn es darum ginge, die Volksmassen an Hand der eigenen Demokratieverheißungen der Bourgeoisie gegen diese aufzubringen und die Studenten über den Wissenschaftsanspruch der "gelehrten Kommis der Kapitalistenklasse" gegen ihre Unwissenschaftlichkeit zu empören. Jedoch verliert dieses Verfahren jede Berechtigung, wenn es zur Methode der Politik gemacht wird, wenn es darauf hinausläuft, die Illusionen über den bürgerlichen Staat zur Grundlage der Aktion der Massen und die Illusionen über die bürgerliche Wissenschaft zur Grundlage der Studentenbewegung zu machen. Es bedeutet dann den völligen Verzicht, der bürgerlichen Demokratie die revolutionäre Demokratie und der bürgerlichen Linie in der Wissenschaft die marxistische gegenüberzustellen.

Fortsetzung Seite 12

Chinesische Kinder- und Jugendmalerei

Oktober/November wurden Arbeiten von 7 - 17 jährigen Kindern aus der Volksrepublik China in einer Sonderausstellung des Museums für Völkerkunde präsentiert. Über diese interessanten Werke, die in Aquarelltechnik, Ölkreide, Scherenschnitt, Holzschnitt und Gouache ausgeführt sind, gibt es leider keinen Katalog.

Auffallend ist für uns, mit welchem Optimismus die Kinder die Alltagssituationen aufgreifen und ins Bildnerische umsetzen. Thematisch werden zum einen Teil die kollektive Arbeit in der Landwirtschaft, Verarbeitung von landwirtschaftlichen Produkten, das Leben in den Volkskommunen, Szenen aus Produktion, aus Fabriken, Häfen sowie die Errungenschaften der sozialistischen Kollektivarbeit gezeigt.

Zum anderen Teil die ideologische Erziehung zur Gemeinschaft, Kollektiver Aktion und Hilfsbereitschaft. Im Unterschied zu den Zeichnungen unserer Kinder weisen diese Arbeiten ein hohes Maß an Gegenständlichkeit und zeichnerischer Fähigkeit auf. Dies resultiert einerseits daraus, daß schon ab dem Kindergartenalter alle Kinder (20 Min. pro Woche) an der körperlichen Arbeit teilnehmen und so mit den Produktionsstätten vertraut werden, andererseits aus der Verschiedenheit der Strukturierung des Kunstunterrichtes. Schon ab dem Kindergarten wird auf Zeichnen und Malen großes Gewicht gelegt, dafür werden Kindergärtnerinnen speziell ausgebildet. Oft werden auch Schablonen oder Zeichnungen, die kopiert werden, benutzt, wobei dem Nachzeichnen und Ausmalen Bedeutung beigemessen wird. Weiters wird angestrebt, Projekte gemeinsam zu diskutieren und auszuführen, um den Original- und Individualitätscharakter zurückzudrängen. "....nach der Beendigung der Arbeiten würde es vermutlich keine Auseinandersetzung geben, wem das Bild gehört." (aus "Kindheit in China" hg. William Kessen, S.112, Hanser Verlag) Im genannten Buch wird auch über die gute Atmosphäre zwischen den Schülern und Lehrern und ihre gegenseitige Unterstützung berichtet. Lehrer werden von den Schülern als ältere Freunde empfunden, die ihnen Wissen mitgeben, um ihr eigenes Leben und das Leben der Gemeinschaft besser bewältigen zu können. (Bildtitel: "Vereinigt Euch, um noch größere Siege zu erringen", "Fortsetzer der Sache des Kommunismus sein").

...Es sollte auch erwähnt werden, daß die Betreuer keinerlei negatives Verhalten gegenüber den Kindern zeigten. Wir konnten nur selten eine tadelnde Geste beobachten und auch sehr milde Strafen scheinen nicht üblich zu sein. Betreuer: "Wir lieben unsere Arbeit, denn die Kinder sind die Generation der Zukunft. Sie sind die Nachfolger der revolutionären Sache." (Zitat S. 119, aus dem genannten Buch)

Seit der Kulturrevolution wird verstärkt versucht, die Trennung von Theorie und Praxis weitgehendst aufzuheben. Lernten vor der Kulturrevolution die Kinder hauptsächlich zeichnen und malen in den Klassenräumen, so wurde während und nach der Kulturrevolution (hauptsächlich nach der Bewegung "Lin Piao und Konfuzius kritisieren") die Situation z.B. der Kunsterziehung dahingehend geändert, daß die Kunsterzieher gemeinsam mit den Schülern in die Fabriken und Kommunen gehen, um unmittelbare Erfahrungen für die Gestaltung zu sammeln. Außerdem besuchen Bauernmaler und Laienkünstler die Ausbildungsstätten, um mit den Kindern an Hand deren Arbeiten zu sprechen und Vorschläge zu machen. In vielen Schulen wurden für Schülerarbeiten Ausstellungsmöglichkeiten geschaffen. Im größeren Ausmaß als vorher errichteten Kindergärten und Schulen ihre eigenen "Fabriken", in denen die Kinder Erfahrungen in körperlicher Arbeit sammeln können (z.B. Unkraut jäten, Radieschen pflanzen und Glühbirnen prüfen und sortieren...).

Diese intensive Verbindung von Theorie und praktischer Arbeit wirkt sich unmittelbar auch auf die Gestaltung aus. Viele der Arbeiten spiegeln einen großen Einblick in gesamtgesellschaftliche Zusammenhänge wider.

G.M., W.P.

Fortsetzung v.S. 11 (KSV)

DAS "QUALIFIKATIONSINTERESSE"

Daß die Bourgeoisie ihre Intellektuellen braucht, um Produktion und Gesellschaft zu leiten, galt schon, als die kapitalistische Produktionsweise noch im Aufstieg begriffen war. Qualifikation der Intellektuellen bedeutete und bedeutet hier allemal Qualifikation für die Erfüllung der von der Bourgeoisie gestellten Aufgaben in Produktion und Überbau. In dem Maße, als die Bourgeoisie dazu überging, die relativ privilegierte Stellung der Intellektuellen dadurch zu brechen, daß sie in immer zahlreicheren Bildungsanstalten ein relatives Überangebot von Geistesarbeitern erzeugte, verstärkte sich bei den Intellektuellen naturgemäß auch ihr ganz individuelles Qualifikationsinteresse, nämlich auf ihrem jeweiligen Fachgebiet besser zu sein als andere, um in der Konkurrenz um den Arbeitsplatz zu bestehen und eine höhere Position zu erklimmen. Mit dem Abstieg der kapitalistischen Produktionsweise ist auch die heile Welt der Intellektuellen vollends zerbrochen. Kein wie immer geartetes "fortschrittliches" Qualifikationsinteresse kann über die Krise der geistigen Arbeit in der bürgerlichen Gesellschaft hinwegtäuschen, darüber, daß die bürgerliche Kultur im Todeskampf liegt, daß die Ausbeutung und Unfreiheit der geistigen Arbeit nur vernichtet werden können, wenn die Macht des Kapitals gebrochen, das Privateigentum an den Produktionsmitteln abgeschafft und durch gesellschaftliches Eigentum ersetzt wird. Das Gerede vom "Qualifikationsinteresse" spricht hier nur den kindlichen Glauben an die Lebensfähigkeit des Kapitalismus aus.

DIE POLITISCHE QUINTESSENZ

Man sieht: Wie man die Sache dreht und wendet, aus der hochschulpolitischen Konzeption des KSV grinst die Anbiederung an jene bürgerliche Strömung unter den Studenten hervor, die von der Milderung der Widersprüche träumt und die Unterordnung der Studentenbewegung unter die Bourgeoisie praktiziert. Wir können die politischen Konsequenzen aus den dargestellten ideologischen Grundlagen des KSV selbst nicht besser ziehen, als es Kollege Baier in seiner Broschüre getan hat:

Weil für die "Maoisten", sagt er S.11, die "Hochschule bis zur sozialistischen Revolution unveränderlich und reaktionär" ist, betreiben sie "gezielte Obstruktion". "Sie versuchen, wo immer, mit welchem konkreten Inhalt auch immer und zu welchem Anlaß auch immer, den Studienbetrieb zu zerstören". "Die Kritik der bürgerlichen Wissenschaft wäre so nicht eigentlicher Zweck des Auftretens in Lehrveranstaltungen, sondern nur Mittel unter vielen, den Lehrbetrieb zu behindern." (Vgl. z.B. den Artikel in dieser Zeitung über die Nachfolge des Französisch-Lektors Mangenot.) Aber Baier gibt sich mit diesem Polizeibericht nicht zufrieden. Er sinnt auf Abhilfe. Die Bourgeoisie hat an den Hochschulen ein "inhaltliches Bildungsmonopol". Um dieses zu durchbrechen, sagt er, "müssen fortschrittliche Studenten für Lehrveranstaltungen eintreten, in denen sie die Möglichkeit haben, die wissenschaftliche Weltanschauung des Proletariats in ihrer fachlichen Konkretion zu studieren. Es ist das legitime Recht der Studenten, für marxistische Professoren und deren Berufung zu kämpfen." (S.18)

Sehen wir einmal davon ab, daß das Bildungsmonopol der Bourgeoisie darin besteht, daß sie das gesamte Bildungswesen nach ihren Interessen organisiert und leitet, und daß dieses Monopol weder inhaltlich noch formal dadurch gebrochen werden kann, daß sich einige Studenten die Weltanschauung des Proletariats aneignen. Was Baier vielmehr vor Augen hat, ist der Umstand, daß Studenten in den Lehrveranstaltungen gegen die bürgerliche Wissenschaft auftreten, sie kritisieren und dabei im Kampf ihre eigene Weltanschauung umgestalten. Wenn es diesen Leuten, meint er, um den Marxismus zu tun ist, warum fordern sie dann nicht marxistische Professoren? Das ist ihr legitimes Recht; die Störung von Lehrveranstaltungen dagegen verstößt gegen die Qualifikationsinteressen der Studenten. Bürgerliche Wissenschaft und das "Studium der wissenschaftlichen Weltanschauung des Proletariats in ihrer fachlichen Konkretion" könnten doch auch friedlich nebeneinander existieren. Damit würde auch das Motiv zur "Obstruktion" an den Hochschulen wegfallen.

Der Irrtum ist dabei, daß es bei der "Kritik an den Lehrinhalten" nicht um die "Erkenntnis der Notwendigkeit neuer fortschrittlicher Lehrinhalte" geht (Rote Perspektive). Die Studenten in der Kritik der bürgerlichen Wissenschaft dabei auf die "Erkenntnis der Notwendigkeit neuer fortschrittlicher Lehrinhalte" zu beschränken, bedeutet, den Kampf der Studenten ausschließlich auf gewisse Umgestaltungen des Hochschullebens zu konzentrieren. Es geht aber darum, daß die Studenten die bürgerliche Wissenschaft tatsächlich mit der Waffe der wissenschaftlichen Weltanschauung des Proletariats bekämpfen und nicht die Notwendigkeit "fortschrittlicher Lehrinhalte", sondern die Notwendigkeit des Sturzes der Bourgeoisherrschaft erkennen mit der Konsequenz, sich im Klassenkampf auf die Seite des Proletariats zu stellen - und dies, zusammen mit der Zersetzung des Überbaus, liegt auch im Interesse der Arbeiterklasse. Deswegen kann die Kritik der bürgerlichen Wissenschaft nicht ersetzt werden durch den Kampf für die Berufung "marxistischer" Professoren, deswegen kann die Kritik an einem reaktionären Professor nicht durch das Geschrei nach einem "fortschrittlicheren" Professor übertönt werden.

Die Vorschläge des KSV können die Studentenbewegung nur in eine Sackgasse führen. Die "Verbindung von Studium und Politik" ist Verbindung des Studiums mit einer bürgerlichen, mit einer reformistischen Politik.

Die fortschrittlichen Studenten müssen sich nicht Freiräume, in denen sie ihrer Neigung für marxistische Studien ungestört nachgehen können, sondern die Ellbogenfreiheit erkämpfen, die bürgerliche Wissenschaft öffentlich möglichst umfassend, möglichst tiefgehend, möglichst wirksam zu kritisieren. Sie handeln damit im Interesse der überwiegenden Mehrzahl ihrer Kollegen, denn der Student, der Intellektuelle, der ~~das reaktionäre Wesen der das reaktionäre~~ Wesen der bürgerlichen Wissenschaft nicht durchschaut hat, wird auch schwerlich seine wirkliche Lage und seine wahren Interessen erkennen.

K.K.

Streik der SO-WI-Studenten

An den Forderungen festhalten!

Zu Beginn dieses Semesters wurden die Studenten an der Fakultät für Sozial- und Wirtschaftswissenschaften mit kräftigen Prüfungsverschärfungen in Statistik und Mathematik (Pflichtfächer des 1. Abschnitts) konfrontiert.

Im vergangenen Jahr war gegen die hohen Durchfallsraten in Buchhaltung und Kostenrechnung gekämpft worden. Durch einen 3-tägigen Streik wurde zwar die Forderung nach Abschaffung dieser Fächer nicht durchgesetzt, wohl aber eine Senkung der Durchfallsraten von vorher 50%-86% auf 5%-15% erreicht. Damals hatte ein Professor, der als Wirtschaftswissenschafter auch in der Öffentlichkeit bekannt ist, angekündigt, daß die Studenten daraufhin mit Erschwerungen in anderen Fächern zu rechen hätten. Die Reform des SOWI-Gesetzes, für die bis jetzt ein Vorschlag der Bundeswirtschaftskammer vorliegt, zeigt auch deutlich, daß das Studium der Sozial- und Wirtschaftswissenschaften verschult und verschärft werden soll.

In diesen Zusammenhang stehen die von der Professorenschaft vorgesehenen Verschärfungen in Mathematik und Statistik. Das erschwerte Prüfungszeugnis und eine zusätzliche Diplomprüfung sollen noch weniger Kritik an Inhalt und Lehrbetrieb zulassen und zusätzliche Möglichkeiten schaffen, die Studentenzahl zu reduzieren.

WAS DIE VERSCHÄRFUNGEN FÜR DIE STUDENTEN BEDEUTEN

Statt wie bisher je eine Klausur aus Statistik I und II sowie Mathematik I und II zum Erwerb eines Übungszeugnisses abzulegen, wird jetzt in jeder Übungsstunde eine bestimmte Anzahl von Beispielen geprüft. Während es bisher möglich war, den Stoff nach eigener Einteilung zu lernen, muß man jetzt in jeder Stunde ein vorgeschriebenes Quantum abprüfbereit beherrschen. Dabei gibt es keine Möglichkeit, den Stoff erklärt zu bekommen: in der Vorlesung werden theoretische Grundlagen vor ausgesetzt, in der Übung deren praktische Beherrschung geprüft. Das bedeutet einen ungeheuren Zeitaufwand zur Vorbereitung und ständige Prüfungsangst.

Statt wie bisher mit 4 Übungszeugnissen die Diplomprüfung angerechnet zu bekommen, muß diese durch 4 Vorlesungskolloquien oder eine schriftliche und mündliche Prüfung über den gesamten Stoff separat abgelegt werden. Das bedeutet eine zusätzliche Prüfung, die eine Beherrschung theoretischer mathematischer Grundlagen voraussetzt, die nach Belieben geprüft werden können.

DIE "BEGRÜNDUNGEN" DER VERSCHÄRFUNGEN DURCH PROF. BRUCKMANN

Prof. Bruckmann begründet seine sogenannten "Verbesserungen" mit didaktischen Erwägungen und gesetzlichen Vorschriften. Der wohl frechste Verschleierungsversuch der wahren Ursachen der Verschärfungen war die Behauptung, daß die fertigen Volkswirte wegen mangelnder Qualifikation heute keine Arbeitsplätze bekämen und die Studenten daher ein Interessean der Erschwerung des Studiums haben müssten!

Anhand dieser Argumente begann eine Diskussion unter den Kollegen und die Empörung wuchs. Auf einer überaus stark besuchten Hörerversammlung wurde eine Resolution beschlossen, in der die sofortige Zurücknahme der Verschärfungen gefordert wurde. Ein Komitee nahm mit den Studienrichtungsvertretern Volkswirtschaft und Soziologie (außer den Vertretern der ÖSU) seine Arbeit auf. In sämtlichen Übungen wurde die Resolution mit überwältigender Mehrheit beschlossen.

Die Professoren und Assistenten ignorierten jedoch die eindeutige Willensäusserung der Kollegen. Prof. Bruckmann erklärte explizit, daß ihm die Meinung der Studierenden gleichgültig sei.

DER STREIK

Daraufhin beschloß eine weitere Hörerversammlung einen 2-tägigen aktiven Warnstreik sowie den Boykott des neuen Prüfungssystems in den Übungen.

Der Streik wurde lückenlos durchgeführt, die Beteiligung war durchwegs hoch. Allerdings war er in der Art der Durchführung nicht das geeignete Kampfmittel, die Verschärfungen zu Fall zu bringen. Für den Streik waren zwar Veranstaltungen und Vorträge organisiert worden, es fand aber keine einzige Diskussion über den weiteren Verlauf des Kampfs oder die vermutete Reaktion der Professorenschaft statt.

DIE REAKTION DER PROFESSORENSCHAFT AUF DEN STREIK

Die Reaktion der Professore und Assistenten zeigt, welcher Front wir gegenüberstehen: so verlangt man von uns, daß wir den Stoff der bestreikten Vorlesungen und Übungen in Mathematik und Statistik selbst aus den Büchern lernen. Weiters wurde gedroht, den durch "Störungen" (gemeint sind Diskussionen) in den Lehrveranstaltungen "verlorenen" Stoff ohne Erklärungen zu prüfen.

Die Professoren sind also zum Gegenangriff übergegangen, sie haben den Streik ignoriert. Die Studenten waren darauf nicht vorbereitet, sie haben es hingenommen. Warum? Weil die Streikversammlung von den Revisionisten und Reformisten dazu ausgenützt wurde, um alle möglichen Sachen zu m-achen – nur nicht um Klarheit zu schaffen über den Kampf und die Bedingungen, unter denen er weitergeführt wird. Weil insbesondere nicht Klarheit darüber geschaffen wurde, daß sich dieser Streik gegen die politische Linie der Bourgeoisie und ihres Staates gegenüber den Hochschulen richtet und man es gerade nicht nur mit einem Professor zu tu hat, der das eine machen kann oder das andere, ganz nach seinem Belieben.

Die Bewegungen der Studenten der letzten Zeit insbesondere der Kampf →

Pressegesetz und Minderheiten

Ein Beispiel für die Entrechtung der nicht-deutschsprachigen Minderheiten in Österreich ist folgende Stelle aus dem Pressegesetz. Da heißt es in § 23: "Die für den Inhalt einer periodischen Druckschrift presserechtlich verantwortliche Person ist verpflichtet, eine Entgegnung auf darin enthaltene Tatsachenmitteilungen auf Verlangen eines Beteiligten ohne Entgelt zu veröffentlichen ... Die Aufnahme kann verweigert werden: ...wenn die Entgegnung weder in deutscher noch in der Sprache der Mitteilung abgefaßt ist."

Das bedeutet, daß das Recht eines Österreichers auf die Richtigstellung einer ihn betreffenden Mitteilung in seiner Muttersprache den nicht Deutschsprachigen bewußt und ausdrücklich verwehrt ist. Das öffnet den bürgerlichen Schreiberlingen in vermehrtem Maße Tür und Tor für Willkür gegenüber den Minderheiten und verstärkter chauvinistischer Hetze im Interesse der Kapitalisten.

Das Pressegesetz, das auf der ganzen Linie auf die Knebelung der Volksmassen abzielt und das es der Bourgeoisie ermöglicht, den Gebrauch demokratischer Rechte wie Pressefreiheit, Plakatierfreiheit etc. zu unterbinden und zu kriminalisieren, stammt aus dem Jahr 1922. In der jetzigen Form enthält es auch Teile der sogenannten "Bürkelverordnung", die vom Gauleiter Bürkel in der Zeit des Nationalsozialismus erlassen wurde. Zur Zeit ist unter Einbeziehung von Rundfunk und Fernsehen ein "Mediengesetz" geplant.

Ein Publizistikstudent

Historisches Institut

Kürzung v. Lehraufträgen

Als im Sommersemester vergangenen Jahres bekannt wurde, daß Lehraufträge gekürzt werden sollten, bezogen Studienrichtungsvertretung und Studienkommission in einer Resolution Stellung gegen diese Pläne.
Zudem ist die Studeinkommission der Aufforderung des Ministeriums, die Lehraufträge nach Wichtigkeit zu reihen nicht nachgekommen und hat sie alphabetisch gereiht.
In einem Flugblatt der Studienrichtungsvertretung Geschichte wurden die Studierenden aufgefordert die Forderung zu unterstützen:
KEINE STREICHUNG VON LEHRAUFTRÄGEN IM FACH GESCHICHTE !
In diesem Semester hat sich die Lage zugespitzt. Aber weder die Studienkommission noch die Studienrichtungsvertretung haben ihre Haltung beibehalten. Die Studienkommission gibt keine Information über den Stand der Dinge. Die Studienrichtungsvertretung stützt ihr Vorgehen nicht auf das selbstständige Handeln der Kollegen, sondern ignoriert diese völlig. Aber nur der organisierte Kampf der Studenten am Historischen Institut kann die geplanten Kürzungen abwehren!
Wenn die Studienrichtungsvertretung hinter dem Rücken der Kollegen "Verhandlungen" aufnimmt, die gerade nur darauf abzielen, einen selbständigen Kampf zu verhindern, arbeitet sie damit der Durchsetzung der Forderungen nach Rücknahme der geplanten Kürzungen von Lehrveranstaltungen entgegen!
Die Studienrichtungsvertreter müssen sofort veröffentlichen, was sie zu tun gedenken!

der Romanisten gegen die Entlassung von Mangenothaben gezeigt, haben gezeigt, wohin es führt, wenn man den Gegner unterschätzt, wenn man sich nach einem Kampfschritt die Initiative aus der Hand nehmen läßt : geradewegs in die Niederlage.

FÜR EINEN LÜCKENLOSEN PRÜFUNGSBOYKOTT!

In der nächsten Hörerversammlung wurde als Fortsetzung des Kampfes der Prüfungsboykott in den Übungen beschlossen. Das Rechnen unter Benotung wird verweigert, statt dessen wird ohne Namensnennung freiwillig an der Tafel gerechnet. So soll in der direkten Auseinandersetzung die Rückkehr zum alten Übungsbetrieb durchgesetzt werden und am Ende des Semesters die Benotung durch das Ablegen einer Klausur erreicht werden.

KEINE"KOMPROMISSVERHANDLUNGEN"!

Einige Kollegen meinen im Moment, daß wir den Professoren "entgegenkommen" sollten, oder einen Kampf um Verbesserungen hinsichtlich des Übungs- und Prüfungsmodus der vergangenen Semester beginnen sollten. Beide Haltungen sind für die Abwehr der Verschärfungen schädlich.

Die Aussage Prof. Bruckmanns, zu Verhandlungen bereit zu sein über Vorschläge seitens der Studenten, die"seinen Vorstellungen nahekommen", beweist, was er damit verfolgt: das durchzusetzen, was er vorhatte und das Ganze in eine leicht modifizierte Form zu kleiden, die möglichst von den Studenten vorgeschlagen wird. Zudem sieht er in schleppenden Verhandlungen die Möglichkeit, unsere Kampfschritte zum Stillstand zu bringen und so die ganze Bewegung zu lähmen! Diese Taktik hat sich schon des öfteren bewährt - gerade das Beispiel des Kampfes um die Abschaffung von Ergänzungsprüfungen im letzten Jahr sollte uns vor Augen führen, daß Verhandlungsbereitschaft seitens der Professoren keineswegs Entgegenkommen bedeutet, sondern nur einen Kampf zum Erliegen bringen soll.

Die Hörerversammlung hat mit großer Mehrheit diese Vorschläge in Richtung "positive Forderungen" zurückgewiesen und demgegenüber beschlossen, daß die Studenten auf ihren Forderungen nach Rücknahme der Verschärfungen beharren müssen. Daran muß unbedingt festgehalten werden!

DIE WAHREN GRÜNDE DER VERSCHÄRFUNGEN

Nur wenn wir uns über die Ursachen der ständigen Verschärfungen im klaren sind, werden wir sie wirklich bekämpfen können. Sie kommen nicht nur im Moment an der Fakultät für Sozial- und Wirtschaftswissenschaften zum Tragen, sondern werden in den meisten Studienrichtungen auf irgendeine Art und Weise eingesetzt - sei es durch Einführung der die das Studium streng reglementierenden Diplomstudienordnungen oder durch den Einbau zusätzlicher Hürden.

Die Argumentation mit didaktischen Beweggründen kann für die von Professoren und Assistenten sogenannten "Verbesserungen" im Übungsbetriet nur ein sehr schlechter Verschleierungsversuch der wahrer Tatsachen sein. Denn eine Dauerstressituation durch ständige Prüfungsangst ist didaktisch sicher nicht besser als eine Lehrveranstaltung, in der das zu Erlernende erklärt wird!

Offensichtlich wird die Verbergung der für die Verschärfungen relevanten Hintergründe, wenn Prof. Bruckmann behauptet, die Ursache für Arbeitslosigkeit sei mangelnde Qualifikation. Gerade er, der die besten Verbindungen zur "Wirtschaft" hat, weiß genau, daß vor einigen Jahren auch mit der Hälfte des heute zu bewältigenden Stoffs in Statistik und Mathematik jeder fertige Volkswirt seinen Arbeitsplatz sicher hatte und das heute weder verstärktes Prüfen noch die Erweiterung des Stoffs zusätzliche Arbeitsplätze schaffen werden!

Denn die Ursache der Arbeitslosigkeit liegt einzig und alleine in der Unplanbarkeit, Anarchie und Krisenanfälligkeit des kapitalistischen Wirtschaftssystems begründet. Die einzig zum Produzieren ausschlaggebende Größe für den Kapitalisten ist die Höhe des Profits und nicht Bedürfnisse. So kommt es zu Krisen, die die Kapitalisten in Schwierigkeiten bringen und als Folge Reallohnverluste, Arbeitslosigkeit und verstärkte Ausbeutung durch den Staat, der die Interessen der herrschenden Klasse vertritt, haben. Wenn sich herausgestellt hat, daß die Unternehmen nicht mehr Kräfte brauchen können oder der Staatsapparat in Folge von Sparmaßnahmen denDienstpostenplan kürzen muß, werden Maßnahmen gegen den"Überschuß" etwa an Ökonomen oder Lehrern gesetzt. An den Hochschulen heißt das, daß die Anforderungen möglichst zu Beginn des Studiums in die Höhe geschraubt werden, sodaß sich die Studentenzahlen reduzieren.

In Zeiten der Krise steigt zudem die Auflehnung gegen den verstärkten Druck. Die Bourgeoisie reagiert darauf mit einer Verschärfung der politischen Unterdrükkung - sei es am Arbeitsplatz oder in den Ausbildungsstätten.Die neuen Studienregelungen sollen von vornherein jede Möglichkeit der Kritik ausschalten, jede Diskussion verhindern. Studenten, die sich diesem Druck nicht beugen wollen, können eben keine Zeugnisse bekommen.Jede Arbeit gegen dieses System soll unterbunden werden, indem man die Studenten zwingt, sich ständig auf irgendwelche Prüfungen vorzubereiten. Was man vom Studenten will, ist eine kritiklose Einverleibung des vorgeschriebenen Lehrstoffs und ein Konkurr-enzverhalten unter den Kollegen.

DER KAMPF GEGEN VERSCHÄRFUNGEN MUSS IN JEDEM FALL GEFÜHRT WERDEN

Wir sehen, daß das, was Prof. Bruckmann (nur als Beispiel für alle anderen Professoren) im Sinne des Ministeriums als Sachwalter der Bourgeoisie einführen will, keineswegs in unserem Interesse liegt. Die ständige Verschulung des Studiums zielt auf eine Reduzierung der Studentenzahlen, auf Verhinderung jeder kritischen Auseinandersetzung und Verstärkung des politischen Drucks ab!

Daher müssen wir uns gegen die Verschärfungen entschieden zur Wehr setzen und den Kampf um die Durchsetzung unserer Forderungen konsequent führen!

E.B.

Architektur:

Alle Lehraufträge müssen verlängert werden!

Schon im September wurde in der Studienrichtung Architektur an der TU-Wien bekannt, daß von 49 zur Remuneration beantragten Lehraufträgen 25 vom Ministerium nicht verlängert sind. Gleichzeitig hatte das Wissenschaftsministerium das Fakultätskollegium Architektur und Raumplanung aufgefordert, den Auftrag zur Kürzung der Lehraufträge durchzuführen. Die Kürzungsvorschriften des Staates und seiner Ministerien bedeuten aber für das Architekturstudium eine radikale Einschränkung der Wahlfreiheit.

Sofort nach Bekanntwerden dieser Situation riefen wir alle Studenten, aber auch die anderen Hochschulangehörigen auf, jede Kürzung von Lehraufträgen abzulehnen und die sofortige Verlängerung zu fordern.
Und ein erster Sieg konnte erreicht werden!

Nachdem die Frage der Kürzungen öffentlich diskutiert worden war, brachten wir Studenten in der Sitzung des Fakultätskollegiums am 19.10.76 einen Antrag ein. In diesem begründeten wir unsere Stellung gegen jedwede Lehrveranstaltungskürzungen. Wir sehen in diesen Angriffen des Ministeriums die Anfänge der Durchführung des UOG, mit dem der Staat die Studien zentral straffen und reglementieren will. Den Anfängen müssen wir uns sofort entgegenstellen. "Die Kürzung der remunerierten Lehraufträge würde die Wahlfreiheit im Studium empfindlich einschränken. Die Aufrechterhaltung des Wahlfächerangebotes bzw. dessen Erweiterung (es gibt an der Architektur im 2. Studienabschnitt 8 Wahlpläne) ist aber für eine gute Auseinandersetzung mit den wesentlichen Problemen der Architektur und Raumplanung notwendig. Der geringe Besuch von manchen Lehrveranstaltungen kann nicht mit Überflüssigkeit gleichgesetzt werden. Die Gründe liegen v.a. in der Art der Inhalte und wie sie gebracht werden.

Durch die Verringerung des Lehrangebotes würden die verbleibenden Lehrveranstaltungen mehr überlaufen und die großteils heute schon schlechte Betreuungssituation verschärft"(aus dem Antrag)

Unser Ziel ist, jede Verschlechterung der Studiensituation durch den Staat abzuwehren, der die Maßnahmen plant zwecks Sparen fürs Kapital einerseits und zwecks Strafung des Studiums zur Heranziehung geeigneter Akademiker fürs Kapital andererseits.

Einige Professoren und Assistenten mögen andere Gründe haben auf dem Bestehenbleiben aller Lehraufträge zu beharren. Die ersten verteidigen ihre "Autonomie", die zweiteren wollen ihren Posten behalten. Wir wollen uns keine weiteren Zwänge in der Auseinandersetzung mit den Lehrinhalten aufbrummen lassen.

Die Diskussion im Fakultätskollegium zeigte dann gleich, welche Widersprüche unter den Professoren bestehen. Diesmal konnten wir sie ausnutzen. Der Antrag auf sofortige Bewilligung sämtlicher Lehraufträge und gegen jedwede Kürzung wurde mit 25:16 Stimmen angenommen.

Die SP-Professoren (insbesondere der neue Wiener Stadtplanungsstadtrat Wurzer und der SPÖ-Programm Ausarbeiter Matzner) verteidigten dabei in der Diskussion voll den derzeitigen Standpunkt des Staats und des Monopolkapitals. Sie versuchten, das Steuer auf die Unterordnung unter die ministeriellen Befehle herumzureißen und waren damit offene Fürsprecher für diese Verschlechterung der Studiensituation der Studenten. Diesmal konnten sie in diesem Gremium isoliert werden. Doch schon morgen können alle Professoren gemeinsam samt dem Ministerium weitere Angriffe auf unsere Studiensituation starten. Deswegen müssen wir heute die schlechte Studiensituation und die reaktionären Ausbildungsinhalte noch entschiedener bekämpfen und uns bewußt gegen die Ziele der Ausbildung stellen, die der Staat und die Bourgeoisie mit den zukünftigen Akademikern vorhat. Wir müssen uns noch klarer werden, was da nach den Kürzungsdrohungen auf uns zukommen wird und uns noch fester zusammenschließen, um jedwede weiteren Angriffe abzuwehren. Dazu haben wir bei weiteren Maßnahmen des Staates einen Streik in Aussicht gestellt.

G.S.
Strv. Architektur

GRM & KSV

Gegner der Maotsetungideen - Gegner der Revolution

GRM und KSV haben in der letzten Nummer ihrer jeweiligen Zeitung aus Anlaß des Todes von Genossen Mao Tse-Tung ihre Ansichten über dessen Lehre und Wirken kundgetan. Der KSV Schreiber stellt die Frage "Mao's Tod - was weiter?" und gibt als Antwort seine Gewißheit, daß "auf lange Sicht" wohl auch in der VR China "zu einer marxistisch-leninistischen Politik zurückgekehrt wird." Und unter dem sinnigen Titel "Weder Lenin noch Stalin" prophezeit Ernest Mandel in der "Rotfront", daß die "offen vorliegende Krise des Maoismus.... in den Sieg der politischen antibürokratischen Revolution münden (wird)" (Inzwischen hat diese "Revolution laut GRM gerade eine große Niederlage erlitten).

Durch beide Artikel zieht sich der akrobatische und zugleich hilflose Versuch, zwischen den unleugbaren Errungenschaften des chinesischen Volkes und der hauptsächlich von Mao Tse-Tung ausgearbeiteten politischen Linie der KP Chinas einen Widerspruch zu konstruieren. Dieser absurden Konstruktion zuliebe werden alle wesentlichen Leistungen Mao Tse-Tungs verdreht bzw verschwiegen:

WIE KONNTE ES ZUR GRÜNDUNG DER VR CHINA IM JAHRE 1949 KOMMEN ?

Das alte China war eine feudale Gesellschaft, aber nicht mehr eine solche wie etwa die europäischen Länder vor der bürgerlichen Revolution, sondern bereits infiltriert (und okkupiert) vom imperialistischen Kapital, das sich auf die Feudalklasse stützte und in gewissem Ausmaß einen chinesischen Kapitalismus geschaffen hatte. Welche Politik sollten die Kommunisten unter diesen Bedingungen einschlagen, um das chinesische Proletariat und Volk in einen erfolgreichen Kampf gegen seine Unterdrücker und schließlich zur sozialistischen Revolution zu führen? Durch die Allianz mit der Feudalklasse und den Imperialisten hatte die nationale Bourgeoisie die Führerrolle in der demokratischen Revolution eindeutig verloren und andererseits war die sozialistische Revolution ohne Beseitigung des Feudalismus und ohne Entwicklung einer nationalen Industrie unmöglich. Die Antwort auf diese Lebensfrage der Revolution in den unterdrückten Staaten unter den Bedingungen des imperialistischen Weltsystems hat Mao Tse-Tung in seinem Werk "Die neue Demokratie"(194o) gegeben : in Ländern wie dem alten China ist es möglich und notwendig, daß das Proletariat die Führung in der demokratischen Revolution übernimmt und im Bündnis mit der Bauernschaft die Herrschaft des Imperialismus, des Feudalismus und des bürokratischen Kapitalismus bricht und einen Staat errichtet, der die Entwicklung der nationalen Wirtschaft gewährleistet, die Kapitalisten unter Kontrolle hält und so günstige Voraussetzungen schafft, zur sozialistischen Revolution fortzuschreiten. Die chinesische Revolution selbst war ein glänzendes Beispiel für die Richtigkeit dieser Linie. Was die Militärische Seite dieser Revolution betrifft, so hat ihr ebenfalls Mao Tse-Tung durch seine Theorie des langandauernden revolutionären Volkskrieges und den Aufbau ländlicher Stützpunkte den Weg gewiesen.

Nach dem Artikel in der "Roten Perspektive" des KSV war das alles viel einfacher: der Schreiber verweist auf die Unterstützung der Sowjetunion in dieser Phase der chinesischen Revolution und behauptet in penetrant chauvinistischer Manier, daß "um zu siegen eine andere Politik auch kaum möglich gewesen (wäre)." mit dem durchsichtigen Hintergedanken, den Sowjetrevisionisten eine Tür offenzuhalten, gegebenenfalls mit einem Militärischen Überfall auf die VR China "die Früchte der Revolution - die doch ihnen zu verdanken ist - zu sichern. Der KSV täte gut daran, zu studieren, wie Lenin es fertigbrachte, ohne "Hilfe der Sowjetunion" das russische Proletariat in den Sieg zu führen! Die Revisionisten wissen aber sicher ganz gut, daß zB Stalin nie behauptet hat, die Hilfe der SU sei der Grund für den Sieg der chinesischen Volksrevolution gewesen - ihre unmarxistische und zutiefst chauvinistische Ansicht hat ihre Wurzel auch ganz woanders als in der historischen Wahrheit. Nämlich darin, daß sie als Handlanger der heutigen SU die von Mao Tse-Tung ausgearbeitete Linie der Neudemokratischen Revolution bekämpfen müssen, weil gerade sie die theoretische Voraussetzung dafür ist, daß die unterdrückten Völker und Nationen tatsächlich ihre Befreiung vom Imperialismus und Feudalismus erkämpfen, wie es zB das vietnamesische Volk bewiesen hat. Das aber ist schon lange nicht mehr das Interesse der SU und damit auch nicht des KSV, deren Verständnis von "Befreiung" ist vielmehr, daß die unterdrückten Nationen von der Fuchtel einer imperialistischen Macht unter die der SU imperialistischen SU geraten. Die Linie des KSV im "antiimperialistischen" Kampf der Völker kann somit niemals die von Mao Tse-Tung entwickelte sein, sondern muß eine "differenzierte" Linie sein von der Unterstützung der Kompradoren und Kolonialisten über die Spaltung und Erpressung der Befreiungsbewegungen bis hin zur militärischen Intervention, eine Linie, wie sie die SU zB in Kambodscha, im Nahen Osten im Südlichen Afrika, in Angola, in Indien usw. praktiziert bzw. praktiziert hat, und wie sie der KSV beklatscht.

Der Trotzkist Mandel würdigt die Verdienste Mao Tse-Tungs um den Sieg des chinesischen Befreiungskampfes (den er als "sozialistische Revolution" ausgibt) und weiß auch den Grund dieses Siegs : daß Mao sich in der Praxis nicht an seine Theorie der Neudemokratischen Revolution gehalten hat! Das ist halt das bekannte Dilemma der GRM: wenn es den unterdrückten Nationen gelingt, ihre Einheit gegen den Imperialismus herzustellen, ergeht sie sich in entrüsteten Revisionismus-Anschuldigungen (Vietnam, Palästina etc.) gegen die jeweiligen Befreiungsbewegungen und ist perp lex, wenn diese Siege erringen. Die Lösung dieses Rätsels kann für die GRM natürlich nur darin liegen, daß die Revolutionäre gar nicht mehr dasgetan haben, was sie selbst behaupteten, sondern daß sie vielmehr insgeheim der GRM-Linie gefolgt sind. In der Praxis macht sie nichts anderes als der KSV - nämlich die imperialistischen Einmischungsversuche der SU als "Unterstützung der wirklich revolutionären Kräfte" rechtfertigen und die konsequente Unterstützung des Kampfes der Völker sabotieren!

WAS SIND DIE AUFGABEN DER REVOLUTION NACH DER SOZIALISTISCHEN UMGESTALTUNG DES EIGENTUMS AN PRODUKTIONSMITTELN?

Nachdem in der VR China unter der Diktatur des Proletariats das Eigentum an den Produktionsmitteln im wesentlichen in sozialistisches Eigentum (Volkseigentum, genossenschaftliches Eigentum) umgewandelt war, stand die Frage, ob damit auch die Klassenspaltung beseitigt und die Diktatur des Proletariats überflüssig sei, ob jetzt die "Entwicklung der Produktivkräfte" an erste Stelle treten sollte. Mao Tse-Tung hat diese Frage unter Berücksichtigung der positiven wie negativen Erfahrungen der internationalen Proletariats wissenschaftlich untersucht und nachgewiesen, daß auch nach der Umgestaltung der Eigentumsverhältnisse Klassen und Klassenkampf existieren, weil Reste der Ausbeuterklassen fortbestehen, weil die noch andauernde Warenproduktion permanent und elementar Kapitalismus hervorbringt, weil in vielen Bereichen des Überbaus (Kultur,Erziehungswesen) praktisch die Bour-

Der Vorsitzende Mao mit Freunden aus Asien, Afrika und Lateinamerika im Jahre 1959

Fortsetzung v. S.15 (Mao-Tsetung)

geoisie herrscht,weil in manchen Bereichen der Produktion die Führung nicht in den Händen der Massen und der wahren Marxisten liegt, weil also die Bedingungen für das Entstehen neuer Ausbeuterklassen vorhanden sind, deren politische Repräsentanten auch und gerade in der Kommunistischen Partei sitzen und deren Herrschaft die Restauration des Kapitalismus bedeuten würde. Er hat damit die Schlußfolgerung aus der marxistischen Theorie der Proletarischen Revolution, wonach die sozialistische Gesellschaft der Übergang von der kapitalistischen in die kommunistische ist, für die Revolution während der Periode des Sozialismus gezogen und die politische Linie festgelegt, auf der eine Restauration verhindert, der Kapitalismus vollends beseitigt und schließlich die kommunistische Gesellschaft errichtet werden kann. Die Quintessenz dieser Linie ist das Festhalten an der Diktatur des Proletariats, die Weiterführung der Revolution, das Kommando der Politik über die Ökonomie.

Auch von dieser Weiterentwicklung des Marxismus durch Mao Tse-Tung will der KSV nichts wissen. Er freut sich vielmehr darüber, daß trotz (!) dieser "abenteuerlichen Wirtschafts- und Sozialpolitik die dem Sozialismus eigenen Gesetzmäßigkeiten der ökonomischen undgesellschaft lichen Entwicklung sich durchsetzen..." Mit dieser "abenteuerlichen"Politik der Kp Chinas meint der KSV offenbar folgendes : das Stützen auf die eigenen Kräfte, die Mobilisierung der Massen gegen selbstherrliche und bürgerliche Partei- und Staatsbonzen anzukämpfen und die gesellschaftlichen Angelegenheiten selbst in die Hand nehmen, die Teilnahme der Kader an der Produktion, die Rückkehr der Hochschulabsolventen an ihre früheren Arbeitsplätze usw. Vor solchen revolutionären Dingen erschaudern natürlich die Revisionisten, weil in ihren Köpfen die proletarische Revolution in nichts anderem besteht als darin, den alten Verhältnissen einen neuen Namen zu geben. Was sich entgegen der Ansicht des KSV auch noch in der Etappe des Sozialismus spontan durchsetzt, wenn es nicht durch eine revolutionäre Politik bewußt eingeschränkt und zurückgedrängt wird, sind gerade bürgerliche Verhältnisse - das ist eben die Lehre, die Mao Tse-Tung aus den Erfahrungen des Proletariats (nicht zuletzt des sowjetischen) gezogen hat. Der KSV schlägt sich wie alle Revisionisten offen auf die Seite derer, die - wie Mao Tse-Tung treffend formuliert hat,- den kapitalistischen Weg gehen (so haben die modernen Revisionisten in den heftigen Klassenkämpfen seit der Kulturrevolution in der VR China jedesmal diejenigen Kräfte unterstützt, die von der Revolution abgehen und den Kapitalismus restaurieren wollten - von Liu Schao Tschi über Lin Piao bis Deng Hsiao Ping). Sie verzapfen die wahnwitzige Idee, daß gerade die Verfechter ihrer "Theorie der Produktivkräfte"verantwortlich seien für die Errungenschaften des chinesischen Volkes beim sozialistischen Aufbau, während in Wahrheit erst der entschiedene Kampf gegen diese Leute einen gewaltigen Anstoß zur Entwicklung der Produktion gegeben und die Restauration kapitalistischer Verhältnisse verhindert hat.Den Zusammenhang zwischen dem Festhalten am Primat der revolutionären Politik und der Entwicklung der Produktivkräfte zu verstehen, bleibt den Revisionisten vorenthalten, weil sie an die schöpferisch-produktive Kraft, die von den mobilisierten Volksmassen entwickelt wird, nicht glauben können.Der KSV versteigt sich lieber zu der übelriechenden Behauptung, gerade der von Mao Tsetung entlarvte und bekämpfte kapitalistische Weg habe "noch in allen sozialistischen Ländern.... zur raschen Entwicklung der materiellen technischen Basis des Sozialismus und zur Entfaltung aller materiellen und geistigen Ressourcen der Sozialistischen Gesellschaft geführt, den Werktätigen Arbeit,soziale Sicherheit und einen ständig wachsenden Lebensstandard gebracht." Wenn auch der kapitalistische Weg der Revisionisten nicht so "abenteuerlich"ist, sich in Produktion und Politik auf die Massen zu stützen, sondern so gediegen seriös , z.B. die Fabriksdirektoren nach Gutdünken schalten und walten zu lassen wie in der SU, so führt er doch zu sehr abenteuerlichen Resultaten, wie zur chronischen Krise der sowjetischen Landwirtschaft, zur Zuckermonopol kultur in Kuba, zur "internationalen Arbeitsteilung" im Rahmen des COMECON, die die Oststaaten zu Lieferanten und Absatzmärkten der SU degradieren usw. Je armseliger es um den "Sozialismus" in den revisionistischen Staaten bestellt ist, umso hochtrabender werden die Selbstdarstellungen: in der DDR werden Arbeiterklasse und Volk schon unter der Parole des"Hinneinwachsens in den Kommunismus" mit kapitalistischer Ausbeutung .

und Unterdrückung beglückt, in der SU gibts schon lange keine Klassen mehr und das Proletariat kann es sich daher leisten, seinen Staat zu dem "des ganzen Volkes" zu machen! Mao Tsetung hat dagegen klar und offen festgestellt:in China gibt es Klassen und Klassenkampf, die Revolution muß fortgesetzt werden, bis alle Reste der kapitalistischen Ordnung und Ideologie ausgemerzt sind. Nur mit einer Politik, die dieser Linie folgt und an der Diktatur des Proletariats über alte und neue Bourgeoisie festhält,werden die Ziele des Kommunismus Wirklichkeit werden, deren Erreichung die Revisionisten in Anspruch nehmen unter Beifall ihrer österreichischen Ableger. Leugnen die Revisionisten grundsätzlich die Notwendigkeit der Revolution während der Periode des Sozialismus und verleumden sie diese als Abenteurertum, so sind die Trotzkisten blind für deren Zweck und sozialen Inhalt.Dem Artikel Mandels zufolge hat Mao Tsetung zwar die entscheidende Rolle bei der Auslösung der Großen Proletarischen Kulturrevolution gespielt, " aber als die Massenmobilisierung immer mehr der Kontrolle durch die maoistische Fraktion entglitten, als sie in das Auftauchen linker Oppositionstendenzen mündeten und die Arbeiter bis hin zu Streikaktionen mitzureißen begannen, da war es Mao wiederum, der Kehrt machte und sich mit der Mehrheit des Parteiapparates vereinigte." Mit keinem Wort geht Mandel in seinem Artikel darauf ein, an welchen Fragen die Klassenkämpfe in der VR China sich entzündet hatten, wer in diesen Kämpfen die Interessen welcher Klasse vertrat, in welchen Positionen die sozialen und politischen Interessen des Proletariats und in welchen diejenigen der Bourgeoisie zusammengefaßt waren. Weil die Trotzkisten die Politik nicht als das Mittel begreifen, dessen sich die verschiedenen Klassen bedienen, um ihre sozialen Interessen durchzusetzen,

weil sie daher auch nicht begreifen, daß die politische Herrschaft der Arbeiterklasse den Zweck hat, die kapitalistischen Reste zu liquidieren und den Kommunismus zu verwirklichen, deshalb stört es sie offenbar, daß die Kulturrevolution nicht die KP Chinas und die proletarische Staatsmacht beseitigt hat. Wenn Mandel von"linken" (?) Oppositionstendenzen spricht, ohne zu sagen, was denn diese Leute wollten, und dann wie selbstverständlich ihre Unterdrückung beklagt, dann beweist er damit nur sein Unverständnis der marxistischen These, daß auch noch im Sozialismus die gesellschaftlichen Auseinander-setzungen sich auf den Kampf zwischen dem kapitalistischen und proletarischen Weg hinauslaufen, und daß letzterer nur siegen wird, wenn das Proletariat eine korrekte Führung in Gestalt der Kommunistischen Partei besitzt, die Staatsmacht fest in Händen hält und über die Bourgeoisie herrscht. Der anarchistischen und "superrevolutionären"Auffassung der Trotzkisten über den Zweck und die Notwendigkeiten der politischen Herrschaft des Proletariats entspricht ihre naive und liberale Einschätzung der Bourgeoisie:"denn in einer solchen Gesellschaft (der sozialistischen, H.G.) bedarf es nicht mehr der Repression gegen bürgerliche Elemente, da die für die arbeitende Bevölkerung (aha, da gibts also noch Müßiggänger) gegenüber dem Kapitalismus manifestgewordenen Vorteile der bürgerlichen Propaganda den Boden längst entzogen und sie zu einer gesellschaftlichen Randerscheinung werden ließen." (in derselben Nummer der "rotfront", im Artikel"20 Jahre ungarischer Oktoberaufstand") Im Gegensatz zu der von Mao Tsetung jahrzehntelang geleiteten Politik der KP Chinas, die in der revolutionären Praxis stets zur Stärkung des Proletariats und zur Isolierung und Niederschlagung der Bourgeoisie geführt hat, bedeutet die trotzkistische Leugnung der Notwendigkeit der Diktatur des Proletariats Verbreitung von schwärmerischen Illusionen und damit Sabotage der proletarischen und faktische Unterstützung der bürgerlichen Politik.

WAS IST VON DER " WEITERENTWICKLUNG DES MARXISMUS" DURCH CHRUSTSCHOW UND SEINE NACHFOLGER ZU HALTEN, UND WELCHE ROLLE SPIELT HEUTE DIE SU ?

Nachdem Chrustschow die Führung der KPdSU usurpiert hatte, startete er seine Laufbahn mit verleumderischen Beschuldigungen gegen die Politik Stalins und einen Haufen "moderner Theorien": in diesen Theorien wird die Notwendigkeit der Machteroberung im bewaffneten Kampf des Proletariats geleugnet, wird der Befreiungskampf der unterdrückten Nationen ersetzt durch Abmachungen zwischen den USA und der SU, wird die dem Imperialismus immanente Kriegsgefahr beseitigt durch die "friedliche Koexistenz" und nicht durch den Sturz der herrschenden Klassen in den imperialistischen Ländern, wird vom Einschlafen der Klassenkämpfe in den sozialistischen Ländern gesprochen und von der Diktatur des Proletariats abgegangen. Gegen diese Neuauflagen des Revisionismus hat die KP Chinas mit Mao Tsetung an der Spitze und die Partei der Arbeit Albaniens einen entschlossenen Kampf gefürt und am Marxismus festgehalten. Dieser Kampf war und ist für alle Kommunisten eine wertvolle Richtschnur im Kampf gegen den Revisionismus. Darüber hinaus hat Mao Tsetung einen grossen Beitrag geleistet zur Aufdeckung der Klassenbasis der sowjetischen Renegatenclique und diese als politische Vertreterin des bürokratischen, staatsmonopolistischen Kapitals in der SU entlarvt und ihren Staatsapparat als faschistische Diktatur gegeißelt. In dem Ausmaß, wie Mao Tsetung mit seinem Kampf gegen den modernen Revisionismus dem internationalen Proletariat den Weg gewiesen hat, aus der politischen Lähmung nach der Restauration in der SU her-

Eingeschworene Feinde der Palästinensischen Revolution

Nach dem Sieg der indochinesischen Völker ist der Nahe Osten zu einem der bedeutendsten Brennpunkte der weltweiten Auseinandersetzung zwischen dem Imperialismus und den unterdrückten Völkern und der Rivalität der Imperialisten untereinander, insbesondere der beiden Supermächte, geworden.

In vorderster Front steht das palästinensische Volk. In den letzten Jahren hat die palästinensische Revolution einen gewaltigen Aufschwung genommen, im besetzten Palästina entwickelten sich die schärfsten Massenkämpfe seit 1948 (Gründung des Staates Israel). Das hat seinen Niederschlag gefunden darin, daß die Zionisten und ihre imperialistischen Hintermänner in die Defensive gekommen sind und daß die palästinensische Revolution zunehmend die Unterstützung der Völker der Welt gefunden hat.

Die Imperialisten antworten mit einer Gegenoffensive. Davon zeugen die Vorgänge im Libanon. Die palästinensische Revolution konnte nicht gebrochen werden, und es ist notwendig, die Solidarität zu verstärken.

Es ist notwendig, der Hetze gegen das palästinensische Volk und seine Befreiungsorganisation, die PLO, und der verstärkten Propaganda für den Rassistenstaat Israel entgegenzutreten. In der Solidaritätsbewegung versuchen die modernen Revisionisten und die Trotzkisten Verwirrung zu stiften, indem die ersten versuchen, das Existenzrecht des Staats Israel zu legitimieren, und indem alle beide die PLO verunglimpfen und herabsetzen. Sie dienen damit den sozialimperialistischen Ambitionen der Sowjetunion. Darüber muß Klarheit geschaffen werden.

Als 1948 der Staat Israel gegründet wurde, hatte das palästinensische Volk eine erste Schlacht gegen die zionistische Kolonisation verloren. Hunderttausende Palästinenser waren aus ihrer Heimat vertrieben, der verbliebene Teil sah sich brutaler rassistischer Unterdrückung ausgeliefert. Die palästinensische Bourgeoisie verlor durch die Vertreibung ihre Produktionsmittel und ihren Grundbesitz.

Bildete so der imperialistische Landraub und die Vertreibung des palästinensischen Volkes die Grundlage, auf der der Kolonialstaat Israel geschaffen wurde, so wurde und wird dies durch die rassistische Unterdrükkung aufrechterhalten.

In den darauffolgenden Jahren zeigte sich ein weiterer Wesenszug Israels: die fortgesetzte und ständige Expansion und Aggression, die in einer Reihe von Eroberungszügen, Aggressionskriegen und ständiger Mißachtung der Souveränit-ät der angrenzenden arabischen Staaten ihren Ausdruck findet.

Es stellte sich immer klarer heraus, daß Israel ein illegitimer Staat, kein Nationalstaat, sondern ein rassistischer Kolonialstaat vom Typ Südafrikas ist, der gewaltsam beseitigt werden muß, um dem Fortschritt in diesem Raum zum Durchbruch zu verhelfen.

Von Anbeginn der zionistischen Kolonisation und imperialistischen Kontrolle wehrte sich das palästinensische Volk. Im Zuge des Widerstandes entstanden die revolutionären Kampforganisationen und bildete sich die Palästinensische Befreiungsorganisation (PLO) heraus, die sich 1969 zur revolutionären Einheitsfrontsorganisation, in der alle palästinensische Widerstandsorganisationen zusammengefaßt sind, entwickelte. Alle diese Kräfte halten - trotz verschiedener weitergehender Auffassungen an ihrer gemeinsamen Aufgabe und ihrem gemeinsamen nächsten Ziel fest, der Zerschlagung des zionistischen Kolonialstaates Israel. Im politischen Programm der PLO vom Jänner 1973 ist dieses Ziel so formuliert: "Im palästinensischen Bereich definiert die PLO folgende Aufgaben: Fortführung des bewaffneten Kampfes für die Befreiung des ganzen palästinensischen Gebietes und die Errichtung einer neuen palästinensischen, demokratischen Gesellschaftsordnung ohne rassistische oder religiöse Diskriminierung. In dieser neuen Gesellschaftsordnung werden alle Bürger die gleichen Rechte genießen und die demokratischen Rechte werden garantiert werden..." 1)

Das sind klare Festlegungen. Und die Ursache für die großartigen Erfolge der palästinensischen Revolution in der letzten Zeit sind gerade darin zu suchen, daß sie immer an ihrem Programm festgehalten und den Kampf auf dieser Grundlage weitergeführt hat, daß sie dies entgegen den Wünschen und Intrigen falscher Freunde getan hat, und daß sie den bewaffneten Kampf immer als Grundlage betrachtet hat. Deshalb hat sie sich auch den Haß sämtlicher Imperialisten und Reaktionäre zugezogen.

SOZIALIMPERIALISTEN UND IHRE REVISIONISTISCHEN AGENTEN - ERZFEINDE DES PALÄSTINENSISCHEN VOLKES

Die Sowjetunion (SU) versucht, - in der Maske des "natürlichen Verbündeten des palästinensischen Volkes" - in die Befreiungsbewegung zu infiltrieren und sie zu zersetzen. "In ihrem Kampf gegen die andere Supermacht und bei ihren Kriegsvorbereitungen nützt sie ihre "sozialistische Tarnung aus, um sich in das Vertrauen der Völker einzuschleichen und überall hin ihren Fuß zu setzen, wo der US-Imperialismus von den Völkern vertrieben wird." (Die politische Lage in der Welt und in Österreich", Resolution der Gründungskonferenz des KB Österreichs, in: Kommunist 1/1 p.19). Sie will die PLO zur Aufgabe ihres strategischen Ziels und zur Anerkennung Israels bringen. →

auszutreten und sich neu zu formieren, im selben Ausmaß hat er sich den Haß der modernen Revisionisten aller Länder zugezogen. Auch der KSV beklagt sich natürlich in eindringlicher Weise über die Entlarvung der SU, ohne allerdings darauf einzugehen, an welchen Positionen der Revisionisten Mao Tsetung entschiedene Kritik geübt hat.
Ihre Verärgerung über die Haltung Mao Tsetungs gegenüber der SU hat über die theoretische Seite hinaus schon lange eine praktisch politische Dimension angenommen: nach der Machtübernahme der neuen Bourgeoisie in der SU haben sich die Gesetzmäßigkeiten der im Gefolge restaurierten kapitalistischen Produktionsweise nicht nur zur anarchischen Paralysierung der sowjetischen Führung geführt, sondern auch gleichzeitig zur imperialistischen Expansion nach außen. Die SU trat als neuer Konkurrent auf die Bühne des imperialistischen Weltsystems und in Rivalität mit dessen stärkster Macht, den USA, sie wurde zur ausbeutungs-absatzgebiets- und machthungrigen neuen Supermacht. Auf grund ihrer ökonomischen Rückständigkeit gegenüber den USA und weil sie als später Gast an der Tafel der Imperialisten mehr als die alt eingesessenen gezwungen ist, den Rivalen Beutestücke abzujagen, ist die SU die aggressivere der beiden Supermächte - wie ihre fieberhafte Aufrüstung beweist - und besonders gefährlich für den revolutionären Kampf der Völker, weil sie sich mit Vorliebe in der Maske des "natürlichen (weil sozialistischen) Verbündeten" einzuschleichen versucht. Daß die Sowjet-Imperialisten und ihre internationalen Agenten in Weißglut geraten, wenn Völker, wie das chinesische, an der Revolution und der Unabhängigkeit festhalten, wenn Parteien wie die KP Chinas eine korrekte Politik einschlagen und damit ihre Länder zu unbotmäßigen Adressaten der sowjetischen Einschleichversuche und zu ungenießbaren Brocken der sowjetischen Eroberungsgelüste machen, ist ganz verständlich. Noch dazu, wo sie in der internationalen Politik sich vor den Völkern immer mehr als Imperialisten entlarven und die scheinheilige Entspannungsphrase immer weniger die expansiven militärischen Absichten der SU zu verdecken vermag.
Bezeichnenderweise entrüsten sich auch die Trotzkisten über die Entlarvung der SU als sozialimperialistischer Supermacht durch Mao Tsetung - nach Mandel ist damit(!) eine "Rechtswendung in der Außenpolitik" der VR-China eingetreten. Die Vorliebe der GRM zur revolutionären Phrase mündet in verschwommene und versöhnlerische Antworten auf konkrete Fragen der Politik. In Bezug auf die SU drücken sie sich um eine klare Einschätzung des Klassencharakters der Staatsmacht, sie bezeichnen sie als "degenerierten Arbeiterstaat", worunter man sich wohl einen politischen Zwitter vorzustellen hat. Als Ausgleich dafür belustigen sie sich über den Begriff "Supermacht", der nichts anderes ausdrückt, als daß eine Macht die Weltherrschaft anstrebt, eine Erscheinung, die bereits Lenin bei seiner Analyse des Imperialismus festgestellt hat.
Wer wie die Trotzkisten den Charakter der heutigen SU nicht begreift, der kann natürlich die politischen Kräfte im Weltmaßstab nicht richtig bestimmen und wird auch die revolutionäre Außenpolitik der VR China, die darauf abzielt, die Völker der Welt unter Führung des Proletariats gegen die Imperialisten, insbesondere gegen das Streben der Supermächte nach Hegemonie zusammenzuschließen und die Widersprüche zwischen den Imperialisten auszunützen, um sie zu schwächen, nicht verstehen. Er wird dagegen, wie die Trotzkisten es vorexerzieren, ins Fahrwasser der SU geraten, und ihr dabei behilflich sein, ihre politischen Winkelzüge wie im Nahen Osten, in Angola und überall auf der Welt als Unterstützung d. wahrhaft antiimperialistischen Kräfte zu maskieren.
Die Ausarbeitung der Linie der Revolution in den halbkolonialen, halbfeudalen Ländern, die Ausarbeitung der Linie der Revolution in der Periode des Sozialismus, der entschlossene Kampf gegen den modernen Revisionismus und die Entlarvung der SU als imperialistischer Supermacht, das sind die großen Leistungen des Genossen Mao Tsetung für das internationale Proletariat und die Völker der Welt. Sie sind - wie man sieht - auch die Hauptangriffspunkte aller falschen Freunde des Proletariats in ihrem verleumderischen und aussichtlosen Kampf gegen seine Theorie und sein Wirken.

H.G



Die Einheit des palästinensischen Volkes auf der revolutionären Linie des Programms der PLO ist den Sozialimperialisten ein Dorn im Auge. Ihr Ziel ist die Errichtung eines palästinensischen Teilstaates auf Teilen des palästinensischen Territoriums neben Israel, der Israel anerkennen soll und unter Kontrolle der SU steht - ein "palästinensischer Bantustan". Deshalb hofiert z.B. der Sozialimperialist Tolkunow - Mitglied des ZK der KPdSU - einer Organisation, "als Initiator der Ausarbeitung eines realistischen Programms für die palästinensische Widerstandsbewegung.., dessen Grundidee die Schaffung einer palästinensischen Macht am Westufer des Jordans und im Gazastreifen bildet". Weiters behauptete er, "daß realistische Strömungen in der Bewegung (der PLO) die Oberhand gewinnen. Wenn früher Tendenzen zur absoluten Unversöhnlichkeit gegenüber der Existenz des Staates Israel als solchen dominierten - man trat für die Auflösung dieses Staates und für die Schaffung einer Palästinensischen Vereinigung an seiner Stelle ein (...) - so vertreten heute fast alle palästinensischen Organisationen, realistische Standpunkte". (Talkunow, Mitglied des ZK der KPdSU, in "Nahost: vom Krieg zu Verhandlungen", Verlag Presseagentur Nowosti 1974 zitiert nach Al Tahrir Nr. 10/76). So versucht er einigen Organisationen Tendenzen zur Anerkennung Israels zu unterstellen und Widersprüche zu anderen Organisationen zu vertiefen, die er "reaktionär" und "extremistisch eingestellte Vertreter" nennt. Die Absicht ist klar: einerseits Spaltung und damit Schwächung der PLO, andererseits Gewinnung von Teilen der PLO (den"realistischen Vertretern") für die Politik der SU.

Das ist der Su nicht gelungen. Die PLO hält konsequent an ihrem Programm fest, das eine scharfe Waffe im Kampf gegen die sozialimperialistischen Pläne ist: "Gegen die kompromißlerische Mentalität anzukämpfen und gegen die Pläne, die sie in die Welt setzt, die entweder der Sache der nationalen Befreiung unseres Volkes widersprechen oder darauf abzielen, diese Sache zu liquidieren durch sogenannte 'vorgeschlagene palästinensische Gebilde' oder durch einen palästinensischen Staat auf einem Teil des palästinensischen nationalen Gebietes. Diese Pläne sind zu bekämpfen durch den bewaffneten Kampf der Massen" (Programm der PLO). Und im 10-Punkte-Programm des Palästinensischen Nationalrates vom Juni 1974 wird festgehalten: "Die PLO wird jedes vorgeschlagene palästinensische Staatsgebilde bekämpfen, dessen Preis Anerkennung, Frieden und sichere Grenzen für den Feind und die Aufgabe unserer historischen nationalen Rechte oder des Rechtes unseres Volkes auf Rückkehr und Selbstbestimmung auf seinem nationalen Boden sind."

Einen schwerer Schlag gegen die Politik der SU war der Ausschluß der as-Saiqa-Organisation aus der PLO im Juni 1976 wegen nationalen Verrats. Ihr Chef, Zuheir Mohsen, hatte im November 1975 bei einem Besuch in Moskau festgestellt, daß er für die Akzeptierung des UNO-Teilungsp anes von 1947 und somit für die Existenz Israels sei.

Die SU und ihre revisionistischen Agenten in der ganzen Welt versuchen, ihre Politik, die auf die Sicherheit und die Garantie der Existenz Israels abzielt, mit einer Neuauflage der Theorie der "jüdischen Nationalität", der Theorie der "israelischen Nationalität", zu rechtfertigen. Handelt es sich dabei einmal um das völlige Absehen davon, daß es sich bei Israel nicht um einen "gewöhnlichen" Nationalstaat handelt, sondern um einen illegitimen Kolonialstaat vom Schlage Südafrikas, so ist das tatsächlich nichts als die Inkarnation der reaktionären Lösung der Judenfrage - ein riesiges jüdisches (ausschließlich jüdisches und damit rassistisches) Ghetto in Palästina, errichtet auf der Grundlage der Vertreibung eines ganzen Volkes aus seiner Heimat und der rassistischen Unterdrückung der arabischen Volksmassen, die bisher noch nicht aus diesem Ghetto vertrieben wurden. Diese Auffassungen der Revisionisten stehen in völligem Gegensatz zu den Auffassungen des Marxismus-Leninismus zur Judenfrage und in völligem Gegensatz zu den gerechten nationalen Interessen des palästinensischen Volkes. So schreibt z.B. Dr. Mahdschob Omar vom PLO-Forschungszentrum: "Und weil es, historisch gesehen, unmöglich ist, daß das palästinensisch-arabische Volk oder der Boden Palästinas verschwinden, deshalb wird mit historischer Notwendigkeit das palästinensische Volk zurückkehren und seinen alten Platz (Palästina) wieder einnehemen. Diejenigen, die auf palästinensischem Boden leben werden, werden Palästinenser sein, ob sie Juden, Christen, Muslim oder Angehörige irgendeiner anderen Religion oder Gemeinschaft sind. Also muß jenes zionistische Gebilde verschwinden. Wenn es fällt, wird es die 'Ansiedler' zurücklassen, die zu dieser Zeit vormalige Israelis sein werden. Vor ihnen wird nichts liegen außer der Integration, damit sie Bürger des neuen Palästina werden" (Dr. Mahdschob Omar, in: "Das demokratische Palästina, Ziel, Programm, historische Notwendigkeit", zit. nach Al Tahrir Nr. 10/76).

Und der Vorsitzende der PLO, Yassir Arafat, sagte in seiner Rede auf der UNO-Vollversammlung 1974: "Ich erkläre hiermit vor Euch als Vorsitzender der PLO und Führer der palästinensischen Revolution, daß, wenn wir von unseren gemeinsamen Hoffnungen für das Palästina von morgen sprechen, wir in unserem Bestreben alle Juden miteinschließen, die heute in Palästina leben und die mit uns gemeinsam auf dem palästinensischen Boden leben wollen" ("Yassir Arafat vor der UNO", hrsg. von der Liga der arabischen Staaten, Büro Bonn). Gegenüber diesen gerechten Zielen und Auffassungen der PLO spielt sich die revisionistische KP Israels zum besseren Sachwalter der "nationalen Interessen" Israels auf: "Unter den Bedingungen unseres Landes ist dieser Kampf Pflicht eines jeden, der tatsächlich die Interessen der Werktätigen, die wahren nationalen Interessen des israelischen Volkes schützen und dem Staat Israel die durch die Politik der Zionisten bedrohten Sicherheit und gesicherte Zukunft garantieren will" (Meir Vilner, "Kampf gegen den Zionismus ist Klassenkampf" in: Probleme des Friedens und des Sozialismus, Nr. 1/1976 zit. nach Al Tahrir 10/76, Unterstreichung von mir, D.W.), schreibt der Vorsitzende der KP Israels, Meir Vilner. Die Sicherheit, von der dieser Zionist mit einer "linken" Maske spricht, ist die Sicherheit des zionistischen Gebildes und die Unsicherheit eines ganzen Volkes, das durch die Gründung dieses Gebildes seiner Heimat und seiner Rechte beraubt wurde! Wenn diese Sicherheit bedroht ist, dann ist sie es durch den gerechten revolutionären Befreiungskampf des palästinensischen Volkes, und als Erfüllungsgehilfe des Sozialimperialismus bei dessen Hegemoniepolitik im Nahen Osten.

Im Nahen Osten liegt der Ölhahn für Europa. Der Nahe Osten hat große strategische Bedeutung. Jede der beiden Supermächte will dort Hegemonie. Dazu müssen sie die arabischen Völker und Staaten unter Kontrolle halten. Wichtigstes Mittel dazu ist der Staat Israel und der dauernde Zustand "weder Krieg noch Frieden". Die dauernde Bedrohung der arabischen Völker durch Israel können beide imperialistischen Supermächte als Druckmittel gegen diese verwenden (z.B. über Waffenlieferungen). Israel ist aber fest in der Hand der USA. Die Sozialimperialisten verfügen nicht über einen solchen Trumpf. Einen solchen Trumpf wollen sie schaffen, indem sie die PLO unter Kontrolle bringen und einen "palästinensischen Bantustan" schaffen...

Das ist die wahre Ursache der Versuche der Sozialimperialisten, in die Reihen der palästinensischen Revolution Spaltung hineinzutragen. Um ihre Pläne zu verwirklichen, müssen sie

1. die PLO schwächen, um sie zum gefügigen Faustpfand zu machen und
2. diese zur Anerkennung Israels bringen.

Aus diesem Grund ist die SU auch der Hauptnutznießer der syrischen Invasion im Libanon, denn diese sollte den revolutionären Funken im Libanon austreten und die PLO soweit schwächen und unterdrücken, daß diese keine nennenswerte politische Kraft mehr wäre, aber doch noch als Druckmittel gegen Israel und die USA eingesetzt werden könnte. "Im vergangenen Jahrfünft bildete sich ein gutes Einvernehmen mit Syrien heraus. Wir koordinieren unsere Handlungsweise bezüglich vieler internationaler Probleme, vor allem des Nahostproblems", heißt es im Rechenschaftsbericht der KPdSU an den 25. Parteitag im Februar 1976. Die "kritischen Erklärungen" der SU zur syrischen Intervention ergeben sich daraus, daß die SU natürlich ihre "sozialistische" Maske nicht aufrechterhalten kann, wenn sie offen einen Vernichtungsfeldzug gegen die PLO unterstützt und sich als "natürlicher Verbündeter" der palästinensischen Revolution ausgibt. Diese Erklärungen sind nichts als Verwirrungsmanöver.

Wenn auch die neuen Zaren im Kreml in letzter Zeit einen heftigen Propagandarummel entfacht haben und viel von "proletarischem Internationalismus" und "Unterstützung der Palästinensischen Revolution" reden - ihre Judasmaske können sie dahinter nicht verbergen. Im Rechenschaftsbericht der KPdSU heißt es unmißverständlich: "Ein dauerhafter Friede im Nahen Osten erfordert ferner Garantien für die Sicherheit aller Staaten dieses Raums, für ihr Recht auf unabhängige Existenz und Entwicklung ... Wir sind bereit, an internationalen Garantien für die Sicherheit und Unantastbarkeit der Grenzen aller Länder des Nahen Ostens teilzunehmen... Wir sind für die Schaffung von Voraussetzungen für eine Entwicklung unserer Beziehungen zu allen Ländern des Nahen Ostens, wir haben keinerlei Vorurteile gegenüber irgendeinem von ihnen" (S 19/20).

Unzählige Tatsachen belegen, daß ihre Tätigkeit stets gegen die Revolution des palästinensischen Volkes und auf die Liquidierung seiner gerechten Sache gerichtet war:

- bereits in den ersten Tagen des palästinensischen Widerstandes beschimpften sie diesen als "Abenteurertum", nannten sie die Fedajin "Anarchisten", "Terroristen" und "Folklorepartisanen"
- sie sind die eifrigsten Befürworter der Resoutionen des UNO-Sicherheitsrates (Nr. 242 und 338), die auf die "Sicherheit aller Staaten der Region" abzielen, insbesondere auf die Existenz Israels in den Grenzen von 1967 und die die Kolonisierung Palästinas als Flüchtlingsfrage behandeln, also die Existenz des palästinensischen Volkes negieren; diese Resolutionen werden vom palästinensischen Volk scharf abgelehnt

Fortsetzung v. S.18

Das Programm der PLO entwickelt die Strategie der nationaldemokratischen Etappe für die palästinensische Revolution. Es geht von der Notwendigkeit aus, daß das palästinensische Volk seine nationale Identität wiedererlangen und die Sache seiner Befreiung in die eigenen Hände nehmen muß, sowie davon, daß diese gerechte Sache nicht ohne den bewaffneten Kampf verwirklicht werden kann. Mit diesem Programm ist die PLO zu einem Organ der nationalen Front geworden, zur revolutionären Einheitsfrontorganisation des palästinensischen Volkes. Die Grundlage, auf der diese Festlegungen vorgenommen wurden, ist die klare Bestimmung des Hauptwiderspruchs. Dazu führt die PLO aus: "Auf der palästinensischen Ebene besteht der Widerspruch zwischen unserem Volk, das entweder heimatlos oder unter dem Fluch zionistisch-imperialistischer Besetzung lebt, und dem zionistisch-rassistischen Staat und dem Weltimperialismus mit den USA an der Spitze. In Anbetracht dessen und in Anbetracht der Tatsache, daß der palästinensische und der arabische Kampf nur zwei Seiten der gleichen Sache sind, ist der Hauptwiderspruch auf der arabischen Ebene der zwischen den Kräften der palästinensischen Revolution und der arabischen Befreiungsbewegung auf der einen Seite und dem Imperialismus, Zionismus und Neokolonialismus und der arabischen Reaktion auf der anderen Seite" (Die palästinensische Revolution und die Weltrevolution", Papier der PLO zum Palästinakongreß 1973 in Bonn; zit. nach Al Tahrir 10/76).

Aus dieser Bestimmung folgt insbesondere, daß weder der Widerspruch zwischen Proletariat und Bourgeoisie noch der Widerspruch zwischen dem palästinensischen Widerstand und den arabischen Regimes der entscheidende ist. Aus dieser Etappenbestimmung folgt weiters, daß gerade die Herstellung der Einheit

– als König Hussein von Jordanien im September 1970 ein Massaker am palästinensischen Volk anrichtete ("Schwarzer September"), bezeichnete das Organ der sowjetischen Regierung "Iswestija" die Fedajin als Schuldige und Urheber des Massakers – am 8.9. 1976 schrieb die "Prawda", an der gespannten Lage im Libanon seien palästinensische und libanesische "Extremisten" schuld

– sie flirten offen mit den israelischen Aggressoren und versorgen sie mit menschlichem Potential, "das in die israelische Armee eingegliedert wird und barbarisch für die Liquidierung der palästinensischen Bewegung und für die Kolonisierung der Gebiete kämpft, aus denen die Palästinenser verjagt worden sind. Die 130.000 Sowjetjuden, die nach Israel ausgewandert sind, haben das Potential der Militärmaschine des Zionismus gegen die arabischen Völker und vor allem gegen das palästinensische Volk noch mehr verstärkt. Hier zeigt sich der Kreml ohne Maske." (Kommentar von Radio Tirana am 22.9.1976)

Dies sind nur einige wenige Tatsachen, die zeigen, daß die sowjetischen Sozialimperialisten Feinde und Liquidatoren der palästinensischen Revolution sind.



TROTZKISTEN – FEINDE DER REVOLUTION UND WASSERTRÄGER DER SOZIALIMPERIALISTEN

Betrachtet man die Stellungnahmen der Trotzkisten, so fällt auf, daß zu Inhalt und Ziel der palästinensischen Revolution keine positive Stellung bezogen wird, die PLO nicht als revolutionäre Führerin des palästinensischen Volkes bezeichnet und die Führung der PLO seltst als "bürgerlich", "rechts" und sogar "reaktionär" beschimpft wird. Die Ursache dessen muß in der Ablehnung der national-demokratischen Revolution durch die Trotzkisten gesehen werden.
aller nationalen Kräfte von entscheidender Bedeutung ist, denn es ist notwendig, alle Kräfte zur Lösung des Hauptwiderspruchs zu mobilisieren, das Feuer auf den Hauptfeind zu konzentrieren, d. h., gegen den zionistischen Staat und nicht Nebenkampffronten den Kampf zu eröffnen.

Die Trotzkisten lehnen diese Bestimmung der Revolution als nationaldemokratische ab und leugnen überhaupt die Entwicklung der Revolution in Etappen. Stattdessen propagieren sie unter dem Vorwand der "ununterbrochenen Entwicklung der Revolution die Theorie der "permanenten Revolution". Nach dieser Theorie ist in allen Ländern, ob in imperialistischen oder kolonialen oder halbkolonialen, die kommende Revolution keine andere als die sozialistische, ohne jede Zwischenstufe. Wer aber so an die Frage herangeht, ignoriert völlig die objektiven Faktoren, die den Charakter der Revolution bedingen, was auf eine Einengung der sozialen Basis der Revolution hinausläuft, sodaß Zwietracht zwischen den verschiedenen Kräften gesät wird, die im revolutionären Kampf vereint sein müssen. "Mit ihren Argumenten und Positionen spalten die Trotzkisten die Triebkräfte des heutigen revolutionären Prozesses. In den kolonialen und halbkolonialen Ländern stellt die Arbeiterklasse eine zahlenmäßig sehr begrenzte Klasse dar, während die Bauernschaft die Mehrheit der Bevölkerung und einen quantitativ stärkeren Faktor in der Revolution ausmacht. Indem die Trotzkisten hier die Revolution in Etappen leugnen, leugnen sie das revolutionäre Potential der Bauernschaft und entfremden die Bauernschaft und andere Zwischenschichten durch ultralinke Phrasen von der Arbeiterklasse."(9)

So machen sie es auch in Bezug auf die palästinensische Revolution, wo sie insbesondere dagegen auftreten, daß die palästinensische nationale Bourgeoisie ein wichtiger Bestandteil des palästinensischen Widerstandes ist, womit sie der Revolution in den Rücken fallen durch den Versuch, ihre Reihen zu spalten.

Wichtiger Bestandteil ihrer ultrarevolutionären Theorien ist auch die Leugnung des revolutionären Prinzips "alle Gewehre auf den Hauptfeind ausrichten, die Feinde einzeln schlagen" und die Theorie vom Export der Revolution. Die Trotzkisten wettern gegen die Politik der 'Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten', die die PLO gegenüber den arabischen Staaten verfolgt und wollen die PLO in blutige Abenteuer stürzen, indem sie immer wieder den Kampf gegen die Arabischen Regimes betonen, was auf nichts anderes hinausläuft, als auf die völlige Erschöpfung an diesen Nebenfronten. Die PLO geht korrekterweise davon aus, daß die arabischen Staaten, wenngleich ihre Regierungen oft reaktionär sind, in objektivem Widerspruch zum Zionismus und zum Imperialismus stehen und sie vor allem diese Widersprüche zum zionistischen Feind ausnützen kann. Deshalb vertritt die PLO die Politik der 'Nichteinmischung in die 'inneren Angelegenheiten' der arabischen Länder, was jedoch keine politische Neutralität der PLO bedeutet, sondern die Verbundenheit mit den Volksmassen dieser Länder beinhaltet und auch nicht die Verteidigung der eigenen Existenz gegen alle Liquidierungsversuche beeinträchtigt. Gegenüber den arabischen Regimes verfolgt die PLO folgende Linie: Keine Einmischung der arabischen Regimes in die Angelegenheiten der PLO, friedliche Lösung von Auseinandersetzungen – keine Konfrontation, sondern Verbesserung der Beziehungen zu den arabischen Regimes auf der Grundlage der Ablehnung der (US-imperialistischen) Rogers-Planes und der UNO-Resolution 242. Diese Politik ist ebenfalls geleitet von der korrekten Analyse der verschiedenen Widersprüche und mußte durchgesetzt werden gegen ähnliche Auffassungen, wie sie die Trotzkisten vertreten, nämlich daß alle arabischen Länder reaktionär seien und in allen diesen Ländern die Revolution gemacht werden muß, wobei jeweils das palästinensische Volk die Vorhut sein sollte. Dies würde aber bedeuten, nicht alle Kräfte gegen den Hauptfeind zu konzentrieren, die nationalen Teile der Bourgeoisien nicht als Bündnispartner zu gewinnen, sondern sie ins Lager der Feinde der palästinensischen Revolution zu treiben.

Während die Trotzkisten also ein großes Geschrei mit allgemeinen ultrarevolutionären Phrasen veranstalten, rücken sie dann, wenn es um konkrete Probleme der Entwicklung der Revolution geht, mit Ansihten heraus, die in der Tat die Bekämpfung der revolutionären Bewegung, die Sabotage der Revolution, beinhalten.

In der Praxis tragen sie zur Desorientierung der Solidaritätsbewegung mit dem palästinensischen Volk bei, indem sie die PLO beschimpfen, gegen ihre Führung hetzen, und so auf Spaltung und Zersetzung hinarbeiten. Damit leisten sie den Absichten des Sozialimperialismus Vorschub, dessen Ziel ebenfalls die Spaltung und die Schwächung der PLO ist.

Die tiefe Verwandtschaft zwischen Revisionismus und Trotzkismus zeigt sich aber auch darin, daß die Trotzkisten mit allen Mitteln die konterrevolutionären Manöver des Sozialimperialismus decken und hartnäckig die Verwicklung des Sozialimperialismus in den Krieg im Libanon und seine Verantwortung für die dort entstandene Situation leugnen.

So trifft auch für den heutigen Trotzkismus voll zu, was Lenin, was Lenin einmal über Trotzki sagte"... er laviert, spekuliert, stellt sich als Linker dar und unterstützt die Rechten, wo er nur kann".

D.W.

Zitate:

(1) Politisches Programm d. PLO, auf der 11. Sitzung des palästinens. National rates im Jänner 1973 beschlossen; Unterstreichungen von mir – D.W.
(2) Die politische Lage in der Welt und in Österr." Resolution der Gründungskonferenz d. KB Österreichs in: "Kommunist" I/1 p.19
(3) Tolkunow, Mitglied des ZK der KPdSU, in: "Nahost: vom Krieg zu Verhandlungen", Verlag Presseagentur Novosti, 1974 – zit. nach Al Tahrir Nr.10/76
(4) Kommentar von Radio Tirana am 22.9.1976
(5) Dr. Mahdschob Omar, in"Das demokratische Palästina, Ziel, Programm, historische Notwendigkeit", zit. nach Al Tahrir Nr.10/76
(6) "Yassir Arafat vor der UNO", hersg.v. d. Liga der arabischen Staaten, Büro Bonn.
(7) Meir Vilner, "Kampf gegen den Zionismus ist Klassenkampf", in: "Probleme des Friedens u. d. Sozialismus" Nr. 1/76-zit. nach Al Tarir 10/76, Unterstreichung von mir, D.W.
(8) "Die palästinensische Revolution und die Weltrevolution", Papier der PLO zum Palästinakongress 1973 in Bonn; zit. nach Al Tahrir 10/76
(9) Prof. Agim Popa: "Die heutige revolutionäre Bewegung und der Trotzkismus" in"Die Verschwö-rung des Blocks der Rechten und der Trotzkisten gegen die SU", Münster 1973

Bewaffnet, einheitlich und selbständig wird sich die afrikanische Nation von ZIMBABWE befreien

Die "Rhodesien"-Konferenz in Genf zwischen den Delegierten der Befreiungsbewegung Mugabe, Muzorewa, Sithole und Nkomo und den Vertretern der Kolonialmacht Großbritannien und der Siedler zieht sich vorläufig ergebnislos dahin. Während der Verhandlungen führen die Afrikaner den Guerillakrieg verstärkt weiter. Der Siedlerboß Smith wollte seine Verhandlungsposition durch gleichzeitige Überfälle auf Ausbildungslager der Befreiungsbewegung im benachbarten Mozambique stärken.
Aufgescheucht durch die Erfolge der Afrikaner in den ehemaligen portugiesischen Kolonien und durch ihre stürmischen Fortschritte in den Siedlergebieten "Rhodesien", Südafrika und Namibia wurden die US-Imperialisten im heurigen Sommer in diesem Raum sehr aktiv. Ihr Außenminister Kissinger arbeitete einen Plan für Zimbabwe aus, wo der Befreiungskampf am weitesten fortgeschritten ist, der die "Übergabe der Macht" an die schwarze Mehrheit binnen zwei Jahren durch eine "friedliche Lösung des Konflikts" verspricht. Damit wollen sie erreichen, daß die Befreiungsbewegung die Waffen aus der Hand gibt, daß sich einige Personen oder Gruppen aus der nationalen Front herausbrechen lassen und sich der Schirmherrschaft der USA anvertrauen. Die Vereinigten Staaten und Großbritannien möchten Garantiemächte der Übergangsregierung werden und so einen vertraglichen Vorwand für direkte Interventionen bekommen.
Das durch den Volkskrieg angeschlagene Smith-Regime änderte seine Taktik, stieg auf die Kissinger-Pläne ein und schickte seine Spitzen nach Genf. Deutlicher als die amerikanischen Diplomaten sagten Smith und seine Leute, wie sie sich die von Kissinger geplante Zukunft vorstellen: "Gesetz und Ordnung müssen und werden wir in Rhodesien aufrechterhalten und unsere Sicherheitskräfte werden die Vernichtung der Terroristen fortsetzen, wo sie sie finden." (NZZ,19.10.)
Ordnung im heutigen "Rhodesien" bedeutet aber Elend und Rechtlosigkeit für die Afrikaner, Reichtum und Macht für die Siedler und die ausländischen Konzerne. Der Plan Kissingers für eine "afrikanische Mehrheitsregierung" zielt nur auf die Ersetzung einiger Weißer in der Regierung durch gefügige Afrikaner ab, wobei der gesamte koloniale Machtapparat unangetastet bleibt. Der rhodesische Propagandaminister führte genau das aus: "Wir haben einen sehr guten Beamtenapparat hier, den die schwarzen Minister vorfinden werden. Das Ideal wäre, wenn jedem schwarzen Minister ein weißer Stellvertreter beigegeben würde, um ihn zu beraten.....Den Weißen müssen auch nach zweijähriger Übergangszeit bestimmte Ressorts vorbehalten sein, sonst wäre die Verfassung ohne Wert für uns." (Presse, 22.10.)
Was macht Zimbabwe für die westlichen Imperialisten so interessant? Das Land ist reich an Rohstoffen, besonders Chrom, Nickel, Asbest und Lithium, die für die Rüstungsindustrie wichtig sind. Es ist der drittgrößte Chromproduzent der Welt. Die Chromgewinnung liegt fast ganz in der Hand amerikanischer Gesellschaften. Das ist für die USA deshalb so wichtig, weil die andere Supermacht Rußland, mit der sie um die Wette rüsten und um die Weltherrschaft konkurrieren, der größte Chromerzeuger und -lieferant ist. Außerdem wollen sie sich den Seeweg um Kap Horn durch Sicherung ihrer Bastionen im südlichen Afrika erhalten. Auf dieser Schiffahrtsstraße erfolgt ein Teil der Versorgung mit Erdöl und anderen Rohstoffen für die USA und Westeuropa.
Wo die US- und die anderen herkömmlichen Imperialisten verdrängt werden, will die aufstrebende Supermacht Sowjetunion hin. Wie sie in Angola die Befreiungsbewegung in einen "revolutionären" und einen "konterrevolutionären" Teil gespalten hat, um diese zu schwächen und um Einfluß zu gewinnen, so versucht sie das auch in Namibia, Azanie (Südafrika) und Zimbabwe. Wer fortschrittlich und wer reaktionär ist, wen oder was die Sozialimperialisten unterstützen, ob Entspannung oder Krieg propagiert wird, bestimmt sich einzig und allein von daher, wie sie ihre räuberischen Interessen am besten verfolgen können. Diese Politik ist besonders gut in Zimbabwe zu studieren: Bis zu Beginn dieses Jahres war für sie Nkomos ZAPU die Befreiungsbewegung, während die ZANU eine CIA-Agentur und der ANC nicht vorhanden war. Heute ist laut Berichterstattung der "Volksstimme" die ZAPU reaktionär und die ZANU die Befreiungsbewegung Zimbabwes.
Der Kissinger-Plan wurde von der gesamten Befreiungsbewegung Zimbabwes abgelehnt. Die Imperialisten werden aber nicht ruhen, die Führer des afrikanischen Widerstand gegeneinander auszuspielen um mit geringfügigen Modifikationen und Zugeständnissen an einzelne Führer doch noch durchzukommen. Diese Situation stellt erhöhte Anforderungen an das Volk von Zimbabwe und seine revolutionäre Führung. Zurückschlagung des US-Imperialismus heißt gleichzeitig, dem Sozialimperialismus, der nur darauf lauert, zeitweilige Schwierigkeiten im Befreiungskampf für seine Wühlarbeit und Infiltration auszunutzen, einen Schlag zu versetzen.
Gegen die Spaltungsabsichten der Imperialisten kämpft die ZANU unter Führung Mugabes und mit einem Großteil der Streitkräfte hinter sich für eine nationale Einheitsfront des Volkes von Zimbabwe auf einer Plattform zum Sturz des Kolonialregimes und für die revolutionäre Machtergreifung durch das Volk. Ergebnis davon ist die gemeinsame Delegation von ZAPU und ZANU innerhalb der "Patriotischen Front" (entspricht der ZIPA), die mit einem klaren Programm nach Genf fuhr: Sofortige und uneingeschränkte Machtübergabe an das afrikanische Volk! Auch Bischof Muzorewa und Sithole stellten diese Forderung und die damit ausgedrückte Zurückweisung der Pläne Kissingers auf. Das ist der richtige Weg. Bewaffnet, einheitlich und selbständig wird Zimbabwe siegen.
Mao Tsetung hat gesagt :
"DAS MIT ALLEN NUR MÖGLICHEN VERBRECHEN BELADENE SYSTEM DES KOLONIALISMUS UND IMPERIALISMUS GEDIEH IM ZUGE DER NEGERVERSKLAVUNG UND DES NEGERHANDELS, UND ES WIRD MIT DER VOLLSTÄNDIGEN BEFREIUNG DER SCHWARZEN RASSE SEIN ENDE FINDEN". (Peking Rundschau 42/76)

Spalter der Bewegung gegen Kolonialismus und Apartheid

Auf der Grundlage der stürmischen Entwicklung des Kampfes der Völker im südlichen Afrika gegen Kolonialismus, Imperialismus und Hegemonismus oder beiden Supermächte entwickelt sich heute die Solidarität in Österreich mit den Völkern stärker denn je. Um diese abzuwürgen, bzw. in falsche Bahnen zu lenken, treten die Feinde der Völker ebenfalls stärker auf den Plan.
In der bürgerlichen Presse werden die imperialistischen Lösungsversuche von "afrikanischer Mehrheitsregierung" und "Unabhängigkeit" massiv propagiert. Gleichzeitig wird die chauvinistische Hetze über die Rückständigkeit der Völker, die froh sein sollen, die Errungenschaften der "zivilisierten" Welt überhaupt zu genießen, im österreichischen Volk massiv zu verankern versucht.
Ins selbe Horn blasen die Revisionisten von KPÖ und KSV, wenn sie an Unklarheiten über die Zweifeln an der Fähigkeit der Völker, sich selbst zu befreien, ansetzen und ihrerseits die "brüderliche Hilfe der Sowjetunion" zum entscheidenden Angelpunkt in der Solidaritätsbewegung zu machen versuchen. Da sie seit den Ereignissen in Angola zeitweilig an Boden gewonnen haben, setzen sie heute verstärkt Maßnahmen, um die breite Sympathie und spontane Empörung gegen Kolonialismus und Rassismus auszunutzen, die Solidaritätsbewegung zu spalten und in das Fahrwasser der sozialimperialistischen Politik der SU zu lenken. Ein Resultat dieser Politik ist die Anti-apartheidbewegung Österreichs (AAB), die unter Ausschluß der Öffentlichkeit und eines Teils der Solidaritätsbewegung gegründet wurde. Die Anerkennung der sozialimperialistischen Intervention in Angola wird als erste Voraussetzung für die Mitarbeit in dieser AAB gewertet. In den Rassistenstaaten selbst unterstützen die Revisionisten nicht den gesamten Widerstand gegen die Kolonialregime, sondern greifen bestimmte Organisationen heraus, mit dem Ziel, den Widerstand zu spalten, die Einigungsbestrebungen der Völker zu sabotieren und der Politik der SU in Österreich Gehör zu verschaffen.
Die Haltung der Revisionisten zu der imperialistischen Politik der österreichischen Bourgeoisie im Südlichen Afrika zeigt ebenfalls deutlich, daß diese mit den Interessen der Völker dort, als auch des österreichischen Volkes nichts gemein hat. Bei den geplanten Vöest-Investitionen in Südafrika wandten sich die Revisionisten nicht gegen die politische, wirtschaftliche und militärische Stärkung des illegalen Kolonialregimes, sondern hatten nur Sorge, die Vöest könnte die Investitionen wegen der unsicheren Lage nicht wieder hereinbekommen. Um vor dem Volk gut dazustehen, wird diese Haltung mit einer angeblichen "Arbeitsplatzsicherung" in Österreich begründet.
Stärkung des österreichischen Kapitalismus, Schonung der Kolonialregimes, Propagierung der Unterwerfung der Völker unter den Sozialimperialismus sind nur verschiedene Seiten einer Sache - des endgültigen und unwiderruflichen Verrats der Revisionisten an der Revolution in Österreich und international. Im Kampf gegen diese Politik stellt sich uns heute eine konkrete Aufgabe: alle Unklarheiten über die Befreiungskämpfe der Völker im südlichen Afrika auszuräumen und für eine einheitliche und starke Solidaritätsbewegung auf konsequenter Grundlage, gegen alle Spielarten der bürgerlichen Ideologie, zu kämpfen!

TEACH-IN DER MLS

Ton-dia-schau über Zimbabwe
Referat über das Wesen des nationalen Befreiungskampfes und über die internationale Bedeutung der Kämpfe im südlichen Afrika
Referat über die Solidarität in Österreich
Gedichte des Volkes von Zimbabwe
Rede des Genossen Nyandoro aus Zimbabwe
Diskussion

UNI-NIG

Universitätsstr. 3